

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Dieter S. Lutz

Zur Theorie

Struktureller Angriffsunfähigkeit
Genesis, Definition und Kriterien
Struktureller Angriffsunfähigkeit
im Rahmen Defensiver Abhaltung
und Gemeinsamer Sicherheit

Heft 22

Hamburg, November 1987

Dieter S. Lutz

Zur Theorie Struktureller AngriffsunfähigkeitGenesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit

0. Statt eines Vorwortes: Aus den Reden des Bundespräsidenten	3
I. ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE STRUKTURELLER NICHTANGRIFFSFÄHIGKEIT (StruNA)	
1. Genesis und Popularisierung	6
1.1. Die "Väter" des Arbeitstitels Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit	6
1.2. Die "Väter" der Inhalte Struktureller Nichtangriffsfähigkeit	10
1.3. Die politische "Ziehmutter" der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit	13
2. Defizit und Definition	18
2.1. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i.w.S.)	18
2.2. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i.e.S.)	21
2.3. Versuch einer ersten (vorläufigen) Definition	24
II. ZUR THEORIE STRUKTURELLER ANGRIFFSUNFÄHIGKEIT (StrUnA)	
3. Konzeption und Strategie	26
3.1. Zur konzeptionellen Einbettung Struktureller Angriffsunfähigkeit	27
3.2. Gemeinsame Sicherheit (GS) und Strukturelle Angriffsunfähigkeit (i.e.S.)	29
3.3. Exkurs: Gemeinsamer Frieden (GF) und Strukturelle Angriffsunfähigkeit (i.w.S.)	31
3.4. Defensives Abhalten und Strukturelle Angriffsunfähigkeit (i.e.S.)	33
4. Kriterien (und Konsequenzen)	41
4.1. Zehn Definitionskriterien und Funktionsmerkmale Struktureller Angriffsunfähigkeit (i.e.S.)	41
4.1.1. Die Bedrohungsvermeidungsfunktion bzw. Angriffsunfähigkeit	43
4.1.2. Die militärische Verteidigungs- und Abwehrfunktion	51
4.1.3. Die Stabilitätsorientierung	57

4.1.3.1.	Gleichgewicht oder Stabilität?	58
4.1.3.2.	Gesamtstabilität, Strategische Stabilität und Konventionelle Stabilität	62
4.1.3.3.	Rüstungswettlaufstabilität, Krisenstabilität, Defensiv-siegstabilität	65
4.1.4.	Die Abhaltefunktion	70
4.1.5.	Die Schadensminimierungs- bzw. Schutzfunktion	74
4.1.6.	Die Autonomie-Option	80
4.1.7.	Die Abrüstungsorientierung	86
4.1.8.	Die Garantiefunktion/Der Anti-Effizienz-Effekt	91
4.1.9.	Der Strukturcharakter	96
4.1.10.	Die Wegweiserfunktion	104

Dieter S. Lutz

Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit

Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit

0. Statt eines Vorwortes: "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit".

Aus den Reden des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 6. Juli 1987 in Moskau und am 7. September 1987 in Bonn

"Unsere heutige Pflicht ist es, alles, wirklich alles zu tun, was in unseren Kräften steht und was die Vernunft gebietet, um Gewalt und Krieg für die Zukunft auszuschließen und einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Unser Wunsch zu einer guten Nachbarschaft mit den Völkern der Sowjetunion kommt aus aufrichtigem Herzen. Wir befinden uns in einer Phase von historischer Bedeutung zwischen Ost und West. Weitreichende Vereinbarungen sind in greifbare Nähe gerückt. Von großer Bedeutung ist es dabei, gegenwärtige Entscheidungen im Lichte einer langfristigen Perspektive für die Zukunft zu treffen. Wie denken wir uns die Beziehungen zwischen Ost und West im Jahre 2000? Welche Konzeption haben wir für ganz Europa am Übergang ins nächste Jahrhundert? Welche Aufgaben stellen sich für uns gemeinsam in der Welt von heute? Was können unsere beiden Länder beitragen? Je klarer unser Bild von morgen ist, desto sicherer werden wir heute den richtigen Weg finden. Entscheidungen von großer Tragweite stehen für die Abrüstung und Rüstungskontrolle bevor. Ihr Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß im Zeitalter der heutigen Waffensysteme militärische Überlegenheit sinnlos geworden ist. Die gesicherte Fähigkeit zur gegenseitigen Zerstörung schließt es aus, daß Kriege noch gewonnen werden können. Eine radikale und ausgewogene Verminderung der Rüstungen auch bis tief in den konventionellen Bereich hinein ist das Gebot der Stunde...

Zur Sicherheit gehört es, bestehende Bedrohungen abzubauen. Wichtig ist eine ausbalancierte Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit, ein Ausschluß der Möglichkeit von Überraschungsaktionen, wachsende Einsicht in die Interdependenz von Sicherheit, zunehmende Bereitschaft zu kooperativen Lösungen, auch im Weltraum. In diesem Geiste wird die Bundesrepublik Deutschland ihre feste und zuverlässige Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis wie bisher nutzen, um der Abrüstung voranzuhelfen." (Hervorheb.-DSL)⁽¹⁾

...

"Wir leben in zwei Staaten, die voneinander unabhängig sind. Wir gehören unterschiedlichen Systemen und Bündnissen an. Würden wir versuchen, uns gegenseitig in unseren Loyalitäten zu verunsichern, so würde dies nur die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit unserer Politik gefährden...

Unser Kontinent ist politisch geteilt, doch ungeteilt und unteilbar im Geist. Er hat nicht nur eine gemeinsame Geschichte und eine prägende Einheit seiner vielfältigen nationalen Kulturen. Was uns in Europa vor allem verbindet, ist das gemeinsame Schicksal der Zukunft auf engem Raum. Die wichtigsten Probleme, die auf unserer Tagesordnung stehen, können weder vom Osten noch vom Westen allein gelöst werden. Wir können sie nur in vernünftiger Zusammenarbeit meistern.

Die Schlußakte von Helsinki ist ein verpflichtender Wegweiser. Wir sind uns aus tiefem Herzen einig, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Aber das genügt nicht. Wir wollen und wir können von deutschem Boden aus im Interesse aller Europäer Spannungen mindern, Vertrauen in Europa wachsen lassen, auf

1) Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Rahmen seines Staatsbesuches in der Sowjetunion am 6. Juli 1987 - vgl.: Bulletin der Bundesregierung Nr. 73 vom 15. Juli 1987, S. 627.

gegenseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hinwirken, systemöffnende Zusammenarbeit fördern." (Hervorheb.-DSL)⁽²⁾

2) Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des Besuches des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, am 7. September 1987 in Bonn, hier zit. nach Frankfurter Rundschau vom 9. September 1987, S.4

I. Zur Entstehungsgeschichte Struktureller Nichtangriffsfähigkeit (StruNA)

1. Genesis und Popularisierung

Im sicherheitspolitischen Sprachschatz ist in jüngster Zeit ein neuer Begriff aufgetaucht: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (StruNA)/(Structural Inability to Launch an Attack). Obgleich ein Wortungetüm gewinnt er in der wissenschaftlichen, militärischen und politischen Diskussion zunehmend an Gewicht⁽¹⁾. Diese Karriere einer ungelenkten Bezeichnung muß um so mehr erstaunen, als

- der Begriff zwar konzeptionellen Signalcharakter ausstrahlt, bislang aber kein gültiges, abschließend formuliertes und allgemein anerkanntes Konzept hinter ihm steht;
- der Terminus ferner selbst unpräzise ist und der Wortsinn nur scheinbar für sich selbst spricht; und schließlich
- der Begriff auch nicht - wie sonst eher üblich - öffentlich mit dem Namen eines (großen) Autors verbunden wird, der als "Vater" des Gedankens zeichnet.

1.1. Die "Väter" des Arbeitstitels Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Soweit ersichtlich wurde der Begriff der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit erstmals 1982/83 in den Diskussionen zwischen Hans-Peter Dürr und Albrecht von Müller am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München benutzt. Gedacht war er zunächst als vorläufiger Arbeitstitel/Arbeitsbegriff für die

1) Vgl. stellvertretend die Aussagen der Experten im Rahmen der Anhörung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) vom 17. Dezember 1986, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol.5 (Heft 1) 1987.

wissenschafts- und institutsinterne Debatte⁽²⁾ und insbesondere für die Diskussion einer im Oktober 1982 gegründeten Studiengruppe "Europäische Sicherheit" der "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler". In die Diskussionen eingebracht wurde der Begriff bzw. sein qualifizierendes Attribut "strukturell" vermutlich von Albrecht von Müller⁽³⁾. An den Diskussionen beteiligt war neben Hans-Peter Dürr und Albrecht von Müller insbesondere auch Horst Afheldt⁽⁴⁾.

An die breitere Öffentlichkeit gelangte der Begriff Anfang Juli 1983 vornehmlich über Hans-Peter Dürr. Im sogenannten Mainzer Appell, der "Abschlußerklärung des Kongresses Verantwortung für den Frieden, Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung am 2./3.Juli 1983 in Mainz, Universität", der von Dürr mitverfaßt und mitunterzeichnet wurde, heißt es⁽⁵⁾:

- 2) "Damals war noch nicht abzusehen, daß dieser zunächst nur für die interne wissenschaftliche Diskussion bestimmte Begriff einmal eine Rolle in der allgemeinen politischen Diskussion spielen würde" - so: Müller, Albrecht von, Das Konzept der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, in: Zwischenbericht zum Forschungsprojekt "Stabilitätsorientierte Sicherheitspolitik", Starnberg, Oktober 1986, hektogr., S.425.
- 3) Vgl. Albrecht von Müller selbst, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol.5 (Heft 1) 1987, S.60; ferner: Krause, Christian, Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen europäischer Entspannungspolitik (Studie des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn, Januar 1987, S.5; ders. in einem Schreiben vom 29.April 1987 an Egon Bahr.
- 4) Hans-Peter Dürr ist Direktor am genannten physikalischen Institut der Max-Planck-Gesellschaft und Professor an der Universität München. Horst Afheldt ist Leiter der "AG Afheldt" am Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften, Starnberg; Albrecht von Müller, vormals Mitarbeiter der Forschungsstelle Gottstein im Hause des Max-Planck-Instituts für Physik in München, ist jetzt Mitarbeiter und Projektleiter in der von Afheldt geleiteten Arbeitsstelle.
- 5) Vgl. das gleichnamige Flugblatt, hier S.1; der Appell ist auch abgedruckt in: Dürr, Hans-Peter/Harjes, Hans-Peter/Kreck, Matthias/Starlinger, Peter (Hrsg.), Verantwortung für den Frieden, Reinbek bei Hamburg 1983, S.347-350, hier S.348.

"Weder darf das Wettrüsten fortgesetzt, noch kann die Sicherstellung einer angemessenen Verteidigungsbereitschaft preisgegeben werden. Ein Weg, diese beiden Forderungen miteinander zu verbinden, führt über eine Umrüstung. Dann, und nur dann, wenn die eigene Verteidigungsbereitschaft mit Mitteln sichergestellt wird, welche den potentiellen Gegner nicht ihrerseits nochmals aktiv bedrohen, kann es dauerhafte Stabilität und Sicherheit ohne Wettrüsten geben.

Entweder können wir fortfahren, den Nuklearkrieg "führbar" zu machen, und würden deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach auch in ihn hineingezogen. Oder wir können die historisch vielleicht einmalige Chance für eine beidseitige, die Stabilität erhöhende Umrüstung auf eine "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" nutzen. Um aber den zweiten Weg zu beschreiten, bedarf es einer politischen Grundsatzentscheidung. Unter dem Leitmotiv "Durch Umrüstung zur Abrüstung" muß ein Neuanfang in der Rüstungskontrollpolitik gemacht werden." (Hervorheb.-DSL)

Zeitgleich mit dem Mainzer Appell veröffentlichte die Frankfurter Rundschau Anfang Juli 1983 in ihrem Dokumentationsenteil einen Artikel "Sicherheitspolitik am Scheideweg" von Hans-Peter Dürr und Albrecht von Müller⁶⁾. In diesem Aufsatz mit dem FR-Titel "NATO am Scheideweg" finden sich scheinbar beiläufig ähnliche Formulierungen wie im Mainzer Appell:

"Um erfolgreich angreifen und fremdes Territorium besetzen zu können, bedarf es einer ganz bestimmten Zusammensetzung einer Streitmacht, wobei vor allem den schweren, gepanzerten Fahrzeugen eine wichtige Rolle zukommt. Fehlen diese Waffengattungen jedoch, oder sind sie nur in sehr begrenzter Anzahl vorhanden, so kann ein Angriff nur noch bei außerordentlich hoher quantitativer Überlegenheit erfolgreich sein. Wenn sich also beide Seiten wirklich darum bemühen, ihre Arsenale unter dem Gesichtspunkt der "Nichtangriffsfähigkeit" umzustrukturieren, dann gibt es sehr wohl die Möglichkeit eines stabilen Gleichgewichts im konventionellen Bereich."

6) Dürr, Hans-Peter/Müller, Albrecht von, NATO am Scheideweg, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 1983 und 2./3. Juli 1983; hier zitiert nach dem hektographierten Manuskript, Sicherheitspolitik am Scheideweg, Mai 1983, S.5.

Von einer gezielten Lancierung des Begriffes Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit zum damaligen Zeitpunkt auszugehen oder gar von einer ausformulierten Konzeption zu sprechen, wäre gleichwohl verfehlt. Wichtig war zum damaligen Zeitpunkt die "Denkrichtung". Selbst um diese galt es noch zu ringen. Weniger bedeutsam waren dagegen der nur vorläufige "Arbeitsbegriff" oder das noch nicht einmal konturierte Modell mit konzeptionellem Charakter. Bezeichnenderweise taucht in weiteren zeitgleichen Veröffentlichungen der Autoren zu ähnlichen oder verwandten Themen der Begriff selbst nicht mehr, nur umschrieben oder teilweise verkürzt auf⁽⁷⁾. Auch was Albrecht von Müller zu einem späteren Zeitpunkt als "Konzept" der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit vorlegte⁽⁸⁾ und was nicht nur von Kritikern, sondern von A.v.Müller selbst nachdrücklich als lediglich eine Variante der bestehenden NATO-Strategie, nicht aber als Alternative⁽⁹⁾ angesehen wird, "ist im Gegensatz zum Begriff wenig bekannt und deckt sich nicht

- 7) Vgl. z.B.: Dürr, Hans-Peter, Nuklearwaffen wieder zu politischen machen. Durch Umrüstung zu Abrüstung, in: Dürr/Harjes/Kreck/Starlinger (Hrsg.), a.a.O. (Anm.5), S.220-226; Müller, Albrecht A.C.von, Die Kunst des Friedens, München/Wien 1984; Dürr, Hans-Peter/Afheldt, Horst/Müller, Albrecht A.C.von, Stabilitätsorientierte Sicherheitspolitik, Exposé zu dem Forschungsprojekt, Mai 1984. Selbst in dem erwähnten Aufsatz in der Frankfurter Rundschau taucht der Begriff nur zweimal und eher beiläufig auf - a.a.O. (Anm.6).
- 8) Müller, Albrecht von, a.a.O. (Anm.1), S.60.
- 9) Albrecht von Müller selbst in einem Schreiben vom 5.November 1987 an Dieter S. Lutz - hier S.2: "Im Zentrum des StruNA-Konzepts stand also eine bessere Abstimmung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wobei die inhaltlichen Zielsetzungen immer drei waren, nämlich (a) die Erhöhung der Krisenstabilität in Europa, (b) die Schaffung einer robusten Verteidigungsfähigkeit der NATO auch im konventionellen Bereich sowie (c) die Eröffnung neuer Chancen für den Rüstungskontrollprozeß. (Leider muß man rückwirkend feststellen, daß ein Großteil der Debatte um StruNA diesen Argumentationsansatz unterlaufen und das Konzept stattdessen unter die Alternativstrategien eingereicht hat.)" - (Hervorheb. DSL).

mit den landläufigen Vorstellungen über Nichtangriffsfähigkeit"⁽¹⁰⁾.

1.2. Die "Väter" der Inhalte Struktureller Nichtangriffsfähigkeit

In einer breiteren Öffentlichkeit werden mit dem Begriff der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit vielmehr inhaltliche Vorstellungen verbunden, die, anders als Albrecht von Müller, von der - im übrigen auch einseitigen - Möglichkeit (Alternative) einer Verteidigung ohne bzw. mit möglichst wenig offensiven Komponenten ausgehen und unter den Etiketten "Defensive Verteidigung" (defensive defence)⁽¹¹⁾, "non-offensive defence"⁽¹²⁾, "non-provo-

10) So zu Recht Krause, Christian, a.a.O. (Anm.3), S.5.

11) Vorrangig: Afheldt, Horst, Defensive Verteidigung, Reinbek bei Hamburg 1983; z.B. aber auch: Mack, Andrew, Arms Control, Disarmament and the Concept of Defensive Defence, in: Disarmament, Vol.VII (No.3) Autumn 1983, S.109-119; Galtung, Johan, Transarmament: from Offensive to Defensive Defence, in: Journal of Peace Research, Vol.21 (No.2) 1984, S.127-139.

12) Vgl. z.B. den gleichnamigen internationalen Newsletter "Non-Offensive Defence", der vom "Centre of Peace and Conflict Research" an der Universität Kopenhagen herausgegeben wird, und dort jeweils die Quellen.

cative defence"⁽¹³⁾ und ähnlichem mehr⁽¹⁴⁾ bereits seit Jahren im In- und Ausland diskutiert werden. Als Protagonist und inhaltlicher Vater dieser Diskussion kann neben Autoren wie Barnaby, Boeker, Brossolet, Galtung, Spannocchi, Mack, Neild, Röling u.a. vor allen Dingen Horst Afheldt angesehen werden. Bereits in seinem 1976 veröffentlichten Buch "Verteidigung und Frieden" beschreibt Afheldt - allerdings noch unter der Vorgabe der Schadensminimierung durch Wegfall lohnender Ziele für Nuklearschläge - eine Verteidigungsstruktur, der zugleich die Option zum Angriff fehlt, die also nicht angriffsfähig ist:

- "1. Es ist möglich, ein Netz autonomer Techno-Kommandos über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zu erstrecken, das die Angriffsmittel des Warschauer Paktes bis zum Erreichen des Rheins oder der französischen Grenze weitgehend absorbieren kann.
2. Ein solches Netz bildet keine Ziele, die Zerstörungen hervorrufen. Denn es kennt keine Konzentration der eigenen Streitkräfte und verzichtet auf schwere Einheiten, auf Luftwaffenunterstützung und auf Nachschub im Kriegsfall.
3. Ein derartiges Netz autonomer Techno-Kommandos verhindert mit großer Sicherheit das fait accompli der Eroberung der BRD in wenigen Tagen. Es begründet so eine verlässliche nichtnukleare Abschreckung, wenn auch von begrenzter Tragweite.

- 13) Vgl. z.B. Barnaby, Frank/Boeker, Egbert, Non-Provocative, Non-nuclear Defence of Western Europe, in: ADIU Report, Vol.5 (No.1) January/February 1983, S.5-10.
- 14) Z.B. "Inoffensive deterrence", "preservative defense", "non-nuclear defence", oder "just defence" - vgl. dazu z.B.: Roberts, Adam, The Trouble with Unilateralism: The 1983 General Election, and Non-Nuclear Defense, in: Bulletin of Peace Proposals, Vol.14 (No.4) 1983, S.305-312, insbes. S.308f. und dort auch die Quellen, insbes. Anm.4; Sommer, Mark, Forgoing a preservative defense, in: Bulletin of Atomic Scientists, Vol.39 (No.7) August/September 1983, S.5f; Röling, Bert, Feasibility of Inoffensive Deterrence, Bulletin of Peace Proposals, Vol.9 (No.4) 1978, S.339-347; vgl. auch: Tromp, Hylke W., Friedenssicherung durch Alternativen der Sicherheitspolitik?, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.), Streitfall Frieden, Heidelberg 1984, S.133-144, insbes. S.141: "Inoffensive Deterrence" ist z.B. der Titel einer Publikation der RAND-Corporation (einer der "Think tanks" für das amerikanische Verteidigungsministerium) - publiziert im Jahre 1974...".

4. Die Zeit der Kampfhandlungen steht voll für politische Entscheidungen über die Beilegung der Krise oder eine Eskalation der militärischen Mittel zur Verfügung. Die politische Eskalationsentscheidung bleibt von militärischen Zwängen frei.
5. Die Einsatzoptionen des Netzes haben keinerlei eskalatorische Wirkung. Denn es werden jeweils nur die Streitkräfte des Gegners gefährdet, die in die Gebiete neuer Module vorrücken. Im Krisenfall sind die Optionen überhaupt nicht einsetzbar. Voraussetzung für ihren Einsatz ist der Angriff durch den Gegner. Die Gefahr eines Krieges aus Zufall geht daher von solchen militärischen Instrumenten nicht aus.⁽¹⁵⁾ (Hervorheb.-DSL)

Deutlicher noch arbeitet Afheldt das Wechselverhältnis von Defensivität und Angriffsfähigkeit in seinem Buch "Defensive Verteidigung" heraus, das 1983 erscheint, zu einem Zeitpunkt also, zu dem auch der Begriff der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit aufzutreten beginnt:

"Militärisch obsolet sind Angriffsmittel dann, wenn sie keinerlei Angriffsoption eröffnen können. Wer konventionelle Angriffsmittel eines Gegners fürchtet - wie die NATO in Europa -, der muß deshalb seine konventionelle Verteidigung so ausbauen, daß ein Angriff des Warschauer Paktes keinerlei Erfolgchancen mehr verspricht. Wird dazu eine "Mehrzweckarmee" aufgebaut, eine Armee also, die im Prinzip auch angriffsfähig ist, entsteht eine wechselseitige militärische Bedrohung. Die klassische Folge solcher Verteidigungsrüstung auf beiden Seiten ist Wettrüsten, seit den 60er Jahren begleitet von erfolglosen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen. Ist aber die aufgebaute Verteidigung rein defensiv, ihrer Struktur nach also nicht zu einem Angriff zu gebrauchen, dann ist die Angriffsrüstung des Gegners obsolet, wenn die eigene defensive Rüstung so effektiv ist, daß der Gegner seine militärische Angriffsoption verliert. Kann er gegenüber einer solchen defensiven Rüstung seine Angriffsfähigkeit nur mit ganz überproportionalen Anstrengungen wiederherstellen - verglichen mit eventuell notwendig werden weiteren Verbesserungen der Defensive - ist die Offensivrüstung des Gegners nicht einmal mehr als Verhandlungstrumpf von Wert. Denn die Drohung mit einem überproportional teuren Ausbau seiner Angriffsinstrumente ist Drohung mit

15) Afheldt, Horst, Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln, München/Wien 1976; hier zitiert nach der dtv-Ausgabe, München 1979, S.251 f.

ökonomischer Selbstschädigung - und somit
 unglaublich. "(16)

Mittlerweile, d.h. 1983, war Afheldt mit seinen Überlegungen allerdings nicht mehr allein. Die insbes. Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre einsetzende und grundlegende Gedankengänge von Afheldt aufgreifende, variierende oder in Teilen (oder ganz) verwerfende Diskussion defensiver Verteidigungsmöglichkeiten hatte inzwischen schon zu einer ganzen Palette von alternativen Modellvorschlägen und einem Sprachgewirr von Namen und Begriffen geführt. Es war eine Welt der "Techno-Kommandos", "Feuerwehren", "Schild- und Schwertkräfte", "Netze" und "Module", "Raumverteidigung" und "raumdeckenden Verteidigung" entstanden⁽¹⁷⁾, die nicht nur aus dem Blickwinkel der verwirrten Öffentlichkeit, sondern auch von seiten der interessierten Militärs, Politiker und Wissenschaftler nach einem übergreifenden Leitgedanken/-begriff verlangte. Der "Zufall" wollte es, daß sich "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" als Begriff zur rechten Zeit anbot.

1.3. Die politische "Ziehmutter" der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit

Gleichwohl wäre der ungelenke Arbeitstitel zumindest als Begriff wieder in der Versenkung des wissenschaftlichen Elfenbeinturms verschwunden, hätte sich seiner nicht eine der großen bundesdeutschen Volksparteien - die SPD - bedient und ihn letztlich als Alternative (miß-)verstanden popularisiert: Auf den Begriff aufmerksam geworden war in der SPD wohl als erster ihr Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Aus Diskussionen im Rahmen des Kulturforums der SPD 1983 - u.a. wieder unter Beteiligung von Afheldt, Dürr und von Müller - übernahm er den Begriff und veröffentlichte

16) Afheldt, Horst, a.a.O. (Anm.11), S.43.

17) Vgl. stellvertretend: Böge, Volker/Wilke, Peter, Sicherheitspolitische Alternativen, Baden-Baden 1984, insbes. S.103 ff.

ihn zu Beginn 1984 unter dem Stichwort "Prinzipien defensiver Strategie" in seinem Buch "Die Arbeit der Zuspitzung"⁽¹⁸⁾:

"Jedenfalls die Deutschen wollen für den Konfliktfall eindeutig wissen, daß nicht sie den Krieg angefangen haben, sondern andere. Nur für eine Strategie, die dies sicherstellt, wird es in der Bundesrepublik akzeptable Mehrheiten geben. Deshalb kann das Paradigma einer neuen Verteidigung nur defensiv sein...

Worauf wir hinarbeiten müssen - und zwar sicher in Zwischenschritten - ist die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Armeen der NATO bei zweifelsfreier Verteidigungsfähigkeit. Abrüstung durch Umrüstung - und zwar eine schrittweise beiderseitige Umrüstung - müssen das Ziel sein. Dabei könnten die technologischen Fortschritte (vor allem im Bereich der Mikroelektronik) voll genutzt werden; man hätte die Chance, sogenannte "zeitkritische Systeme" - die ein Losschlagen innerhalb von wenigen Minuten verlangen - zu vermeiden, die Möglichkeiten für Rüstungskontrolle zu verbessern, die ungeheuren Rüstungskosten zu mindern und dazu noch ein Problem aufzugreifen, das sowieso auf eine Reihe von NATO-Ländern zukommt: das Schwächerwerden der Jahrgänge, der Mangel an Soldaten. Für ein solches Konzept, das aus der Mehrzweckarmee, die verteidigen und angreifen kann, eine reine Verteidigungsarmee macht, wäre die Zustimmung der großen Mehrheit der Deutschen zu erreichen. Nuklearwaffen würden in einem solchen Konzept nur noch die Rolle von politischen Abschreckungswaffen haben: sie wären zur minimalen Abschreckung da, nicht zum Ersteinsatz, sondern als Antwort auf einen nuklearen Angriff. Die Gefahr einer Zerstörung der Zivilisation wäre damit nicht endgültig gebannt, aber doch entscheidend gemindert."⁽¹⁹⁾

In die Terminologie der SPD erst einmal eingeführt, war es von den Diskussionen des Kulturforums um Peter Glotz zu den Überle-

18) Glotz, Peter, Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984; das Vorwort des Buches ist mit Februar 1984 gezeichnet, es kann also davon ausgegangen werden, daß die entsprechenden Passagen noch 1983 geschrieben worden sind.

19) A.a.O., S.92 f; vgl. auch Glotz, Peter, "Common Security" und "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit". Plädoyer für eine Politisierung des historischen Begriffs Kollektive Sicherheit in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa - Eine Alternative?, Baden-Baden 1985, S.107-114.

gungen der Arbeitsgruppe "Neue Strategien" um Egon Bahr und damit zur Beschlußfassung durch die Partei⁽²⁰⁾ nur noch ein kurzer Schritt. Als Durchbruch in diesem Sinne kann der Essener Parteitag vom 17. - 21. Mai 1984 angesehen werden: Mit großer Mehrheit diskutierte und beschloß die SPD die in Form eines Leitantrags eingebrachten und um weitere Anträge ergänzten Vorschläge der Arbeitsgruppe, darunter auch die Forderung nach Struktureller Nichtangriffsfähigkeit:

"Ein neues Sicherheitskonzept muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird...

Die konventionelle Rüstung muß schrittweise auf eine Defensivstruktur im Sinne struktureller Nichtangriffsfähigkeit umgestellt werden. Eine solche Umrüstung bedeutet keine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit. Im Gegenteil bietet sie die Chance, bei insgesamt niedrigeren Verteidigungskosten der angenommenen konventionellen Bedrohung der NATO durch die Panzerarmeen der Warschauer Vertragsorganisation eine wirksame Verteidigung entgegenzusetzen, ohne daß von der NATO selbst eine konventionelle Bedrohung ausgeht. Dafür benötigte Waffensysteme sind bereits vorhanden oder in der Entwicklung.

Ziel ist eine Strategie und eine Bewaffnung, die insgesamt dem Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit entsprechen."⁽²¹⁾

Aus der Übernahme des Begriffes "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" durch den Parteitag 1984 zu schlußfolgern, die SPD hätte sich nicht bereits zuvor intensiv mit der Gedankenwelt defensiver Streitkräfte und Strategien befaßt, wäre allerdings ein

20) Vgl. zur Diskussion der SPD um Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit: Lutz, Dieter S., Sicherheitspartnerschaft und/oder Gemeinsame Sicherheit?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd.I: Idee und Konzept, Baden-Baden 1986, S.29 ff, insbes. 35 ff.

21) Antrag 259, Parteivorstand, Für eine neue Strategie des Bündnisses, in: Dokumente, SPD-Parteitag, 17.-21. Mai 1984, o.O., o.J., hier: 2. und 4. Seite.

grundlegender Irrtum. Gerade in der SPD war im Zuge des sog. Nachrüstungsbeschlusses (NATO-Doppelbeschlusses) von 1979 eine besonders tiefe und alle Gliederungen umfassende Diskussion um (De-)Nuklearisierung, Konventionalisierung und Defensivorientierung entstanden, die nicht zuletzt auch zum Beschluß des SPD-Parteitages in München im April 1982 zur Einsetzung der bereits erwähnten Arbeitsgruppe "Neue Strategien" geführt hatte. Mit Abschluß der zügigen Arbeit der Arbeitsgruppe bereits am 13. Juni 1983 lagen der SPD sogar sehr frühzeitig ausformulierte Überlegungen zum Thema vor. Daß die Vorlage der Arbeitsgruppe gleichwohl noch nicht auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1983 in Köln, sondern erst - und dann in veränderter Form - auf dem Essener Parteitag 1984 vorgelegt und verabschiedet worden war, ist in der sog. Nachrüstung begründet. Da die Diskussion des Kölner Parteitages ganz im Zeichen des "NATO-Doppelbeschlusses" stand und die Vorschläge der Arbeitsgruppe aus dem aktuellen Streit herausgehalten werden sollten, gab Egon Bahr vor den Delegierten lediglich einen Zwischenbericht ab. In diesem Zwischenbericht wird der - bis zu diesem Zeitpunkt noch weithin unbekannte - StruNA-Begriff zwar nicht verwendet, seine inhaltlichen Konturen aber bereits umschrieben:

"Die waffentechnologischen Entwicklungen der letzten Jahre haben die Möglichkeiten einer Konventionalisierung der Bewaffnung erheblich verbessert... Die Fragestellung muß lauten, welche Möglichkeiten die waffentechnologische Entwicklung für die Stärkung der defensiven Strategie der Vorneverteidigung bietet, und nicht, wie die Strategie den neuen Waffen angepaßt werden kann...

Die erklärte Verteidigungsdoktrin und die tatsächliche Bewaffnung müssen ein zusammenhängendes und möglichst widerspruchsfreies Bild ergeben, das nicht anders interpretiert werden kann als Fähigkeit zur erfolgreichen Abwehr, aber Unfähigkeit zur raumgreifenden Offensive. Jede neue Strategie muß defensiv wirksam sein, das heißt, den Gegner stellen können, wo er angreift...

Strategie und Rüstung müssen die Fähigkeit demonstrieren, keine Offensiv-Optionen zuzugestehen, aber den

Gegner ein untragbar hohes Risiko für den Fall eines Angriffes aufzuerlegen."⁽²²⁾ (Hervorheb.-DSL)

22) Bericht der Arbeitsgruppe "Neue Strategien" beim SPD-Parteivorstand, hier zitiert nach: Vorwärts Nr.27 vom 30.Juni 1983, Dokumentation Extra, S.II,III.

2. Defizit und Definition .

Kap.1 zusammenfassend kann also konstatiert werden, daß Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit nicht nur als Begriff in einer breiteren politischen Öffentlichkeit auf große Zustimmung (Akzeptanz) stößt. Auch seine Ausgangsüberlegungen und denkbaren Inhalte sind in eine intensive Diskussion eingebettet, deren Wurzeln bereits weit im zeitlichen Vorfeld der Wortschöpfung selbst zu finden sind. Dennoch weist der StruNA-Begriff bislang ein entscheidendes Defizit auf: Weder kann gegenwärtig, d.h. im Herbst 1987, von einer präzisen und schlüssigen Definition Struktureller Nichtangriffsfähigkeit gesprochen werden, noch existieren mit Blick auf Inhalt und Operationalisierung umfassende und allgemein anerkannte Ableitungen und Konkretisierungen.

2.1. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i.w.S.)

Selbst über die Bandbreite des mit StruNA umschriebenen Gegenstandes besteht keine Einigkeit. Zwar heben die überwiegende Mehrheit der Diskussionen sowie die Großzahl der von Wissenschaftlern, Militärs und Politikern mittlerweile vorgelegten "Modelle" auf das Problem der Defensivorientierung von Streitkräften ab. Doch sind es gerade einige der wichtigsten Protagonisten des StruNA-Gedankens - darunter z.B. die "Arbeitsgruppe Frieden" im "Frankfurter Kreis", einem losen Zusammenschluß von Linken in der SPD -, die mehr wollen:

"Die sozialdemokratische Linke hat schon auf dem Essener Parteitag unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie den von ihr eingebrachten Begriff und die damit verbundenen Forderungen nicht interpretiert haben will als ein ausschließlich militärstrategisches Konzept. Deswegen hat sich die Linke auch immer dagegen gewendet, daß Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit verstanden wird als "defensive Verteidigung" oder als ein neuer Begriff für ein defensives Verteidigungskonzept."⁽¹⁾

1) Gilges, Konrad, Frieden ohne NATO, Hamburg 1985, S.123.

Nach Konrad Gilges, SPD-Abgeordneter und Sprecher der "AG Frieden" im "Frankfurter Kreis", ist Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit vielmehr ein "Gesamtkonzept", in das

"...nicht nur die militärischen Faktoren einbezogen werden, sondern alle gesellschaftlich relevanten Faktoren. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ist also ein gesamtgesellschaftliches Konzept für die Friedens- und Entspannungspolitik..."

Meiner Meinung nach sind in drei Bereichen Voraussetzungen und Veränderungen zu schaffen, die ein gesamtgesellschaftliches Konzept von Struktureller Nichtangriffsfähigkeit ermöglichen. Der erste Bereich, der verändert werden muß, ist der Bereich von Ideologie und gesamtgesellschaftlichem Bewußtsein (...) Der zweite Bereich, der für ein Konzept der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit wichtig ist, ist die Ökonomie (...) Der dritte Bereich, in dem das Konzept der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit umzusetzen wäre, ist der Bereich von Militär und Waffen sowie der Bereich von Strategie und Taktik".(2)

Ähnlich wie Gilges geht auch das von einem (die SPD-Diskussion kritisch-solidarisch begleitenden) Kreis von Intellektuellen, dem August-Bebel-Kreis, vorgelegte und veröffentlichte Diskussionspapier "Frieden 2000 oder: Das Jahr 2000 beginnt 1987" von einem StruNA-Verständnis aus, für das ich im folgenden den Begriff Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im weiteren Sinne (i.w.S.) verwenden werde. Unter Punkt 17 der bereits am 29. Juli 1985 beschlossenen Ausführungen heißt es:

"Die gesellschaftliche Ebene oder Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im weiteren Sinne: Voraussetzung und Teil Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit auf zwischenstaatlicher Ebene ist eine friedens- und ggf. abrüstungsfreundliche innenpolitische Struktur und eine entsprechend engagierte und politischen Druck ausübende Öffentlichkeit, kurz: die innergesellschaftliche Organisation von Frieden, die eine Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit nach außen auf Dauer garantiert. Von der

2) Ebda. S.124, 125, 126.

SPD zu unterstützen sind deshalb alle Maßnahmen und Initiativen, die innergesellschaftlich der Einschränkung und Kontrolle des militärisch-industriellen Komplexes, dem Abbau irrationaler Furcht bzw. der Veränderung gewalttätiger Strukturen (Konfliktregelungsmechanismen) und Denkmuster (Feindbilder) dienen. Hierzu gehören u.a.:

- die Unterstützung einer breiten, öffentlich geführten und bewußtseinsbildenden Diskussion in friedens- und sicherheitspolitischen Fragen (unter besonderer Berücksichtigung des Konzeptes Kollektiver Sicherheit in Völkerrecht und Grundgesetz) sowie die grundsätzliche Förderung von Friedensbewegungen;
- der gezielte und umfassende Abbau von Feindbildern, sei es in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit oder sei es als Grundelement der Ausbildung und Bildung in den bewaffneten Streitkräften (Bundeswehr);
- die Realisierung des Zivildienstes als Friedensdienst unter Einfluß von Friedenserziehung und u.U. auch von Aspekten der sozialen Verteidigung;
- der nachdrückliche Ausbau der friedens- und abrüstungsbezogenen Wissenschaftsressourcen, insbesondere der Friedensforschung, die sich als der methodisch-wissenschaftliche Versuch versteht, Ursachen von Gewalt (inkl. Kriege) aufzudecken und nach Wegen zu deren Überwindung zu suchen;
- die Stärkung der politisch-administrativen Planungs- und Entscheidungskapazitäten unter Verbesserung der Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten der Öffentlichkeit;
- die Untersuchung von Rüstungskonversionsmaßnahmen und der Suche nach zivilen Alternativprodukten."⁽³⁾

Auch der auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1986 angenommene sicherheitspolitische Leitantrag verkennt die nicht-militärischen Aspekte Struktureller Nichtangriffsfähigkeit nicht, hebt vielmehr ähnliche Aspekte wie der August-Bebel-Kreis hervor:

"Wir erstreben eine Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten der Blockgrenzen. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit setzt nicht nur Streitkräfte voraus, die nach militärischer Strategie, Ausbildung, Struktur,

3) Lutz, Dieter S., *Frieden 2000 oder: Das Jahr 2000 beginnt 1987*. Ein Diskussionspapier des "August-Bebel-Kreises": Elemente einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17.8.1985, S.8 und vom 19.8.1985, S.14, hier S.14.

Stärke und Bewaffnung zu einem raumgreifenden Angriff ungeeignet sind, sondern auch ein politisches Klima und eine Politik, die nicht von Feindbildern, irrationalen Bedrohungsvorstellungen und der Tendenz zu gewaltsamer Konfliktlösung geprägt werden."⁽⁴⁾ (Hervorheb.-DSL)

2.2. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i.e.S.)

Die Forderung nach Struktureller Nichtangriffsfähigkeit hat also nicht nur Waffen und Streitkräfte im Blick. Um Mißverständnisse auszuschließen, muß aber nachhaltig betont werden, daß derzeit (noch immer) Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit überwiegend in einem engeren Sinne (i.e.S.) verstanden wird, d.h. im Blickpunkt der Großzahl der StruNA-Diskussionen militärische Elemente stehen. Eine Definition des "eingeschränkten" Begriffes Struktureller Nichtangriffsfähigkeit existiert gleichwohl ebenfalls nicht. Selbst in der SPD, in der die StruNA-Idee unter Akzeptanzgesichtspunkten auf außerordentlich fruchtbaren Boden fällt, ist heute noch unklar, was Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit i.e.S. heißt. Dieses Defizit muß um so mehr verwundern, als bereits der Essener Parteitag 1984 die Sicherheitspolitische Kommission des Parteivorstandes beauftragte, den neuen sicherheitspolitischen

"Rahmen mit seinen Grundentscheidungen zu konkretisieren und über in der Arbeitsgruppe "Neue Strategien" formulierte und weitere Alternativen dem Parteitag 1986 zu berichten".⁽⁵⁾

Allgemein - d.h. sowohl in weiten Teilen der Gesamtpartei als auch in der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD Parteivor-

- 4) Hier zit. nach: "Unser Weg zu Abrüstung und Frieden." Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg 25.-29.8.1986, in: Politik. Informationsdienst der SPD Nr.8, September 1986, S.4 (Abschn.IV).
- 5) Antrag 259, Parteivorstand, Für eine neue Strategie des Bündnisses, in: Dokumente, SPD-Parteitag, 17.-21.Mai 1984, o.O., O.J., 4.Seite.

stand (6) - wurde der Auftrag des Essener Parteitages als Auftrag zur weiteren konzeptionellen Ausformung der Idee Gemeinsamer Sicherheit und insbesondere zur Konkretisierung und Operationalisierung des Gedankens der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit interpretiert. Erfüllt wurde der Auftrag bislang allerdings nicht: Zwar legte die Sicherheitspolitische Kommission - im übrigen nach erheblichen internen wie öffentlichen Querelen(7) - im März 1986 ein 24 Schreibmaschinenseiten umfassendes Papier dem SPD-Parteivorstand als Entwurf für einen Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik vor(8). Auch findet sich in diesem Papier, das am 7. April in leicht veränderter Fassung vom Präsidium und am 28. April vom Parteivorstand der SPD verabschiedet wurde, die entsprechende Forderung des Essener Parteitages wieder:

"Wir erstreben eine Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten der Blockgrenzen (...) Die Bundeswehrplanung für die kommenden Jahrzehnte muß (...) sich an dem Ziel der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit orientieren."(9) (Hervorheb.-DSL)

Wie aber sieht die nochmals bestätigte Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit aus? Durch bloße Wiederholungen und Bekräftigungen ist diese Frage ganz sicher nicht zu klären. Mehr als Wieder-

6) Mitglieder der Kommission waren u.a. Andreas von Bülow, (Vors.), Alfons Pawelczyk, Hans Apel, Egon Bahr, Horst Ehmke, Herrmann Scheer, Klaus von Schubert, Karsten D. Voigt; Berater waren u.a.: Karl-Wilhelm Berkhan, Karl Kaiser, Karlheinz Koppe, Dieter S. Lutz, Lutz Unterseher.

7) Z.B. zu Vorstellungen des Vorsitzenden der Kommission, Andreas von Bülow - vgl. u.a. sein Papier "Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa. Wege zur Sicherheitspartnerschaft", abgedruckt in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, (S+F), Vol.3 (Heft 4) 1985, S.250-256.

8) Kommission Sicherheitspolitik des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Entwurf für einen Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik, 13. März 1986, 24 S. (hektographiert).

9) Ebda, S.11, 20 (Fassung vom 28.4.1986: S.9, 18).

holungen hat der Entwurf der Sicherheitspolitischen Kommission aber kaum zu bieten⁽¹⁰⁾.

Doch nicht nur das Ergebnis der Arbeit der Sicherheitspolitischen Kommission ist Ende des Jahres 1986 enttäuschend. Ähnliches gilt auch für einen Parallelentwurf, der von der bereits erwähnten "Arbeitsgruppe Frieden" im "Frankfurter Kreis" erstellt wurde⁽¹¹⁾. Auch dieser Entwurf der SPD-Linken liefert keine weiterführende Konkretisierung, obwohl gerade von den Mitgliedern des "Frankfurter Kreises" die Klärung der Frage Struktureller Nichtangriffsfähigkeit immer wieder - auch in der Sicherheitspolitischen Kommission - gefordert wurde.

Daß auch die SPD insgesamt 1986 zu einer ähnlichen Einschätzung kam bzw. in ähnlicher Weise unzufrieden mit der Arbeit der Sicherheitspolitischen Kommission war, zeigte der Nürnberger Parteitag der SPD vom 25. - 29.8.1986. Zwar übernahm die Antragskommission⁽¹²⁾ weitgehend⁽¹³⁾ die Formulierungen der Sicherheitspolitischen Kommission. Auch fand der vorgelegte Text mit nur weni-

10) Fairerweise dürfen die - wenn auch unbefriedigenden - so doch zahlreichen inhaltlichen Gedankengänge, wie sie in Abschn.IV "Strategien der Kriegsverhütung" und in Abschn.VI "Streitkräfte, die dem Frieden dienen" des Entwurfs zum Ausdruck kommen, nicht ganz unerwähnt bleiben - vgl. a.a.O. (Anm.4), S.3 f und 6 f.

11) Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17.2.1986, 14 S. (hektogr.), abgedruckt in: Frankfurter Rundschau vom 21.2.1986, S.12 f unter dem Titel: "Was eine sozialdemokratische Bundesregierung tun sollte".

12) Vgl. die Texte in: Anträge zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.-29.8.1986, gedruckte und gebundene Fassung, o.O., o.J. (1986), S.433-443.

13) Ergänzt wurde z.B. ein Abschnitt über "Zivilschutz".

gen Änderungen⁽¹⁴⁾ die einhellige Zustimmung der Delegierten. Doch spricht der vom Parteitag ebenfalls angenommene Organisationsantrag (A 112) zur Sicherheitspolitik für sich, wenn er mit trockenen Worten und unter Verweis auf "Essen" festhält:

"Der Auftrag des Essener Parteitages zu einer Strategie, die 'von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen soll', verlangt über den Beschluß dieses Parteitages hinaus weitere Diskussion und Konkretisierung. Dem Parteitag wird empfohlen, speziell zur Erfüllung dieses Auftrages eine eigene Arbeitsgruppe (aus der Sicherheitspolitischen Kommission) zu bilden."⁽¹⁵⁾

2.3. Versuch einer ersten (vorläufigen) Definition

Festzuhalten ist also, daß auch nach mehrjähriger Diskussion ein definitorisches und konzeptionelles Defizit besteht, d.h. nach wie vor weitgehend ungeklärt ist, was Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit heißt. Festgehalten werden kann aber auch, daß die Diskussion um StruNA zwei Denkrichtungen/Denkschulen hervorgebracht hat. Eine Definition Struktureller Nichtangriffsfähigkeit müßte deshalb bis auf weiteres versuchen, beiden Richtungen gerecht zu werden. Sie könnte vorläufig wie folgt lauten:

Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im weiteren Sinne (i.w.S.) ist gegeben, wenn die (inner-)gesellschaftliche und staatliche Struktur (Organisation) von Sicherheit Krieg als Mittel der Politik nach außen auf Dauer und erkennbar ausschließt. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im engeren Sinne (i.e.S.) liegt vor, wenn Streitkräfte der militärischen Abhaltung und gegebenenfalls effizienten Verteidigung dienen, nach Organisation, Struktur, Bewaffnung und Strategie aber eine militärische Aggression erkennbar nicht zulassen.

14) Eingefügt wurde z.B. die Forderung nach einer "Stiftung zur Förderung der Rüstungskonversion", ergänzt wurde der Text ferner um die Forderung nach der "Kündigung des Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens".

15) A.a.O. (Anm.12), S.602.

Welche Vorüberlegungen und Prämissen, insbes. konzeptioneller Art, in diese Definition eingeflossen sind, erläutern die nachfolgenden Kapitel 3 und 4. Wenn sie sich stärker auf Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit i.e.S. beziehen, so lediglich aus arbeitsökonomischen und pragmatischen Gründen¹⁶⁾. Eine Gewichtung zu Gunsten des engeren Begriffs von StruNA ist damit nicht automatisch verbunden. Im Gegenteil: Zu vermuten ist, daß - auf Dauer betrachtet - der politischen und gesellschaftlichen Ebene größere Bedeutung zukommt als der "bloßen" militärischen. (Eine Aussage, die allerdings nicht im Sinne von "Voraussetzung" oder "notwendige Bedingung" mißverstanden werden darf - dazu noch im folgenden Abschn.4.1.9.).

16) Zu diesen Gründen gehört das Interesse einer breiten Öffentlichkeit vorrangig an der raschen Lösung des "militärischen" Problems ebenso wie die Aktualität der Chance, im zeitlichen Umfeld der sog. Doppel-Null-Lösung erstmals auch Überlegungen im Sinne von StruNA i.e.S. umsetzen zu können - vorausgesetzt sie liegen (in absehbarer Zeit) auf dem Tisch.

II. Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit (StrUNA)

3. Konzeption und Strategie

Zu den entscheidenden Fehlern und Defiziten wohl der meisten der derzeit diskutierten friedenspolitischen Alternativen und sicherheitspolitischen Modelle, inkl. der breiten Palette der StrUNA-Varianten, zählt ihre weitgehende Konzeptionslosigkeit. Dies ist deshalb zu betonen, weil jegliche seriöse Friedens- und Sicherheitspolitik - will sie nicht im "luftleeren Raum" schweben - zweier Ausgangspunkte bzw. Eckpfeiler bedarf: Zum einen setzt sie übergreifende programmatische und konzeptionelle Vorstellungen und Überlegungen voraus, zum anderen erfordert sie eine Realanalyse und Lagebeurteilung.

Der Eckpfeiler "Friedensprogrammatische und sicherheitspolitische Konzeption" weist die Richtung in die Zukunft (Wegweiserfunktion) und dient zugleich als Maßstab zur Beurteilung und Veränderung der Realität. Der Eckpfeiler "Lagebeurteilung" öffnet den Blick für die Defizite in der Realität und verweist Politik doch zugleich auf eine Orientierung am Machbaren.

Im dialektischen Verhältnis beider Eckpunkte verhindert die Lagebeurteilung, daß friedensprogrammatische Utopien zur sicherheitsgefährdenden Illusion degenerieren. Gleichwohl - oder besser: gerade deshalb - kann und darf Friedenspolitik nichts anderes sein als die je und je realadäquate Konkretisierung des programmatischen und konzeptionellen Wegweisers⁽¹⁾.

1) Vgl. bereits: Lutz, Dieter S., Frieden 2000 oder: Das Jahr 2000 beginnt 1987. Ein Diskussionspapier des "August-Bebel-Kreises", in: Frankfurter Rundschau vom 17.8.1985, S.8.

3.1. Zur konzeptionellen Einbettung Struktureller Angriffsunfähigkeit

Wer, wie derzeit die Mehrzahl der Alternativmodelle, darunter eben auch die StruNA-Palette, als Ausgangspunkt seiner Überlegungen und Vorschläge allein den Eckpfeiler "Lagebeurteilung" (oder gar "Bedrohungsanalyse") wählt, läuft Gefahr, in konzeptionsloser Weise Flickschusterei am Status quo zu begehen. Nicht zufällig scheinen deshalb die bislang vorgelegten Alternativen - von den Technokommandos Afheldts⁽²⁾ über die "Welt der Feuerwehren und Schilde, Schwertkräfte und Module etc."⁽³⁾ bis hin zu den Forderungen (z.B. der GRÜNEN) nach einseitigen Aktivitäten⁽⁴⁾ - beliebig konstruierbar, vielfältig variierbar und scheinbar unbegrenzt vermehrbar.

Dieses Defizit einer Vielzahl sog. Alternativen ist auch durch Selbstetikettierung nicht zu beheben: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit wird nicht bereits dadurch zum "Konzept"⁽⁵⁾, oder gewinnt an konzeptionellen Bezügen und Inhalten, nur weil einzelne Autoren ihre Modellvarianten verbal entsprechend bezeichnen. Mehr noch: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ist im theoretischen Gedankengebäude einer sicherheitspolitischen Alternative stets unterhalb der Konzeptebene anzusiedeln, kann also überhaupt nicht - weder nach ihrer politischen und militärischen Funktion noch in der Perspektive ihrer realadäquaten Umsetzung - den Anspruch erheben, selbst eine eigenständige Konzeption (oder unabhängige Strategie) darzustellen. Zugleich darf sie aber auch nicht "konzeptionslos", d.h. "ohne konzeptionelle Ableitung und Einbindung"

2) Vgl. Afheldt, Horst, Verteidigung und Frieden, München/Wien 1976; ders., Defensive Verteidigung, Reinbek bei Hamburg 1983.

3) Vgl. bei: Böge, Volker/Wilke, Peter, Sicherheitspolitische Alternativen, Baden-Baden 1984, insbes. S. 103 ff.

4) Vgl. z.B.: Die Grünen, Bundesvorstand, Wahlprogrammewurf '87, Frieden, Bonn, März 1986, 15 S.

5) Vgl. bereits Kap. 1, Anm.8.

sein, will sie sich nicht dem Vorwurf der "Flickschusterei" aussetzen. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit muß deshalb als das begriffen werden, was sie ist: als (militärisches) Teilelement einer übergreifenden politischen Konzeption.

Diese übergreifende politische Konzeption ist - spätestens seitdem sich die SPD der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit angenommen hat - die Gemeinsame Sicherheit (GS)/(Common Security). Als Teilelement der übergreifenden Konzeption ist StruNA also (nur noch) aus ihrer Einbettung in Gemeinsame Sicherheit definierbar, konkretisierbar und operationalisierbar. Wer diese konzeptionelle Eingrenzung in ihrem absoluten Anspruch nicht teilt, muß dennoch zugestehen, daß StruNA zweifelsfrei das konzeptionelle Gedankengebäude Gemeinsamer Sicherheit als (ein) integraler Bestandteil (unter anderen) ausmacht. Wer also - aus der Entstehungsgeschichte des StruNA-Begriffes verständlich - sich weigert, Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit allein auf eine einzige Konzeption zu beziehen, kann dennoch der Rückbindung Struktureller Nichtangriffsfähigkeit an Gemeinsame Sicherheit als eine der Möglichkeiten die Rechtfertigung nicht absprechen. In diesem Sinne sollen im folgenden die Frage nach der StruNA-Definition als GS-Ableitung und das Problem der StruNA-Operationalisierung als Versuch der realadäquaten Umsetzung Gemeinsamer Sicherheit begriffen werden. In diesem Sinne soll im folgenden auch das konzeptionelle und definitorische Defizit als noch offene Chance zur originären Gestaltung und inhaltlichen Füllung von StruNA verstanden werden.

Was also heißt Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit? Was überhaupt ist Gemeinsame Sicherheit?

Bevor ich eine Antwort versuche noch eine längst überfällige sprachliche Korrektur: Das Kunstwort "Nichtangriffsfähigkeit" kann semantisch entweder als "Fähigkeit zum Nichtangriff" oder als "Nichtfähigkeit zum Angriff" verstanden werden. Die erste Deutung - die Fähigkeit zu einer Nicht-Aktivität - ist Unsinn. Die zweite Deutung dagegen ist zwar stimmig, aber sprachlich

falsch; gemeint ist vielmehr "Unfähigkeit". Korrekt muß der Begriff also heißen: Strukturelle Unfähigkeit zum Angriff (StrUNA), oder kurz: Strukturelle Angriffsunfähigkeit⁽⁶⁾. Die beiden bereits angeführten Fragen lauten entsprechend modifiziert: Was heißt Strukturelle Angriffsunfähigkeit (StrUNA) im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit? Was überhaupt ist Gemeinsame Sicherheit?

3.2. Gemeinsame Sicherheit (GS) und Strukturelle Angriffsunfähigkeit (i.e.S.)

Gemeinsame Sicherheit geht von der Erkenntnis aus, daß in einer Zeit, in der nicht nur die ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen - gewollt oder ungewollt - grenzüberschreitend wirken (Wirtschaftskrise, Umweltverschmutzung, radioaktive Folgen eines zivilen Reaktorunglückes ebenso wie eines Atomkrieges etc.), Sicherheit nicht länger einseitig erlangt werden kann. Eigene Sicherheit muß vielmehr stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Kurz: Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben.

Die konzeptionellen Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis sind zwar noch nicht bis in das letzte Detail und abschließend geklärt, doch ist ihre programmatische Richtung konturiert⁽⁷⁾.

6) Wenn derzeit noch die originäre Gestaltung und inhaltliche Füllung von StruNA möglich und sogar erforderlich ist, so muß erst recht ein eher formaler Eingriff - die sprachliche Korrektur - zulässig sein. Beides - die inhaltliche und die formale Komponente zusammengeführt - berechtigt allerdings zu der Frage, ob StruNA nicht als aliud und somit losgelöst von StruNA gesehen werden muß.

7) Vgl. Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd.I: Idee und Konzept, Baden-Baden 1986; ferner: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd.II: Dimensionen und Disziplinen, Baden-Baden 1987.

Kurz- und mittelfristig will Gemeinsame Sicherheit (vgl. auch Anlage 1):

- neben der Realisierung Struktureller Angriffsunfähigkeit
- die Ablösung der Abschreckung,
- die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung durch Verhandlungen und Vereinbarungen unter Einschluß auch einseitiger Maßnahmen,

und langfristig:

- die Auflösung der Militärpakte und Blöcke,
- die Schaffung einer Neuen Europäischen Friedensordnung inkl. der Bildung eines Systems Kollektiver Sicherheit.

Als Teilelement Gemeinsamer Sicherheit mißt sich die Effizienz Struktureller Angriffsunfähigkeit an der Optimierung der Gesamtkonzeption. Oder negativ ausgedrückt: Die Verzahnung der Teilziele Gemeinsamer Sicherheit läßt weder ein Eigenleben Struktureller Angriffsunfähigkeit noch ihre Maximierung auf Kosten anderer GS-Elemente zu. Was letzteres konkret heißt, können drei Beispiele illustrieren:

- Im Rahmen eines Konzeptes Sozialer Verteidigung könnte StrUnA die absolute Abschaffung von Militärpotentialen zum Ziel haben (Angriffsunfähigkeit ist dann optimal gegeben, wenn überhaupt keine Waffen mehr existieren). Gemeinsame Sicherheit ist aber anders als Soziale Verteidigung ein Kriegsverhütungskonzept auf der Basis militärischer Mittel. Ziel von StrUnA ist also nicht die gänzliche Abschaffung von Streitkräften und Waffen, sondern ihre bedrohungsvermeidende Defensivorientierung.
- Gemeinsame Sicherheit zielt auf die Auflösung der Militärpakte und Blöcke. StrUnA kann also nicht auf Dauer Teil einer "bloßen zweiten" (europäischen) Säule im Rahmen der fortbestehenden NATO sein.
- Gemeinsame Sicherheit will Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Strukturelle Angriffsunfähigkeit darf deshalb nicht über Umrüstung zu Aufrüstung führen.

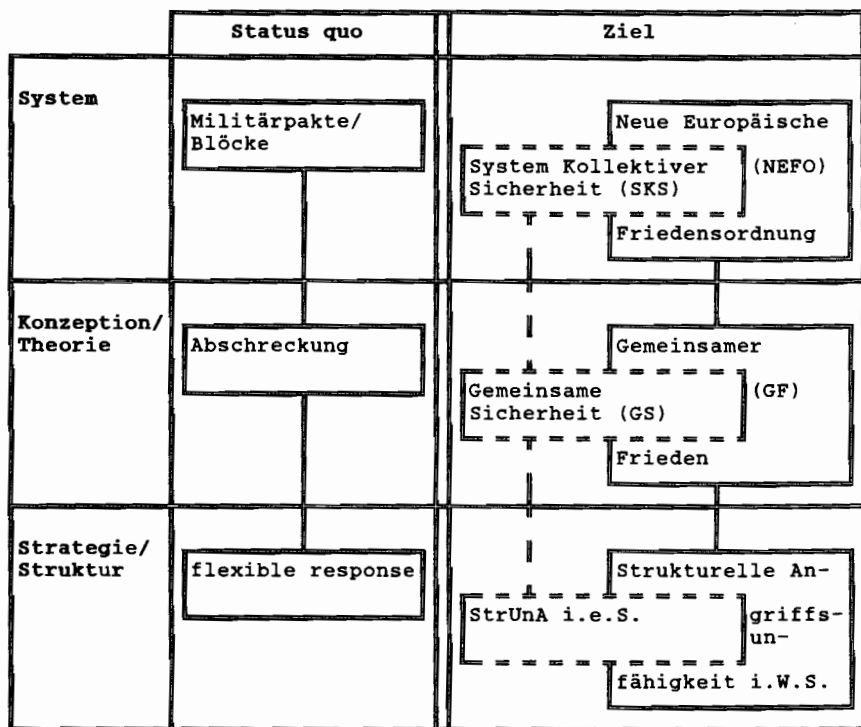
3.3. Exkurs: Gemeinsamer Frieden (GF) und Strukturelle Angriffs- unfähigkeit (i.w.S.)

Was für StrUnA i.e.S. gilt, muß um so mehr auf den umfassenden Begriff von StrUnA zutreffen. Auch Strukturelle Angriffsunfähigkeit i.w.S. stellt kein eigenständiges Konzept dar. Sie muß vielmehr als eingebettet in das Ziel einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO)⁽⁸⁾ angesehen bzw. als Teilelement einer übergreifenden Konzeption des "peaceful change" verstanden werden. An dieser Stelle scheint es mir notwendig, einen neuen Begriff - einen Pleonasmus⁽⁹⁾ - einzuführen: M.E. wird sich die Logik der übergreifenden Konzeption (analog zur Gemeinsamen Sicherheit) an der Idee eines Gemeinsamen Friedens (GF)/(Common Peace) orientieren müssen (siehe auch Schaubild Nr.1). Entsprechend kann das Ziel als eine "Europäische Ordnung des Gemeinsamen Friedens" bezeichnet werden.⁽¹⁰⁾

- 8) Die "bloße" gesellschaftliche Orientierung von Konrad Gilges - vgl. bereits Kap.2, Anm.1 - ist insofern zu eng.
- 9) Der Vorwurf, "Gemeinsamer Frieden" sei begrifflich und inhaltlich ein Pleonasmus ist sicherlich berechtigt. Doch gilt dieser Vorwurf auch (bereits) für eine ganze Reihe weiterer als "sinnvoll" akzeptierter Begriffe: von "positivem Frieden" angefangen, über "defensive Verteidigung" bis hin zur "Gemeinsamen Sicherheit". Sind Begriffe erst einmal mißbräuchlich besetzt und in der politische Realität pervertiert, so sind ihre eigentlichen Inhalte nur über Pleonasmen und Tautologien zu retten.
- 10) Von einer "Partnerschaft des Friedens" spricht auch der sog. "Irseer Entwurf" der SPD - vgl.: Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Entwurf Irsee, Juni 1986, hrsgg. vom Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, Bonn, o.J.

Dieter S. Lutz

Schaubild Nr. 1: Strukturelle Angriffsunfähigkeit in ihrer konzeptionellen Einbettung



Anm.: Das Schaubild soll nur einen ersten vorläufigen Eindruck von der konzeptionellen Einbettung der Strukturellen Angriffsunfähigkeit vermitteln. Weder sind die zeitlichen Abläufe noch die theoretischen Ebenen tatsächlich in einem ausschließlichen Sinne zuordbar - vgl. auch die nachfolgenden Ausführungen und Graphiken.

Was NEFO bedeutet - bzw. was eine übergreifende Konzeption Gemeinsamen Friedens beinhalten muß - ist bislang unter methodischen und inhaltlichen Gesichtspunkten noch nicht einmal im Ansatz diskutiert, schon gar nicht auch nur annähernd befriedigend geklärt. Ich will mich deshalb vorläufig auf die Wiedergabe der Vorstellungen vom Strukturgerüst einer solchen NEFO beschränken, wie sie bereits in dem vom August-Bebel-Kreis vorgelegten Diskussionspapier "Frieden 2000 oder: Das Jahr 2000 beginnt 1987" veröffentlicht wurden. In diesem Papier heißt es:

1. *Auf innergesellschaftlicher Ebene versteht NEFO sich als Versuch der umfassenden Verwirklichung demokratischer Strukturen und ökologischer Lebensweisen.*
2. *Verteidigungspolitisch zielt sie kurz- und mittelfristig auf die Realisierung Gemeinsamer Sicherheit (GS) und langfristig auf die Verwirklichung eines Systems Kollektiver Sicherheit (SKS), das anders als Militärallianzen ohne Bedrohungswirkung der Friedenssicherung nach außen, aber auch nach innen dient.*
3. *Im Ost-West-Verhältnis sucht sie die Interessenidentität der kleineren Staaten Ost- und Westeuropas über die Knüpfung eines dichten Netzes gegenseitiger Abhängigkeiten und Verpflichtungen zur Auflösung der Blockkonfrontation zu nutzen.*
4. *Im Nord-Süd-Konflikt verfolgt sie eine Politik, welche die Autonomie und die eigenen Interessen der Völker des Südens anerkennt und eine partnerschaftliche, gleichberechtigte Kooperation mit den Völkern des Nordens sucht."⁽¹¹⁾*

3.4. Defensive Abhaltung und Strukturelle Angriffsunfähigkeit (i.e.S.)

Derzeit ist weder eine rasche Konzeptionalisierung der Idee Gemeinsamen Friedens zu erwarten noch an eine schnelle Realisierung einer Neuen Europäischen Friedensordnung zu denken. Andererseits aber drängt die Zeit. Der Abschreckungsfrieden ist ein "Gewinn

11) A.a.O. (Anm.1), S.8.

auf Zeit", gewährt lediglich eine "Atempause". Es ist deshalb kein Zufall, (der Politik und insbes. der SPD) zu empfehlen, mit der Realisierung derjenigen Ebenen einer Neuen Europäischen Friedensordnung zu beginnen, deren theoretische Ausformulierungen einerseits am weitesten vorangeschritten sind und deren Auswirkungen in Richtung Bedrohungsminderung andererseits unmittelbar und sofort einsetzen könnten, d.h. mit der Verwirklichung Gemeinsamer Sicherheit und mit der Implementierung Struktureller Angriffsunfähigkeit (i.e.S.).

Allerdings wäre es - und damit kehren wir zum festgestellten Defizit bisheriger StrUNA-Diskussionen und Modellbildungen zurück - ein grundlegendes Mißverständnis, Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit in ihrem Streben nach Ablösung der Abschreckung auf ein und derselben theoretischen Ebene anzusiedeln. GS und StrUNA stehen nicht gleichberechtigt nebeneinander. Zwischen beiden besteht vielmehr eine konzeptionell-theoretische Hierarchie: GS ist das politische Konzept, StrUNA "nur" die Strategie. Mehr noch: StrUNA ist "lediglich" Kriegsführungsstrategie, oder angemessener ausgedrückt: Verteidigungsstrategie im Kriegsfall. Ist es aber richtig, daß es im Nuklearzeitalter (und insbes. unter den konzeptionellen Vorzeichen Gemeinsamer Sicherheit) nicht mehr darum gehen kann, Kriege zu führen, sondern sie zu verhüten, so muß zwischen den beiden Ebenen "Konzept" und "Verteidigungsstrategie", konkret: GS und StrUNA, eine weitere Ebene eingezogen werden: die Ebene der Kriegsverhütungsstrategie. Sie ist das in den bisherigen Diskussionen fahrlässig vergessene theoretische Bindeglied, ohne das StrUNA weder verstanden noch geformt werden kann. Sie ist mit Blick auf den Status quo, d.h. die derzeitige Abschreckungsstrategie, auch die Ebene, ohne deren Ablösung durch eine Alternativebene die beiden anderen Alternativebenen (GS und StrUNA) Utopie bleiben oder zum bloßen Flickwerk degenerieren (vgl. zur Hierarchie der Ebenen und ihren Alternativen auch Schaubild Nr.2).

Dieter S. Lutz

Schaubild Nr. 2: Defensive Abhaltung und Strukturelle Angriffsunfähigkeit i.e.S. in ihrer hierarchisch-konzeptionellen Einbettung

	Ebene	Status quo	Alternative
1.	Konzeption/ Ideologie	Abschreckung	Gemeinsame Sicherheit
2.	Strategie der Kriegsverhütung	Abschreckungs- strategie	Defensive Abhaltung
3.	Strategie der Kriegführung/ Verteidigung	flexible response	Strukturelle Angriffsun- fähigkeit
4.	Modell (Bundes- republik)	Vorneverteidi- gung	(Defensive Zonen)
5.	Verfahren	Arms control und Aufrüstung	Abrüstung und Umrüstung
6.	Realität/Ziel	Gleichgewicht	Stabilität

Was aber ist die alternative Kriegsverhütungsstrategie im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit mit Auswirkung auf die Verteidigungsstrategie, konkret: StrUnA. Wie heißt sie? Wie sieht sie aus? Wodurch unterscheidet sie sich von der Abschreckungsstrategie?

Um diese Fragen zu beantworten, zuerst ein Blick auf die bisherige Abschreckungsstrategie⁽¹²⁾: Unter Abschreckung (deterrence) ist das Bemühen zu verstehen, den Willen eines potentiellen Gegners dahingehend zu beeinflussen, daß er auf eine mögliche oder bereits begonnene Aggression verzichtet, weil das militärische Risiko unkalkulierbar, oder besser ausgedrückt: kalkuliert untragbar ist. Als Varianten der Abschreckung sind denkbar - und in der Realität des Ost-West-Konflikts auch vorfindbar - die Abschreckung durch Vergeltung und Bestrafung des Aggressors (retaliation/punishment) sowie die Abschreckung durch Zunichtemachen und Verweigerung des militärischen Erfolgs (annihilation/denial). Die Mittel der Abschreckung sind sowohl konventionelle als auch taktisch-nukleare als auch strategische Streitkräfte und Rüstungen.

Abschreckung ist eine Kriegsverhütungsstrategie, Gemeinsame Sicherheit eine Kriegsverhütungsdoktrin. Ziel der militärischen Vorbereitungen auf den Ernstfall soll es nicht sein, Krieg zu führen, sondern ihn zu verhindern bzw. ihn auf einer möglichst niedrigen Eskalations- und Schadensstufe wieder "einzufangen". Trotz dieser Gemeinsamkeit sind Abschreckung und Gemeinsame Sicherheit nicht vereinbar. Zwar will GS wie die Abschreckung die Vermeidung von Kriegen - nicht jedoch im Gegeneinander, sondern im Miteinander. Was resultiert aus diesem Unterschied?

Zum einen ist Gemeinsame Sicherheit ein Konzept gemeinsamer Verhütung von Kriegen durch alle Betroffenen für alle Betroffenen. Mit diesem Verständnis von Sicherheit vereinbar sind alle Maß-

12) Zu folgendem bereits: Lutz, Dieter S., Gemeinsame Sicherheit - das neue Konzept, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.7), S.50-52, vgl. auch S.70 und 76.

nahmen der "Abschreckung" im Sinne der Verweigerung und des Zunichtemachens der Kriegsziele möglicher Aggressoren; mit der diesem Verständnis zugrundeliegenden Identifikation mit dem Gegenüber keinesfalls vereinbar aber sind Maßnahmen der permanenten Bedrohung mit Offensivsystemen (auch konventioneller Art), insbes. aber der Vergeltung mit Massenvernichtungsmitteln gegen Bevölkerungszentren und Industrieansiedlungen. Vergeltungsmaßnahmen im Rahmen eines Systems Gemeinsamer Sicherheit wären - denkt man logisch stringent - nichts anderes als die Vernichtung bzw. die Drohung mit der Vernichtung eines Teils des eigenen GS-Systems, also Zerstörung und Selbstzerstörung sowie Mord und Selbstmord zugleich. Auf den unter moralischen Aspekten höheren Stellenwert der GS-Strategie, der sich quasi als "Nebeneffekt" aus der Logik Gemeinsamer Sicherheit ergibt, sei an dieser Stelle nur hingewiesen.

Zum anderen kann ein Konzept, das nicht auf dem Gegensatz, sondern auf dem Miteinander am und im Interesse der Kriegsverhütung aufbaut, die Drohelemente und Charaktermerkmale heutiger Abschreckung, oder besser ausgedrückt: die destabilisierenden Dilemmata und Mechanismen des derzeitigen Ost-West-Abschreckungssystems, nicht akzeptieren, will sie gerade im Gegenteil beheben. Darunter sind:

- die Identifizierung des potentiellen Gegners als tatsächlichen Feind,
- die ständige Vorbereitung auf den schlimmsten Fall (worst case),
- die irrationale Drohung mit der Vernichtung des Gegners unter Inkaufnahme der letztendlichen Selbstvernichtung,
- die Schaffung von (vermeintlicher) Sicherheit unter Inkaufnahme von Unsicherheitsgefühlen und Bedrohungswahrnehmungen auf der gegnerischen Seite,
- die Reproduktion von Instabilitäten durch die Versuche der Bewältigung eben dieser Instabilitäten über die laufende nume-

rische Erweiterung und qualitative Perfektionierung bzw. Modernisierung der militärischen Offensivmittel.

Positiv formuliert heißt das: Gemeinsame Sicherheit will Kriegsverhütung auf der Basis effizienter Streitkräfte. Die nicht-offensive "Abschreckungs"-Strategie (inoffensiv deterrence) Gemeinsamer Sicherheit beschränkt sich jedoch (anders als die offensive Abschreckungsstrategie (offensive deterrence) des Status quo) auf den hohen militärischen, finanziellen, aber auch nicht-materiellen "Eintritts"-und/oder "Aufenthaltspreis", den der Gegner im Falle eines Angriffs auf dem Boden des Angegriffenen zu zahlen bereit sein müßte. Maßnahmen der Gegeninvasion, der Vergeltung oder der Präemption, (sei es mit konventionellen Offensivwaffen, sei es mit nuklearen Massenvernichtungsmitteln) sind dagegen - zumindest langfristig - nicht vorgesehen. Insofern steht die "Abschreckungs"-Strategie Gemeinsamer Sicherheit der militärischen Abhaltestrategie neutraler Länder wie Österreich

oder Schweiz⁽¹³⁾ nahe, ohne allerdings deren obsoleete politische Grundüberzeugung (des "Sich-Heraushaltens" bzw. der "Nicht-Beteiligung") akzeptieren zu können⁽¹⁴⁾. Insofern auch unterscheidet sich die (defensive) Abhaltestrategie Gemeinsamer Sicherheit entscheidend von der mit offensiven Komponenten durchgesetzten und sich gerade auch auf nukleare Vergeltungsmittel stützende sog. Abhaltestrategie (dissuasion nucléaire) Frankreichs⁽¹⁵⁾.

Um Verwechslungen zu vermeiden, möchte ich deshalb abschließend nicht nur zusammenfassen, sondern auch an dieser Stelle wieder

13) Vgl. z.B.: Lutz, Dieter S./Große-Jütte, Annemarie (Hrsg.), Neutralität - Eine Alternative?, Baden-Baden 1982; vgl. auch die präzisen Bestimmungen von: Stahel, Albert A., Simulationen sicherheitspolitischer Prozesse anhand von Beispielen und Problemen der schweizerischen Sicherheitspolitik, Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft Bd.2, Frauenfeld 1980, S.309,310 und dort auch die Quellen: "Die Dissuasion ist aber nicht mit der Abschreckung zu verwechseln (...) Die Drohung des Abschreckenden greift über sein eigenes nationales Territorium hinaus und bedroht den Aggressor in seinem eigenen nationalen Territorium oder in einem Territorium eines Dritten, der zur Interessensphäre des Aggressors oder zu derjenigen des Abschreckenden gehört und in dem sich eventuell feindliche Truppen befinden (...) Bei der Dissuasion ist die Gegendrohung gegen die Aktivität des Angreifers auf das Territorium, auf den Luftraum und auf die Seeküste des Verteidigers beschränkt. Entsprechend lautet auch die Definition der Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft im Bericht des Bundesrates: >>Kriegsverhinderung ist das strategische Verhalten, das einen potentiellen Gegner veranlassen soll, auf die Auslösung einer bewaffneten Auseinandersetzung zu verzichten. Er soll zur Überzeugung gebracht werden, daß ein Mißverhältnis besteht zwischen dem von ihm erstrebten Vorteil und dem einzugehenden Risiko. Das Risiko, das ihm dabei vor Augen geführt werden muß, besteht im Verlust von Prestige, Streitkräften, Kriegspotential und Zeit sowie in der Beeinträchtigung seiner ideologischen, machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen<<."

14) Zum Gegensatz GS versus Neutralität vgl. Lutz, Dieter S., a.a.O. (Anm.7), S.64-68.

15) Vgl. z.B.: Schwarz, Jürgen, Frankreichs Militärstrategie von 1958-1978, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel 1976³, S.397-419, insbes. S.404 ff.

einen neuen Begriff - abermals einen Pleonasmus¹⁶⁾ - einführen: Das Bindeglied zwischen dem politischen Konzept Gemeinsamer Sicherheit und der Verteidigungsstrategie Struktureller Angriffsunfähigkeit ist die Kriegsverhütungsstrategie. Im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit nenne ich die Kriegsverhütungsstrategie in Alternative zur Strategie der Abschreckung "Defensive Abhaltung" (DA)/(Defensive Disuassion).

16) Vgl. bereits Anm.9.

4. Kriterien (und Konsequenzen)

Der bloße deklatorische Verzicht auf bestimmte Maßnahmen bzw. die bloße Propagierung einer defensiven Abhaltestrategie an Stelle der Abschreckungsstrategie kann für die Realisierung Gemeinsamer Sicherheit allerdings nicht genügen. Ein militärisches Sicherheitssystem, das frei sein will von den Irrationalitäten und Instabilitäten des heutigen Abschreckungssystems, muß Fakten und Strukturen verändern. M.a.W.: Solange auf effiziente Streitkräfte nicht verzichtet werden kann, müssen die Strukturen Gemeinsamer Sicherheit selbst so gestaltet werden, daß sie zwar Effizienz, aber nicht Angriffsfähigkeit signalisieren. Mit dieser Feststellung kehren wir zur eigentlichen - wenn auch jetzt modifizierten - Ausgangsfrage zurück: "Was heißt Strukturelle Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung? Wie lautet ihre Definition? Was sind ihre Konsequenzen (für die militärische Organisation von Sicherheit)?"

4.1. Zehn Definitionskriterien und Funktionsmerkmale Struktureller Angriffsunfähigkeit (i.e.S.)

Die Antwort auf die Frage nach der "Definition" ergibt sich aus Wortsinn, Genesis, Logik und konzeptioneller Einbettung von Struktureller Angriffsunfähigkeit und Defensiver Abhaltung; sie fügt sich aus mindestens zehn Definitionskriterien und Funktionsmerkmalen zusammen, aus denen wiederum die Antwort auf die Frage nach den "Konsequenzen" abgeleitet werden kann (vgl. auch Schaubild Nr.3). Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei vorab betont, daß es sich bei der Diskussion der Definitionskriterien in den nachfolgenden Abschnitten um weitgehend theoretisch-methodologische Überlegungen handelt. Die sog. Realität gerät zwar auch in Abschnitten 4.1.8 (Anti-Effizienz-Effekt) oder 4.1.9 (Strukturcharakter) mit in den Blick, wird nachdrücklich aber erst in einer der folgenden Veröffentlichungen berücksichtigt.

Dieter S. Lutz:

**Schaubild Nr.3: Strukturelle Angriffsunfähigkeit im Rahmen
Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit -
Zehn Kriterien und ihre Konsequenzen**

	Definitions- kriterien/ Funktionsmerkmale	Materielle Forderungen	Militärische Konsequenzen u.a.
X	1. Bedrohungs- vermeidungsfunktion	Angriffsfähigkeits- verbot	Defensive Zonen - Atomwaffenfreier Korridor - Chemiewaffenfreie Zone
X	2. Verteidigungs- und Abwehrfunktion	Verteidigerüberlegen- heit/Defensiv- siegoption	- Panzerfreie Zone - StrUNA-Gebiet - Panzerabwehr - Luftabwehr
X	3. Stabilitäts- orientierung	Destabilisierungs- verzicht/Präemp- tions-/Präventions- prämiennabbau (aktiv und passiv)	- "Nachrüstungs"- Verzicht - Zielbildungsver- meidung - Mobilitätsbeschr. - Reichweitenbeschr. - Massenvernich- tungsmittelverz.
X	4. Abhaltefunktion	Kriegsverhütung	Untragbarer Ein- tritts- und Aufent- haltspreis
X	5. Schutzfunktion/ Schadensminimie- rungsfunktion	Beidseitigkeit	Zielbildungsvermei- dung(/Zivilschutz/ Völkerrecht)
	6. Autonomie-Option	Einseitigkeit	- Panzerbeseitigung - Chem.waff.beseit. - Nuklearwaffenbe-
X	7. Abrüstungs- orientierung	Rüstungsverzicht/ Abrüsten durch Umrüsten	- LRINF (seitig. - MRINF - SRINF - Redukt. Marine/ Luftwaffe, z.B. Jagdbomber - Redukt. Logistik
	8. Garantiefunktion/ Anti-Effizienz- Effekt	Folgenorientierung/ prakt. Konkordanz	
X	9. Strukturcharakter	Risikobereitschaft zum Frieden	(StrUNA i.w.S.) Veränderung der - Denkstruktur - Streitkräftestr. - Bündnisstruktur
	10. Wegweiserfunktion	Gemeinsame Sicher- heit/Kollektive Sicherheit	Arbeitsteilung/ Multinationale Streitkräfte

4.1.1. Die Bedrohungsvermeidungsfunktion bzw. Angriffsunfähigkeit

Gemeinsame Sicherheit kann und will auf militärische Abhaltung als Mittel der Kriegsverhütung nicht verzichten. Anders als das Abschreckungsregime hat Gemeinsame Sicherheit allerdings erkannt und konzeptionell verarbeitet, daß militärische Sicherheit nicht nur äußerst kostspielig und stets mit Kriegsrisiken behaftet ist, sondern auch gerade die Bedrohungen und Bedrohungsvorstellungen⁽¹⁾ erzeugen kann, die sie zu verhüten bzw. auszugleichen vorgibt. Gemeinsame Sicherheit versteht sich deshalb als ein Konzept der gemeinsamen Verhütung von Kriegen durch alle Betroffenen für alle Betroffenen⁽²⁾, das auf Dauer jene Streitkräfte, Strategien und Waffenpotentiale nicht akzeptieren kann, die eigene (im übrigen mißverständene) Sicherheit durch Bedrohung, d.h. auf Kosten der Sicherheit des Gegenübers, produzieren. Im Rahmen des Systems Gemeinsamer Sicherheit wäre - logisch betrachtet - die Bedrohung und Unsicherheit eines GS-Mitgliedes nichts anderes als die Destabilisierung (eines Teils) des eigenen GS-Systems, also Bedrohung und Selbstbedrohung zugleich.

Kerngedanke der Strukturellen Unfähigkeit zum Angriff ist deshalb die Bedrohungsvermeidung auf beiden Seiten für beide Seiten. Gefordert wird ausdrücklich "Angriffsunfähigkeit" (bzw. "Nichtangriffsfähigkeit"). Der Wortsinn geht also extensiv über eine "bloße" Bedrohungsminderungsfunktion hinaus. (Die sprachlich ver-

- 1) Zur Bedrohungsanalyse vgl. z.B. die scharfsinnigen Überlegungen von Müller, Erwin, Bedrohungsanalyse, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S.55-60; ders., Zur Logik politischer Bedrohungsanalysen, in Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden 1987, S.79-97 und dort jeweils die Literatur; ferner auch: Bruns, Wilhelm/ Ehmke, Horst/Krause, Christian (Hrsg.), Bedrohungsanalysen, Bonn 1985.
- 2) Vgl. bereits: Lutz, Dieter S., Gemeinsame Sicherheit - das neue Konzept, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd.I: Idee und Konzept, Baden-Baden 1986, S.50-52, 70, 76.

unglückte Wortbildung "Nichtangriffsfähigkeit" verdeutlicht insofern das Anliegen sogar noch besser als der sprachlich korrekte Begriff "Angriffsunfähigkeit" - vgl. zum sprachlichen Problem bereits Abschn.3.1. sowie noch Abschn.4.1.2.).

Gemeint ist ferner auch nicht eine "bloße" Defensivorientierung. Das Problem der Unterscheidung zwischen defensiven und offensiven Streitkräften und Waffensystemen⁽³⁾ stellt sich insofern nicht. Organisation, Struktur, Bewaffnung und Operationskonzept der Streitkräfte müssen vielmehr so beschaffen sein, daß sie nicht nur defensiver als bisher sind, sondern ohne Ambivalenz eine militärische Aggression erkennbar nicht zulassen (vgl. aber auch noch Abschn.4.1.9.).

Gefordert ist andererseits aber auch nichts, was über mögliche "militärische" Komponenten der Bedrohungsvermeidung hinausgeht. Gemeinsame Sicherheit leugnet zwar weder die Existenz noch den künftigen Fortbestand politischer, ideologischer oder systembedingter Interessengegensätze und Konflikte.⁽⁴⁾ Zu ihren Aufgaben gehört es aber "lediglich", die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen⁽⁵⁾ so zu organisieren, daß die Auseinandersetzungen als

- 3) Ein Argument, das immer wieder von Kritikern der Defensivkonzepte vorgetragen wird.
- 4) Vgl. dazu jetzt auch die gemeinsame Ausarbeitung der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", veröffentlicht u.a. in: Politik Nr.3, Informationsdienst der SPD, Bonn, August 1987, 7 S.
- 5) Zu den Rahmenbedingungen (und damit auch kompatibel mit dem konflikttheoretischen Ansatz von GS) würde ich z.B. auch Feindbilder rechnen, soweit sie auf Vorurteilen, Zerrbildern und Fehlwahrnehmungen, nicht aber auf tiefgreifenden Interessenkonflikten beruhen - vgl. dazu auch z.B: Frei, Daniel, Feindbilder und Bedrohungswahrnehmungen - Die kognitiven Grundlagen von Sicherheit und Unsicherheit, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.1), S.98-109, insbes. S.99; zu den Feindbildern vgl. auch: Wasmuth, Ulrike C., Feindbild, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.1), S.97-101 und dort die Literatur.

friedlicher Wettbewerb unter Ausschluß militärischer Mittel geführt werden können⁶⁾. Zu den Zielen eines übergeordneten Konzepts Gemeinsamen Friedens (GF) und der Schaffung einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) (vgl. dazu bereits Abschn.3.3.) würde dagegen zählen, den friedlichen Wettbewerb selbst zu gestalten und gegebenenfalls die Konfliktlösung zu betreiben.

Ist die Bedrohungsvermeidungsfunktion Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit unter konflikttheoretischen Gesichtspunkten somit als eher bescheiden (oder nicht vorhanden) anzusehen, so kann ihre militärische und sicherheitspolitische Bedeutung im Sinne eines grenzüberschreitenden Angriffsfähigkeitsverbots dagegen nicht hoch genug veranschlagt werden: StrUnA will Bedrohungsvermeidung durch Angriffsunfähigkeit - und zwar unbeschränkt. Der Einengung des Angriffsfähigkeitsverbots von StrUnA auf "Invasionsunfähigkeit", wie sie z.B. Reiner K. Huber von der Bundeswehruniversität München im Rahmen der Anhörung des IFSH im Dezember 1986 vorgenommen hat, kann deshalb nicht gefolgt werden. Der in seine Bedenken eingeschlossene Hinweis auf die Notwendigkeit von Angriffsfähigkeit im Sinne von Gegenangriffsfähigkeit ist gleichwohl nicht unberechtigt:

"Die Definition des Begriffs StruNA bedarf der Präzisierung (...) Der Erfolg von Gegenangriffen (zur Rückgewinnung verlorenen Territoriums - DSL) erfordert in gewissem Umfang Verbände, die nach Organisation, Struktur und Bewaffnung angriffsfähig sind. Der Erfolg von Gegenangriffen ebenso wie von Verteidigungsgefechten kann aber von der Fähigkeit abhängen, dem Aggressor das Heranführen von Reserven zu verwehren, was u.U. grenzüberschreitender Kampfhandlungen größeren Umfangs (z.B. in Form von Interdiktionsoperationen der Luftstreitkräfte) bedarf.

In welchem Umfang gegenangriffsfähige Verbände sowie "grenzüberschreitendes Feuer" notwendig sind, kann nur im Rahmen von mehr oder weniger detaillierten operationsanalytischen Untersuchungen geklärt werden, die mindestens auf Korps-Ebene angesiedelt sind. Da aber derartige Untersuchungen meines Wissens bisher nicht

6) Vgl. bereits: Lutz, Dieter S., a.a.O. (Anm.2), S.79.

durchgeführt wurden, erscheint es gefährlich, sich durch eine u.U. unangemessene Begriffswahl und -definition bereits festzulegen bzw. festlegen zu lassen.

Diesen Bedenken würde der Begriff der "Invasionsunfähigkeit" (IUF) Rechnung tragen."⁽⁷⁾

Auch die von Horst Afheldt vorgeschlagenen Definitionsmerkmale, "politisch relevanter Geländegewinn" und/oder "Sieg-Fähigkeit" decken das Spektrum des Angriffsfähigkeitsverbots von StrUNA nicht ab:

"Angriffsfähigkeit bedeutet (...) die Fähigkeit, raumgreifende Operationen mit einem politisch relevanten Geländegewinn auf dem Territorium der WVO-Staaten führen zu können. Als politisch relevant muß der Geländegewinn angesehen werden, der, wenn er dem Warschauer Pakt auf westlichem Gebiet gelänge, der NATO als inakzeptabel erscheinen würde. Konkret: Vorstoß bis an die Oder, maximal an die Weichsel. Dabei ist zu unterscheiden, ob die NATO eine solche Fähigkeit nur hat, wenn sie als erste angreift (Erst-Angriffsfähigkeit) oder auch noch nach Abwarten eines gegnerischen Angriffs (Gegen-Angriffsfähigkeit).

Von struktureller Angriffsfähigkeit in diesem Sinne ist die strukturelle Sieg-Fähigkeit zu unterscheiden, die eine Angriffsfähigkeit bis zur konventionellen Niederbringung der Sowjetunion durch die NATO voraussetzen würde."⁽⁸⁾

Ähnliches gilt auch für die z.B. von Oberstleutnant Wilhelm Nolte geforderte Differenzierung nach Gesichtspunkten der "Haltefähigkeit":

"Vor Beantwortung der (...) Frage nach - wie auch immer bedingter - Nichtangriffsfähigkeit von NATO und/oder WVO, halten wir es für geboten, mit der Erörterung der Begriffe Angriffsfähigkeit und Gegenangriffsfähigkeit einen dritten Begriff zu diskutieren, der letztendlich die Qualität von Angriffsfähigkeit bestimmt, indem er Aufschluß über die mit Angriff erwartete fortdauernde

7) Huber, Reiner K., in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.32.

8) Afheldt, Horst, in: ebda. S.5.

Folgewirkung vermittelt. Wer einem Gegner Angriffsfähigkeit unterstellt und hierauf ggf. seine Verteidigungsfähigkeit abstellt, muß zuvor und zugleich danach fragen, ob der Gegner die im Angriff möglicherweise erreichbaren Ziele hiernach überhaupt zu halten in der Lage sein kann. Eine Besetzung der Bundesrepublik Deutschland etwa würde dem Warschauer Pakt einen Besatzungsaufwand abverlangen, der das in der DDR heute verfügbare Personalpotential um einen Faktor 3 (bei Zugrundelegung der territorialen Flächen) oder 4 (bei Zugrundelegung der Bevölkerungszahlen) übertreffen müßte. Muß die Befähigung zum Halten der Angriffsziele in Frage gestellt werden, kann eine behauptete Angriffsfähigkeit erheblich an Bedeutung verlieren.

Angriffsfähigkeit unterstellen, ohne zugleich Haltefähigkeit zu belegen, ist eine Denkweise, die - möglicherweise bewußt - über einen Kriegsbeginn nicht hinausgeht."(9)

Selbst (ursprünglich auch von mir vorgetragene) vorsichtige Relativierungen im Sinne von Definitionen wie "Verzicht auf die Fähigkeit, grenzüberschreitende Kampfhandlungen größeren Umfangs führen zu können"⁽¹⁰⁾ sind noch zu mißverständlich. Sie versuchen zwar zu Recht, dem Postulat der Gegenangriffsfähigkeit einerseits und der defensiven/offensiven Ambivalenz der Waffenrealität andererseits Rechnung zu tragen, öffnen letztlich aber wieder Tür und Tor zu substantiellen Beschneidungen und Aufweichungen des Kerngedankens der Strukturellen Unfähigkeit zum Angriff. Statt zu relativieren ist deshalb im Gegenteil die Bedrohungsvermeidungsfunktion von StrUnA zu betonen: Sie bezieht sich keinesfalls nur auf raumbesetzende Operationen wie Invasion oder (Teil-)Okkupation. Vermieden und verhindert werden sollen vielmehr auch - und gerade - diejenigen Bedrohungen, die aus den Fähigkeiten zu (präemptiven) Schlägen gegen militärische Einrichtungen weit im Hinterland des Gegners resultieren, ferner aus der Fähigkeit zur Verwüstung und Zerstörung weiter Landstriche des gegnerischen Territoriums und schließlich aus der Fähigkeit zur teilweisen

9) Nolte, Wilhelm, in: ebda. S.64.

10) So meine eigene Definition im Rahmen der genannten Anhörung - vgl. ebda. S.2.

oder totalen Vernichtung anderer Gesellschaften und ihrer Menschen und letztlich der Menschheit selbst. Das Kriegsziel der Besetzung gegnerischen Territoriums im traditionellen Sinne von Invasion, Okkupation und Annektion ist für die Bedrohungsvermeidungsfunktion Struktureller Angriffsunfähigkeit nur eine (möglicherweise sogar untergeordnete) Alternative unter anderen. Vermieden werden soll neben dem traditionellen Annektionskrieg die Eskalation oder Präemption durch "deep strikes" ebenso wie der "Weltkrieg wider Willen" (aus Computerirrtum, menschlichem Versagen und ähnlichem mehr) oder wie herrschaftsdestabilisierende Teilentwaffnungsschläge ohne Besetzungsabsichten ("Enthauptung des sowjetischen Huhns") oder wie aus Wahnsinn oder "Rationalität" geführte Vergeltungs- und Vernichtungskriege.

Strukturelle Angriffsunfähigkeit ernst genommen, verlangt deshalb - zumindest auf der teleologisch bestimmten Definitionsebene - das absolute Verbot grenzüberschreitender Angriffsfähigkeiten. Dieses Verbot umschließt⁽¹¹⁾ (vgl. auch Schaubild Nr.4.):

- die Okkupations- oder Offensivfähigkeit, d.h. die Fähigkeit, gegnerisches Territorium angreifen, besetzen und halten zu können;
- die Invasions- oder Erstoffensivfähigkeit, d.h. die Fähigkeit, gegnerisches Territorium anzugreifen, zu besetzen oder zu durchmarschieren (und gegebenenfalls zu verwüsten), aber auf Dauer nicht halten zu können;
- die Gegenoffensiv- oder Zweitokkupationsfähigkeit, d.h. die Fähigkeit, den Aggressor abwehren zu können und aus der Verteidigung heraus (den geschwächten Gegner) anzugreifen und gegnerisches Territorium besetzen und halten zu können;

11) Ähnlich, wenn auch zu eng: Nolte, Wilhelm, in: ebda. S.64 f.

- die Gegenangriffs- oder Zweitinvasionsfähigkeit, d.h. die Fähigkeit, den Aggressor abwehren zu können und aus der Verteidigung heraus (den geschwächten Gegner) anzugreifen und gegnerisches Territorium zu besetzen oder zu durchmarschieren (und es gegebenenfalls zu verwüsten), aber auf Dauer nicht halten zu können;

Lutz, Dieter S.
Schaubild Nr. 4: Die Fähigkeiten zum Angriff

Aktivität	abwehren	gegenan- greifen (innen)	gegenan- greifen (außen)	an- greifen	durch- marschie- ren	destabi- lisieren	ver- wüsten	besetzen	halten	ver- nichten
Fähigkeit										
Strukturelle Angriffsun- fähigkeit	x	x								
Okkupations- oder Offensivfähigkeit				x	(x)	(x)	(x)	x	x	
Invasions- oder Erschließungs- fähigkeit				x	x	x	x	x		(x)
Gegenoffensiv- oder Zweitokupa- tionsfähigkeit	x	x	x			(x)	(x)	x	x	
Gegenangriffs- oder Zweitinva- sionsfähigkeit	x	x	x			(x)	(x)	x		(x)
Entseffnungsschlag o. Teilentseffnungs- schlagfähigkeit			(x)	(x)		x	(x)			
Verteilungs- oder Vernichtungsfähig- keit			(x)	(x)		(x)	x			x

- die Entwaffnungsschlag- oder Teilentwaffnungsschlagfähigkeit, d.h. die Fähigkeit mit Hilfe weitreichender Waffensysteme einen Gegner (präemptiv oder reaktiv) ohne Besetzung seines Territoriums durch entwaffnende oder teilentwaffnende Schläge militärisch und politisch schwächen zu können;
- die Vergeltungs- oder Vernichtungsfähigkeit, d.h. die Fähigkeit, die gegnerische Zivilstruktur und Bevölkerung, insbes. mit Massenvernichtungsmitteln, präemptiv oder reaktiv, in Teilen oder in ihrer Gesamtheit vernichten und ermorden zu können.

Nicht eingeschlossen in das Verbot zur grenzüberschreitenden Angriffsfähigkeit ist die Gegenangriffsfähigkeit des Verteidigers auf eigenem Territorium. Aus ihr resultiert - im Idealfall - keine Bedrohung, logischerweise fällt sie somit nicht unter den Bedrohungsvermeidungsimperativ Struktureller Angriffsunfähigkeit (mit Blick auf die Realität vgl. aber auch noch den Anti-Effizienz-Effekt in Abschn.4.1.8.). Es ist deshalb lediglich eine terminologische, nicht aber inhaltliche Frage, wie zwischen "innerer" und "äußerer" Gegenangriffsfähigkeit unterschieden wird, d.h. ob ein neuer Terminus für die "Angriffsfähigkeit innerhalb der eigenen Grenzen" gefunden wird oder ob sie als selbstverständlicher Teil der eigenen Abwehrfähigkeit und ihrer Verteidigungsfunktion angesehen wird. Mit dieser Aussage ist bereits auch das zweite Definitionskriterium Struktureller Angriffsunfähigkeit benannt: die Verteidigungs- und Abwehrfunktion (dazu nachfolgend Abschn.4.1.2.).

4.1.2. Die militärische Verteidigungs- und Abwehrfunktion

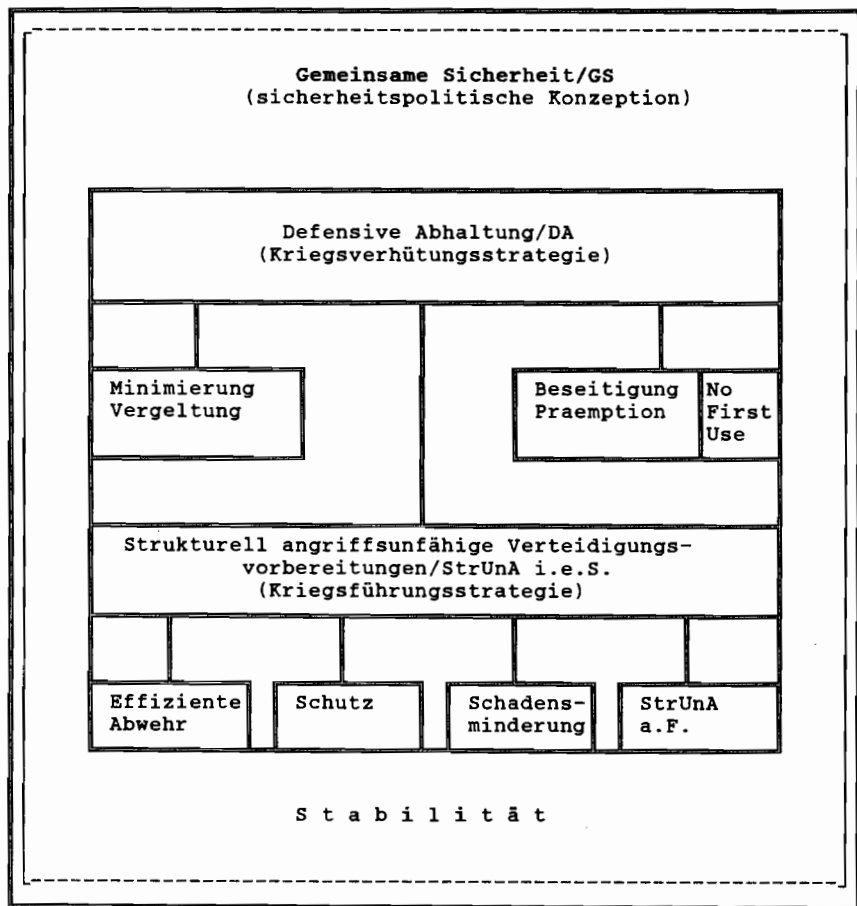
Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i.e.S.) ist sprachlich in einem mehrfachen Sinne eine mißverständliche Verkürzung. Zum ei-

nen steht "Nichtangriffsfähigkeit" sprachlich (zutreffender bezeichnet) für "Angriffsunfähigkeit" (vgl. bereits Abschn. 3.1. und 4.1.1.). Zum anderen geht es bei der Charakterisierung der Streitkräfte und ihrer Ausstattung keinesfalls "allein" um "Nichtangriffsfähigkeit" bzw. "Angriffsunfähigkeit". Im Gegenteil: Strukturelle Angriffsunfähigkeit im konzeptionellen Rahmen Gemeinsamer Sicherheit kann und will auf die kriegsverhütende Wirkung effizienter militärischer Verteidigungsmittel nicht verzichten. Sprachlich korrekter ausgedrückt meint StrUnA deshalb die "effiziente Abhaltung durch strukturell angriffsunfähige Verteidigung" oder etwas kürzer: "effiziente angriffsunfähige Verteidigungsstrukturen".

Drittens ist Strukturelle Angriffsunfähigkeit mißverständlich insofern, als der Begriff sowohl die Verteidigungsstrategie bezeichnet als auch ein Charaktermerkmal innerhalb des Funktionspektrums der Strategie meint (siehe auch Schaubild Nr.5). Neben der Unterscheidung zwischen StrUnA im weiteren Sinne und StrUnA im engeren Sinne einerseits und der Differenzierung zwischen der Abhaltestrategie DA und der Verteidigungsstrategie StrUnA i.e.S. andererseits, müßte also eine weitere Präzisierung eingeführt werden: die Unterscheidung zwischen StrUnA als Verteidigungsstrategie und StrUnA als eines der Charaktermerkmale bzw. eine der Funktionen eben dieser Strategie (nämlich der Bedrohungsvermeidungsfunktion) neben anderen. Zur Verdeutlichung der Funktionsbezeichnung von StrUnA in Unterscheidung zur Strategiebezeichnung will ich deshalb bis auf weiteres den Begriff "Strukturelle Angriffsunfähigkeit als Funktion" (StrUnA a.F.) einführen.

Dieter S. Lutz

Schaubild Nr.5: Das System militärischer Abhaltung und Verteidigung im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit



Anm.: - Die Liste der angeführten StrUnA-Funktionen (Abwehr, Schutz etc.) ist hier nicht abschließend - vgl. dazu auch Schaubild Nr.3.

- Die Zuordnung von Vergeltungsminimierung und Präemptivbeseitigung zu DA statt zu StrUnA hat zwei Gründe: Zum einen werden realistischerweise Nuklearwaffen auf absehbare Zeit nicht gänzlich abgeschafft werden, StrUnA muß aber dennoch funktionieren. Zum anderen sind m.E. auch heute beide Elemente nicht Teil der derzeitigen "flexible response", sondern der Abschreckungsstrategie.

Diese sprachliche (besser: methodische) Klärung des StrUNA-Begriffes ist erforderlich, um zu erkennen, daß StrUNA a.F. zwar der Strategie StrUNA i.e.S. den Namen gegeben hat, StrUNA a.F. aber nicht die alleinige Funktion der Strategie ist. StrUNA i.e.S. will vielmehr im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit effiziente Verteidigung auf der Basis militärischer Mittel, besitzt also - neben (oder trotz) der Bedrohungsvermeidungsfunktion - stets auch eine militärische Abwehrfunktion.

Entstehungsgeschichtlich betrachtet will Strukturelle Angriffsunfähigkeit sogar mehr als lediglich die Fortführung der bisherigen (als mangelhaft eingeschätzten) Verteidigungsfähigkeit. Um was es geht ist auch - aus der Perspektive einzelner Autoren sogar vorrangig⁽¹²⁾ - die effektivere Gestaltung, d.h. Verbesserung der Verteidigungs- und Abwehrfähigkeit. Bereits z.B. bei Horst Afheldt, der den Begriff StrUNA noch nicht benutzte, aber als einer der "inhaltlichen Väter" des Gedankens angesehen werden kann (vgl. Abschn.1.2.), heißt es mit Blick auf die Sackgassen der Vergangenheit:

"Steigerung der Qualität der einzelnen Waffen war ein Irrweg. Statt mehr Verteidigung je DM war das Ergebnis mehr DM je Verteidigung. Doch das bedeutet nicht, daß Steigerung der Effizienz der konventionellen Verteidigung keinen Weg anbietet. Denn anders als die falsche Qualitätssteigerung bei einzelnen Waffensystemen, die wir eben beschrieben, leitet die Beachtung des Defensivgebots automatisch auf einen anderen Weg der Effizienzsteigerung: Die Effizienzsteigerung, die sich durch Spezialisierung der gesamten Verteidigungsstruktur auf reine Verteidigung und Verzicht auf Angriffsfähigkeit ergibt.

Effizienzsteigerung durch Spezialisierung auf Verteidigung war zunächst auch für uns nur eine Vermutung. Diese

12) So würde ich z.B. Müller, Albrecht von, Das Konzept der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, in: Zwischenbericht zum Forschungsprojekt "Stabilitätsorientierte Sicherheitspolitik", Starnberg, Oktober 1986, hektogr., S.425 und dessen dort nachfolgende Ausführungen interpretieren; vgl. auch: Kozak, Heinz, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1986, S.46.

Vermutung stützte sich einmal auf die allgemeine Erfahrung des technischen und sozialen Lebens, daß Spezialisierung stets einen höheren Ertrag je Aufwand, höhere Effizienz also, erbringt als allround-Verwendbarkeit. Kein Langläufer wird heute noch mit einem Universalski zum WASA-Lauf antreten, mit dem er auch zum Slalom im Val d'Isère oder zur Abfahrt auf der Streif in Kitzbühel antreten will - oder gar auf der Schanze in Oberstdorf den Skiflugrekord anzugreifen beabsichtigt. Nicht nur die Geräte werden spezialisiert, um im Wettkampf bestehen zu können - auch die Menschen spezialisieren sich auf alpinen Skilauf, Langlauf oder Skispringen, weil sie nur so gewinnen können.

Aber der deutsche Soldat, der sein Vaterland ja nur verteidigen soll, wird weiterhin ausgebildet, als gälte es, auch nach Leningrad und Moskau zu marschieren.

Wie ist diese Struktur der Verteidigung entstanden?

Die Struktur der Armeen der NATO entwickelte sich aus der Struktur der Armeen des Zweiten Weltkriegs, insbesondere den amerikanischen Expeditionstreitkräften für Europa und der Wehrmacht. Die Frage liegt doch nahe: Wieso soll eigentlich zufällig diese aus traditionellen Angriffsarmeen des Zweiten Weltkriegs entstandene Struktur der NATO-Armeen in Strategie, Taktik, Waffensystemen und Ausbildung für die Verteidigung optimal effizient sein? Vor allem: Wieso soll heute die Verwendung von Panzertruppen für eine quasi lineare Vorverteidigung optimal sein, wenn sie dies schon 1944 nicht war? Denn schon damals beklagte der Schöpfer der Panzertruppe, Guderian, die falsche, ineffiziente Verwendung von Panzerarmeen in der Verteidigung von Fronten. "Zur Zeit sind die Panzerdivisionen fast alle in der entarteten Verteidigung versunken und zugrunde gegangen." So liegt der Verdacht doch nahe: Sind nicht in dieser traditionellen Struktur vielleicht die 50 Prozent Effizienz verlorengegangen, die der NATO zur wirksamen Verteidigung fehlen?"⁽¹³⁾ (Hervorheb.-DSL)

Und auch die politische Ziehmutter von StrUna (bzw. StruNA), die SPD, betont in ihren verschiedenen Entwürfen und Beschlüssen:

"Eine solche Umrüstung bedeutet keine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit. Im Gegenteil..."⁽¹⁴⁾

13) Afheldt, Horst, Defensive Verteidigung, Reinbek bei Hamburg 1983, S.47-49.

14) Siehe bereits oben Kap.1, Anm.21.

"Die Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte müssen zur Vorverteidigung glaubhaft befähigen; d.h. die Streitkräfte müssen jeden potentiellen Angreifer mit einem untragbaren militärischen Risiko belasten... Eine Reform der Streitkräftestruktur muß den Ausbau der Stabilitätsfördernden Fähigkeit zur Vorverteidigung dienen und insbesondere die Funktionen der Panzerabwehr, der Sperren und der Luftverteidigung stärken..."⁽¹⁵⁾
(Hervorheb.-DSL)

Wo aber verlaufen die Grenzen des Ausbaus, der Stärkung, der Effizienzsteigerung? Im System der Abschreckung und Drohung werden sie durch ein imaginäres und stets labiles Gleichgewicht generischer Streitkräfte und offensiver Drohpotentiale gezogen, dessen Unter- aber auch Überschreiten den Umschlag von Sicherheit in Unsicherheit bedeutet (vgl. dazu noch Abschn. 4.1.3.1.). Im Rahmen Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit dagegen entfallen alle Bedrohungs- und Offensivkomponenten (vgl. zur Bedrohungsvermeidungsfunktion bereits Abschn. 4.1.1.). Die Grenze des militärischen Ausbaus gibt also nicht das Gleichgewicht der Bedrohung und des Schreckens vor, sondern bestimmen allenfalls die sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen. Insofern eröffnet erst die Bedrohungsvermeidungsfunktion Struktureller Angriffsunfähigkeit die Chance zur tatsächlich effektiven Verteidigung, oder besser ausgedrückt: zur Abhaltung über effektive Verteidigungsvorbereitungen (ohne Reproduktion von Unsicherheiten und Gefahren).

Wenn es aber richtig ist, daß Strukturelle Angriffsunfähigkeit aufgrund ihrer Bedrohungsvermeidungsfunktion eine Gleichgewichtsgrenze nicht berücksichtigen muß, so liegt es in der Logik der Verteidigungsfunktion von StrUNA und ihrer Forderung nach Ausbau

15) Hier zit. nach: "Unser Weg zu Abrüstung und Frieden". Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg 25.-29.8.1986, in: Politik. Informationsdienst der SPD Nr.8, September 1986, S.4, 7.

und Effizienzsteigerung a priori nicht nach Gleichgewicht, sondern nach (Stabilität durch) Überlegenheit⁽¹⁶⁾ zu streben.

Überlegenheit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit ist Verteidigerüberlegenheit (Defensive Superiority). Sie ist gegeben, wenn die Verteidigungsfähigkeit eines Kontrahenten größer ist als die Angriffsfähigkeit des Gegenübers⁽¹⁷⁾. Sie ist im Sinne der "Stabilitätsorientierung" Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit optimiert, wenn die wechselseitige Verteidigungsfähigkeit beider Kontrahenten (Mutual Defensive Superiority) größer ist als ihre jeweiligen Angriffsfähigkeiten (zur Stabilitätsorientierung vgl. noch den folgenden Abschn.4.1.3.).

4.1.3. Die Stabilitätsorientierung

Ziel Struktureller Angriffsunfähigkeit ist Kriegsverhütung, d.h. Defensiver Abhaltung. Ziel Defensiver Abhaltung ist militärische Stabilität als Basis der Verwirklichung Gemeinsamer Sicherheit. M.a.W.: Strukturelle Angriffsunfähigkeit unterliegt der Zielsetzung Stabilität, ist in ihrer Ausrichtung stabilitätsorientiert.

Was Stabilität heißt, ist außerordentlich vielschichtig und komplex. Im Kontext Struktureller Angriffsunfähigkeit und den daraus

16) Die Grundgedanken, die nach Überlegenheit im Rahmen von DA und StrUNA verlangen, sind ähnlich denen, die auch von Kollektiver Sicherheit Überlegenheit fordern - vgl. dazu: Lutz, Dieter S., Auf dem Weg zu einem System Kollektiver Sicherheit in Europa, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in Europa - Eine Alternative?, Baden-Baden 1985, S.25 f. Dies ist angesichts der Wegweiserfunktion von StrUNA kein Zufall - dazu noch im folgenden Abschn.4.1.10.

17) Zur "Verteidigerüberlegenheit" vgl. auch im folgenden Abschn.4.1.6. und dort insbes. Anm.54 entsprechend.

resultierenden militärischen Organisationsfragen mag es jedoch genügen, lediglich drei Ebenen definitorisch zu beleuchten:

1. die Abgrenzung von Stabilität zu Gleichgewicht,
2. die Differenzierung von Gesamtstabilität, Strategischer Stabilität und Konventioneller Stabilität sowie
3. die Unterscheidung der Stabilitätsprobleme im Frieden, in der Krise und im Ernstfall, d.h. im Krieg.

4.1.3.1. Gleichgewicht oder Stabilität?

Alternative Modelle und Umrüstungsvorhaben, aber auch Kräftevergleiche oder Rüstungssteuerungs- bzw. Abrüstungsverhandlungen, die sich am Ziel "Gleichgewicht" (parity) orientieren und auf ausschließlich numerische Größenordnungen verengt sind, müssen als ebenso unzureichend wie irreführend angesehen werden⁽¹⁸⁾. Denn im Zeichen qualitativer Rüstungsdynamiken mit ihrer hochdifferenzierten Vielfalt gehen simple numerische Berechnungen zwangsläufig an der komplexen Wirklichkeit vorbei: Die üblichen Bestandsvergleiche von Panzern oder Divisionen z.B. lassen Unterschiede in den Qualitätsmerkmalen der Waffen (Alter, Beweglichkeit, Feuerkraft, Treffgenauigkeit etc.), die Verschiedenartigkeit der Potentiale (z.B. Panzer gegen Panzerabwehrraketen), die Widersprüchlichkeit der Strategien und Doktrinen (Vorne-Verteidigung bei der NATO, Vorwärts-Verteidigung bei der WVO), die Diskrepanz in den geo-strategischen, politischen und ökonomischen Ausgangsbedingungen (Einkreisungsmöglichkeiten, Zuverlässigkeit der Verbündeten, wirtschaftliche Ressourcen, industrielle und technologische Kapazitäten) und ähnliches mehr ebenso unbeachtet wie die hohe Mobilität, mit der mittlerweile Verbände und Systeme über weite Entfernungen verlegt und versorgt werden können.

Aber nicht nur die einfache numerische Berechnungsmethode der jeweiligen Vergleiche ist irreführend; vielmehr entspricht bereits die Zielsetzung "Gleichgewicht" bzw. "Parität" nicht der Realität

18) Zu folgendem bereits: Lutz, Dieter S., Militärische Kräftevergleiche, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.1), S.206 f.

noch kann sie ihr entsprechen: Rüstungstechnologische Entwicklungen verlaufen weder in Ost noch in West geradlinig und schon gar nicht in zeitlich paralleler Gleichförmigkeit. Wie die Abfolge der wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und der UdSSR seit 1945 zeigt, hat es z.B. im nuklear-strategischen Bereich nie ein wirkliches Gleichgewicht im Sinne eines Gleichstandes der Potentiale gegeben, sondern war im Gegenteil immer eine Seite in der Entwicklung und Einführung neuer Technologien der anderen voraus. Die treffgenauen Marschflugkörper der neuen Generation sind aktuelle Beispiele für diese Dynamik (vgl. Schaubild Nr.6).

Dieter S. Lutz

Schaubild Nr.6: Die wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und der UdSSR seit 1945

Waffensysteme	Jahr	
	USA	UdSSR
Atombombe (erste Zündung)	1945	1949
Wasserstoffbombe (erste Reaktion)	1951	1953
Langstreckenbomber	1948/53/55	1956
Interkontinentalraketen (ICBM) (Testflug)	1958	1957
Atom-U-Boote	1955/56	1962
U-Boot-Raketen, unterwasserabgeschossen (SLBM)	1959/60	1964/68
Anti-Raketen-Raketen (erster Abschuß)	1960	1961
ICBM mit Feststoffantrieb	1962	1969
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MRV)	1964	1968/72
Raketen mit mehrfach, einzeln programmierbaren Sprengköpfen (MIRV)	1970	1973/75
Marschflugkörper, neue Generation (Cruise Missile)	1983/84	1986
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch einzeln steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	198-	-
Raketenabwehrsystem (Weltraumgestützt)	199-	-

Quelle: Überarbeitete Fassung aus: Lutz, Dieter S., Weltkrieg wider Willen?, Reinbek 1983, S.31.

Anmerkung: Die Tabelle kann nur einen ersten Überblick geben. Die Quellenlage ist nicht zuletzt wegen des Problems der Geheimhaltung, aber auch wegen der unterschiedlichen Definitionen der Einführung eines Waffensystems (z.B. offizieller Entwicklungsauftrag, erster - geglückter - Start, geglückter Zielflug, Auftrag zur Serienproduktion, Auftrag zur Einführung in die Streitkräfte, Ersteinsatz u.a. mehr) nicht einheitlich.

Relativ komplizierte Berechnungen, etwa die der Letalität von Waffensystemen oder der Vernichtungswahrscheinlichkeit in der Relation von Zielen und Mitteln⁽¹⁹⁾, lassen erkennen, daß auch zukünftig eher noch größere Sprünge in der Abfolge und Qualität technologischer Neuerungen und Fähigkeiten zu erwarten sein werden als spiegelbildliche gleichförmige Prozesse in Ost und West. Die Beschwörungsformel "Gleichgewicht" wird im Zug dieser Dynamik nicht nur vollends ihre Berechtigung verlieren, sondern sogar in gefährlicher Weise zur Parität der Disparität von Zielen, Mitteln und Fähigkeiten pervertieren. Zur Illustration ein einfaches Beispiel, das um viele weitere ergänzt werden könnte: U-Boote, bestückt etwa mit TRIDENT-Raketen, können ca. 200 Gefechtsköpfe tragen. Besitzt der Gegner jedoch die technologische Fähigkeit, U-Boote zu orten, so können 200 Gefechtsköpfe mit lediglich einem einzigen Schuß zerstört werden. Wann also ist ein Gleichgewicht erreicht? Bei einem Gleichstand von 200 Gefechtsköpfen auf beiden Seiten? Oder bei einer gleichen Anzahl von U-Booten? Oder bei einer im Beispiel noch gar nicht genannten bestimmten Größenordnung in der Gesamttonnage an Sprengkraft? Oder muß nicht bereits jene Seite als überlegen angesehen werden, die nur einen oder zwei Gefechtsköpfe besitzt, aber eben zugleich auch die qualitative Fähigkeit zur Ortung von U-Booten hat? Vor allem aber: was ist ein Gleichgewicht wert, wenn beide Seiten zukünftig zwar möglicherweise einen absoluten Gleichstand an Erstschlagmitteln und Entwaffnungsfähigkeiten erreicht haben, aber gerade deshalb in Krisenzeiten ständig und auch ohne eigene aggressive Absichten unter dem immensen Präemptionszwang der Frage stehen: Wem fällt bei gegebenem Gleichstand die Prämie des schadensmindernden Erstschlages zu?

19) Vgl. ausführlich: Lutz, Dieter S., Weltkrieg wider Willen?, Reinbek bei Hamburg 1981.

Wie das Beispiel⁽²⁰⁾ und die Fragen zeigen, kann Gleichgewicht bzw. Parität grundsätzlich nicht als Zielsetzung von Rüstung oder Rüstungssteuerungspolitik angesehen oder akzeptiert werden⁽²¹⁾. Um was es gehen muß, ist vielmehr der Verzicht auf destabilisierende Maßnahmen und Fähigkeiten oder positiv gewendet: der Versuch Stabilität zu erreichen, zu erhalten bzw. zu optimieren.

4.1.3.2. Gesamtstabilität, Strategische Stabilität und Konventionelle Stabilität

Was aber heißt Stabilität? Mit der zweifelsohne wichtigen Erkenntnis, daß Stabilität nicht mit Gleichgewicht verwechselt oder gleichgesetzt werden darf, ist eine ausreichende Antwort noch nicht gegeben. Versuchen wir uns also der eigentlichen Frage zu nähern.

Bezugsgröße zur Beantwortung der Frage ist wiederum ihre konzeptionelle Einbettung. Ein übergreifendes Konzept "Gemeinsamen Friedens" (vgl. Abschn.3.3.) verlangt eine hochkomplexe Gesamtstabilität auf der Basis einer Vielzahl politischer, militä-

20) Vgl. auch das Beispiel bei Müller, Albrecht von, a.a.O. (Anm.12), S.442: "Zwischen den beiden Westernhelden, die durch die staubige Hauptstraße von Dodge City zum letzten Duell aufeinander zuschreiten, herrscht ein exaktes Gleichgewicht. Sie befinden sich in einer exakt symmetrischen Situation, sie verfügen über die gleiche Bewaffnung etc. Dennoch herrscht eine absolute Instabilität. Ursache dafür ist, daß es einen hohen Präemptionsbonus gibt. Wer zuerst zieht und trifft, hat gewonnen."

21) Was wäre auch gewonnen, wenn tatsächlich ein konventionelles Gleichgewicht vorläge bzw. durch Kräftevergleiche festgestellt werden könnte? Eine Garantie auf Frieden wäre damit ebensowenig verbunden wie aus einer konventionellen Überlegenheit eine bevorstehende Kriegsgefahr geschlußfolgert werden könnte. Im Gegenteil: Die Geschichte ist voll von Kriegen, die trotz unterlegener Kräfte begonnen wurden (z.B. Hitlers Westfeldzug 1940 sowie sein Ostfeldzug 1941) und die oftmals auch mit der Vernichtung oder Niederlage des stärker Gerüsteten bzw. mit dem Sieg des Schwächeren endeten (z.B. im siebenjährigen Krieg Preußen 1756 ff oder zuletzt in den Nahostkriegen Israel).

rischer, wirtschaftlicher, rechtlicher, psychologischer und sozialer Komponenten. Die militärischen Strategien Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit zielen dagegen "lediglich" auf militärische Stabilität. Diese Beschränkung heißt zwar nicht, daß außer-militärische Fakten, z.B. die soziale oder wirtschaftliche Realität, völlig ausgeblendet werden dürfen. Für die definitorisch-abstrakte Beschreibung der Stabilitätsorientierung Struktureller Angriffsunfähigkeit spielen sie jedoch keine oder eine hinten zu stellende Rolle.

Beschränken wir uns also auf die militärische Komponente der Gesamtstabilität und betrachten zunächst den Status quo: Im System gegenseitiger Abschreckung definiert sich militärische Stabilität - vorausgesetzt sie existiert - aus dem unkalkulierbaren Risiko⁽²²⁾ eines Angriffskrieges für beide Seiten. Das unkalkulierbare Risiko, oder besser ausgedrückt: das kalkuliert untragbare Risiko wiederum resultiert aus der Fähigkeit des Angegriffenen zur Abwehr, zur Offensive und zur Vergeltung. Das Ergebnis, die sog. Strategische Stabilität⁽²³⁾ baut also auf Verteidigungsfähigkeit, aber auch auf Angriffsfähigkeit auf.

Zwar wollen auch die Theoretiker der Strategischen Stabilität keinesfalls nur einfache Parität als zahlenmäßigen Gleichstand von Soldaten und bestimmten Waffen. Entscheidend für das Ziel Stabilität wird vielmehr die generelle Ausgewogenheit der tatsächlichen Kräfte bzw. der Einsatzoptionen angesehen. Wichtig ist die "Äquivalenz der Fähigkeiten und Optionen"⁽²⁴⁾ als Komplen-

22) Der Begriff des "unkalkulierbaren Risikos" wird noch immer offiziell gebraucht - vgl. z.B.: Weißbuch 1985, Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr. Im Auftrage der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, o.O., o.J. (Bonn 1985), S.73.

23) Vgl. zum Begriff der "Strategischen Stabilität" auch den gleichnamigen Beitrag von Andreas Pott in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.1), S.294-297.

24) Zu diesem Begriff vgl.: Lutz, Dieter S., a.a.O. (Anm.19), S.59 ff.

tärprinzip zur Strategischen Stabilität, weniger wichtig sind dagegen Umfang und Art einzelner Teilstreitkräfte, Waffengattungen oder Systeme - generell oder in bestimmten Regionen. In der Realität des Abschreckungssystems ist das (auf der Ebene der Kriegsführungs- bzw. Verteidigungsstrategie angesiedelte) Komplementärelement zur Zielsetzung "Strategische Stabilität" (der Kriegsverhütungsstrategie) allerdings kein defensives Äquivalent. Wenn in der Realität der Abschreckung überhaupt von einem Komplementärprinzip²⁵⁾ gesprochen werden kann, dann mit offensivem Charakter: Die Äquivalenz der Fähigkeiten und Optionen baut auf Komponenten wie "deep strike", "first use", nukleare Eskalation und "massive Vergeltung".

Es ist offensichtlich, daß ein solches Verständnis von militärischer Stabilität (besser ausgedrückt: der Voraussetzungen für Stabilität) mit Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit unvereinbar ist: Defensiver Abhaltung will defensive Strategische Stabilität gerade unter Verzicht auf offensive Komponenten. Strukturelle Angriffsunfähigkeit meint die Äquivalenz defensiver konventioneller Fähigkeiten und Optionen gerade ohne Rückgriff auf offensive konventionelle oder nukleare Mittel. Und Strategische Stabilität schließlich definiert sich im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit zwar immer noch als "kalkuliert untragbares Risiko", resultiert aber aus dem untragbar hohen "Eintritts- und Aufenthaltspreis", den ein Aggressor auf dem Boden des Verteidigers zu zahlen hätte (vgl. auch Abschn. 3.4.). M.a.W.: Strategische Stabilität im Rahmen Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit ist Defensive Strategische Stabilität, oder waffenspezifisch konkret ausgedrückt: Konventionelle Stabilität. Als Äquivalenz an Fähigkeiten und

25) Das Komplementärprinzip würde verlangen, daß unter Berücksichtigung gegebener Disparitäten die "Äquivalenz" vorhandener oder zukünftiger Fähigkeiten und alternativer Optionen gegeben sein muß, um im Einzelfall (Szenario) eine benötigte Anzahl an Militär und spezifischen Waffensystemen mit der geeigneten Intensität an einen bestimmten Ort rechtzeitig einsetzen zu können.

Optionen verlangt sie Verteidigerüberlegenheit (siehe bereits auch Abschn.4.1.2.).

4.1.3.3. Rüstungswettlaufstabilität, Krisenstabilität, Defensiv-siegstabilität

Was Konventionelle Stabilität und Verteidigerüberlegenheit beinhalten, wird deutlich, wenn wir eine weitere Systematisierung vornehmen: die Einteilung bzw. Unterscheidung nach Stabilitätsproblemen im Frieden, in der Krise und im Ernstfall.

Zu den Kennzeichen des derzeitigen Abschreckungs-"Friedens" gehört der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West. In der Konsequenz der Eigenschaften und Merkmale des nuklearen Abschreckungssystems liegt es ferner, daß schon bisher die Versuchung, in irgendeiner Phase der ständigen Auf- und Umrüstung sowie der wechselnden Kräfteverhältnisse und -vorteile zum präemptiven bzw. präventiven Krieg zu schreiten, sowohl für den stärkeren (und in Zukunft vielleicht wieder schwächeren) als auch für den schwächeren (und in absehbarer Zeit womöglich noch schwächeren) der Kontrahenten ein ernstes Problem war und ist.

Beide Gegner sehen die zielstrebigem Aufrüstungsbemühungen des anderen, beide wissen nicht, ob die Bemühungen nicht bereits als konkrete Kriegsvorbereitungsmaßnahmen gedacht sind bzw. zu einem Kräfteverhältnis führen, das die andere Seite zum indirekten Einsatz ihrer Streitkräfte anreizt. Auch ohne eigene Absichten werden beide Parteien also permanent glauben, vom "worst case", d.h. vom "schlimmsten Fall" ausgehen zu müssen und ständig mit dem Gedanken des vorbeugenden Krieges spielen. Zumindest aber werden sie eine neue Runde des Rüstungswettlaufes einläuten.

Daß diese Erkenntnis nicht völlig neu ist und auch nicht nur auf Streitkräfte und Rüstung des Nuklearzeitalters zutrifft, können zwei Zitate illustrieren. Bereits 1748 bemerkte der große Denker der Aufklärung Montesquieu:

"Sobald ein Staat seine Streitkräfte vergrößert, vermehren die anderen sofort auch die ihren, sodaß man dadurch nichts gewinnt, als den allgemeinen wirtschaftlichen Ruin."⁽²⁶⁾

Und auch die berühmte Abrüstungsempfehlung Immanuel Kants enthielt bereits 1795 ähnliche, ja sogar noch grundlegendere Aussagen:

"Stehende Heere (*miles perpetuus*) sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg, durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen, und, indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden."⁽²⁷⁾

Soll dieser Teufelskreis der Rüstung, Gegen-Rüstung und Gegen-Gegen-Rüstung nicht erst als Krieg, sondern bereits im Frieden durchbrochen werden, so muß militärische Stabilität als Rüstungswettlaufstabilität im Frieden verstanden werden⁽²⁸⁾. Dies ist mit Blick auf Defensive Abhaltung und Strukturelle Angriffsunfähigkeit nicht nur wegen der Abrüstungsorientierung Gemeinsamer Sicherheit zu betonen, sondern auch deshalb, weil nach der Logik des Abschreckungssystems selbst reine Defensivsysteme bei Fortbestand der bisherigen Offensivkapazitäten automatisch destabilisierend wirken; aus der Sicht des Gegners sind sie letztlich nichts anderes als die qualitative Perfektionierung des feindlichen Drohpotentials.

26) Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de la Brède et de, L'esprit des lois, 1748.

27) Kant, Immanuel, Zum ewigen Frieden, hier zit. nach Reclam-Ausgabe, Stuttgart 1971, S.17-18.

28) Zur Rüstungswettlaufstabilität vgl. auch: Ganser, Helmut W., Tagungsprotokoll der 2. Anhörung am IFSH vom 2./3.Juli 1987 (hektogr.)

Die Stabilitätsorientierung Defensiver Abhaltung verlangt deshalb von der Einführungsphase Struktureller Angriffsunfähigkeit im besonderen Maße die Beachtung der Rüstungswettlaufstabilität. Letztere ist erreicht, wenn (im Idealfall) beidseitige Vereinbarungen zum Abbruch des offensiven Rüstungswettlaufs sowie zur nuklearen Abrüstung und defensiven Umrüstung führen. Ist Beidseitigkeit nicht zu erreichen, so sind Umrüstungsmaßnahmen hin zur Strukturellen Angriffsunfähigkeit auch unilateral und autonom möglich (zur Autonomie-Option vgl. auch Abschn.4.1.6.), wenn die mißverständliche, destabilisierende und zu Präemptionsmaßnahmen reizende "Vermischung" von Offensiv- und Defensivkapazitäten vermieden wird. D.h. jede einseitige Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit muß mit einer erkennbaren Verringerung der Angriffsfähigkeit einhergehen. Das Ziel Konventioneller Stabilität auf der Basis von Verteidigerüberlegenheit ist nur denkbar ohne Offensivfähigkeit.

Was im Frieden zutrifft, besitzt erst recht Gültigkeit im Krisenfall: Die Versuchung, in Krisenzeiten zu Mobilisierungen sowie zu Präventiv- oder Präemptivmaßnahmen zu greifen, wächst mit der Größe des eventuellen Angreifer-Bonus und des "erwarteten" gegnerischen Verhaltens bzw. läßt nach mit der Optimierung der "Erwartungsstabilität". Signalisiert der "worst case" eine hohe Offensivkapazität des Gegners (sei es konventionelle Invasionsfähigkeit, sei es nukleare Zerstörungs- oder gar Erstschlagsfähigkeit) bei einer geringen Vorwarnzeit ("Blitzkrieg", Raketenflugzeit) und beinhaltet der Angreifer-Bonus eine hohe Prämie für den militärischen Ersteinsatz gegen große Ziele des Gegners, so kann von Krisenstabilität⁽²⁹⁾ auf Dauer nicht gesprochen werden. Konventionelle Stabilität verlangt deshalb den Verzicht auf alle

29) Zur Krisenstabilität vgl. z.B.: Müller, Albrecht von, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.60; ders., a.a.O. (Anm.12), S.441 ff; Huber, Reiner K., über strukturelle Voraussetzungen für Krisenstabilität in Europa ohne Kernwaffen: Eine systemanalytische Betrachtung, in: OR Spektrum 9/1987, S.1-12.

zur Prävention oder Präemption⁽³⁰⁾ in der Krise reizenden Offensivkräfte sowie eine Verteidigungsstruktur, die weder zu einem Mobilisierungswettkampf⁽³¹⁾ führt noch dem Gegner selbst große (und damit einen Präemptivschlag lohnend scheinende) Ziele bietet.

Bleibt als drittes schließlich die Betrachtung der Stabilitätsprobleme im Ernstfall, d.h. der Stabilitätswiederherstellung im Krieg: Anliegen bereits der "flexible response" im Rahmen der Abschreckung war und ist es - zumindest in der Theorie -, den Kriegsverlauf nicht unbedacht und unangemessen eskalieren zu lassen und das Kriegsgeschehen auf einer möglichst niedrigen Eskalationsstufe wieder "einfangen" zu können. In der Realität des Ernstfalles, d.h. aus der Perspektive des Kriegsgegners können, ja müssen Bewaffnung, Streitkräftestruktur sowie strategische und operative Fähigkeiten, wenn sie sowohl defensiv als auch offensiv auslegbar sind, allerdings eskalierende und destabilisierende Wirkung zeigen:

- Sind Nuklearwaffen zur Kompensation konventioneller Schwäche vorgesehen und ist auch der Ersteinsatz (first use) ausdrücklich nicht ausgeschlossen, so ist mit dem konventionellen Angriff - von welcher Seite auch immer - der Nuklearkrieg automatisch in Kauf genommen.
- Sind Waffensysteme dual-fähig (dual-capable), d.h. sowohl für den konventionellen als auch für den nuklearen Einsatz verwendbar, wird ihre Mobilisierung stets als Vorbereitung/

30) Faktoren der Bewertung sind z.B. hohe Treffgenauigkeit, kurze Vorwarnzeit, große Reichweite.

31) Z.B. sollen derzeit die schnell verlegbaren Reserve- und Verstärkungskräfte aus den USA bei gleichzeitiger Halbierung der Überführungszeit im Gegensatz zu früher nicht erst im Kriegsfall, sondern schon in der Krise nach Westeuropa eingeflogen werden. Das Risiko eines Mobilisierungswettkampfes ist damit auf die Krise vorverlagert.

Beginn nuklearer Kriegführung gewertet werden - mit der Folge entsprechender "Reaktionen".

- Sind Kapazitäten und Fähigkeiten zum "deep strike" gegen rückwärtige Ziele in der Tiefe des gegnerischen Raumes vorhanden (2. und 3. Staffeln, Kommandozentralen, Verkehrsknotenpunkte, Flugplätze, Raketenstellungen etc.), so verlangt die "Un-Logik" des Kriegsgeschehens nicht die vorbedachte Eskalation Stufe um Stufe, sondern gerade das präemptive Überspringen von Zwischenstufen auf beiden Seiten.
- Sind Gegeninvasion und Okkupation - und sei es nur teilweise - bei Scheitern des Angriffs zu befürchten, so ist ein Rückzug des Aggressors, d.h. das "Einfangen" des Krieges auf möglichst niedrigem Niveau, kaum zu erwarten. Der Aggressor wird sich vielmehr gezwungen sehen, den einmal begonnenen Angriff bis zum Sieg oder bis zur totalen Niederlage "auszufechten".
- Sind Vergeltungsaktionen, d.h. Rachemaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung mit Massenvernichtungsmitteln, die Reaktion auf Kriegsschäden durch das sog. Schlachtfeld, so ist die gegenseitige totale Vernichtung kaum weniger wahrscheinlich als der Abbruch des Krieges.

In der Konsequenz dieser und ähnlicher Überlegungen liegt es, eine Verteidigungsstruktur zu fordern, die auch im Kriegsfall Abwehrfähigkeit mit Stabilitätsorientierung verbindet. Sie ist erreicht, wenn eine konventionelle Verteidigerüberlegenheit mit Defensivsiegoption den Rückgriff auf Nuklearwaffen erübrigt und Offensivschwächen nicht nur zulässt, sondern als Strukturelle Angriffsunfähigkeit stabilitätsfördernd nutzt. Sie ist im Sinne Defensiver Abhaltung optimiert, wenn die Defensivsiegoption gegenüber der Offensivsiegoption die Oberhand gewinnt - nicht weil die defensive Abwehrstärke des Verteidigers "gewinnt", sondern weil die beidseitige Offensivschwäche beidseitige (Strukturelle)

Angriffsunfähigkeit garantiert ⁽³²⁾ (vgl. auch bereits Abschn.4.1.2.).

4.1.4. Die Abhaltefunktion

Wie in den vorangegangenen Abschn.4.1.1 und 4.1.3 bereits ausgeführt, soll StrUnA über ihre Bedrohungsvermeidungsfunktion und ihre Stabilitätsorientierung der Kriegsverhütung dienen. Auch die in Abschn.4.1.2 beschriebene Verteidigungs- und Abwehrfunktion bzw. die im Rahmen der Analyse dieses Definitionskriteriums geforderte Verteidigerüberlegenheit und Defensivsiegoption haben lediglich sekundär Kriegsführungsfunktion; final betrachtet, soll die (potentielle) Kriegsführungsfähigkeit - wenn auch vermittelt, so doch vorrangig - der Abhaltung, d.h. der Kriegsverhütung, nicht aber der Kriegsführung dienen. Kurz: Strukturelle Angriffsunfähigkeit will die militärische Abhaltung, besitzt Abhaltefunktion.

In Kapitel 3 ist bereits ausführlich beschrieben worden, was Abhaltung heißt; ferner ist hervorgehoben worden, daß Gemeinsame Sicherheit mit der Strategie Defensiver Abhaltung (vgl. Abschn.3.4.) auf der Basis Struktureller Angriffsunfähigkeit die

32) Vgl. ähnliche Gedankengänge auch bei Müller, Erwin, Überlegungen zum Problemfeld "Konventionelle Stabilität", (hektogr. Manuskript), S.8.

Ablösung⁽³³⁾ der Abschreckung (vgl. Abschn. 3.2.) anstrebt. Im vorliegenden Zusammenhang genügt es deshalb, nur noch einmal den Hauptgedankengang zusammenzufassen:

- Abschreckung meint Kriegsverhütung durch das unkalkulierbare Risiko auf der Basis eines Gleichgewichts von (letztlich) Mord und Selbstmord.
- Abhaltung über Strukturelle Angriffsunfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit dagegen meint Kriegsverhütung durch den kalkuliert untragbaren Eintritts- und Aufenthaltspreis auf der Basis der Verteidigerüberlegenheit des Angegriffenen auf eigenem Territorium.

Der untragbare "Preis", den ein Aggressor auf dem Territorium des Verteidigers im Rahmen einer Strategie der Abhaltung und der Strukturellen Angriffsunfähigkeit zahlen müßte, geht über den

33) Festgehalten werden muß nochmals, daß es sich bei der "Ablösung" bzw. bei der Unterscheidung von Abschreckung und Abhaltung nicht nur um ein semantisches oder terminologisches Problem handelt - insofern irrig oder zumindest mißverständlich: Müller, Albrecht von, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.62: "Der Streit um den Begriff der "Abschreckung" scheint mir in hohem Maße irrelevant" - vgl. aber auch von Müllers, ebda. nachfolgende Erläuterungen; zutreffend dagegen: Kozak, Heinz, in: ebda. S.46: "Abhaltung setzt ein grundsätzlich anderes Denkschema als Abschreckung voraus. Die Botschaft der Abschreckung lautet: Wenn Du angreifst, wirst Du vernichtet! Die Botschaft der Abhaltung ist: Wenn Du angreifst, kannst Du Dein Ziel nicht erreichen."

"bloßen" Verlust von Streitkräften und Waffen weit hinaus⁽³⁴⁾ (auch deshalb sind "Strafaktionen" auf dem Boden des Aggressors nicht erforderlich). In den Worten des Berichts des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 27. Juni 1973 über die Sicherheitspolitik der Schweiz besteht der Eintritts- und Aufenthaltspreis für den Angreifer bzw. das Risiko, das ihm durch Abhaltung vor Augen geführt werden muß,

"im Verlust von Prestige, Streitkräften, Kriegspotential und Zeit sowie in der Beinträchtigung seiner ideologischen, machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen."⁽³⁵⁾

Was aber, wenn die Abhaltefunktion von StrUNA trotz untragbaren Risikos nicht greift?⁽³⁶⁾ Um diese Frage zu beantworten, will ich eine in den bisherigen Ausführungen (ebenfalls) längst überfällige Unterscheidung treffen: Abhaltung ist sowohl Strategie als auch Funktion. Im ersten Fall "Kriegsverhütungsstrategie"; im zweiten Fall Kriegsführungsfähigkeitsfunktion.

34) Die "Weite", wie sie auch im nachfolgenden Zitat durch "Prestige", "Interessen", "Ideologie" usw. gekennzeichnet wird, müsste im Rahmen einer Untersuchung "Gemeinsamen Friedens" (GF) nochmals diskutiert werden. Gleiches gilt auch für Fragen und Aussagen, die im Zusammenhang mit Abhaltung aufgeworfen bzw. gemacht werden können, wie z.B. "Verzicht auf Einflußzone außerhalb des eigenen Territoriums" - vgl.: Nolte, Wilhelm, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.68; oder wie: "Teilbarkeit des Friedens" und "Regionalisierung von Sicherheit und Abhaltung" - vgl.: Buro, Andreas, in: ebda. S.20.

35) Hier zitiert nach: Stahel, Albert A., Simulationen sicherheitspolitischer Prozesse anhand von Beispielen und Problemen der schweizerischen Sicherheitspolitik, Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd.2, Frauenfeld 1980, S.310.

36) In der Realität ist - solange Streitkräfte und Waffen existieren - das Scheitern der Abhaltung nie gänzlich auszuschließen. Umgekehrt spricht es für die Glaubwürdigkeit des theoretischen Gedankengebäudes, wenn das Scheitern in das Kalkül miteinbezogen und entsprechende Vorsorge getragen wird.

In Abschn.3.4 hatte ich der Abhaltestrategie die Bezeichnung "Defensive Abhaltung" (DA) gegeben. Analog zu der mit ähnlichen methodischen Problemen belasteten StrUnA-Definition will ich nunmehr die Kriegsführungsfähigkeitsfunktion mit "Abhaltung als Funktion" (Abhaltung a.F.) kennzeichnen.⁽³⁷⁾

Die Unterscheidung zwischen Abhaltung im Sinne von DA einerseits und Abhaltung als Funktion (a.F.) andererseits ist deshalb zu betonen - und damit kehre ich zur Frage nach dem Scheitern der Abhaltung zurück -, weil sich aus der Differenzierung die weiteren Funktionen und Definitionskriterien von StrUnA ergeben:

- Neben (oder besser: unterhalb) der DA-Strategie-Ebene steht StrUnA als Strategie (vgl. auch Schaubilder Nr.2 und 4). M.a.W.: Scheitert Defensive Abhaltung als Strategie der Kriegsverhütung, so tritt an ihre Stelle StrUnA als Kriegsführungsstrategie.
- Neben der Abhaltung a.F. im Rahmen der StrUnA-Strategie steht dagegen nicht nur die bereits in Abschn.4.1.2 angeführte Verteidigungs- und Abwehrfunktion. M.a.W.: Greift die Abhaltefunktion von StrUnA trotz untragbaren Schadens nicht (s.o.), so wird sie nicht nur durch eine einzige andere Funktion ersetzt⁽³⁸⁾. Vielmehr treten an ihre Stelle mehrere unterschiedliche Funktionen (vgl. Schaubild Nr.3), die es zu berücksichtigen, zu koordinieren und zu optimieren gilt (insbes. Abwehr/Verteidigung, Bedrohungsvermeidung/Eskalationsvermeidung, Schutz/Schadensminderung).

37) Vgl. bereits das ähnliche Problem mit StrUnA als Strategie und StrUnA als Funktion (a.F.) in Abschn.4.1.2.

38) Diese methodisch bestimmte Aussage verkennt nicht, daß natürlich die verschiedenen Funktionen innerhalb von StrUnA i.e.S. auch die Beziehung und die Wechselwirkung zwischen den Strategien beeinflussen.

An prominenter Stelle innerhalb der Bandbreite der StrUNA-Funktionen steht neben der Abhaltung a.F. die Schadensminimierungs- und Schutzfunktion. Sie soll im folgenden Abschn.4.1.5 behandelt werden. Die Frage der Optimierung der Funktionen wird dann in Abschn.4.1.8 als eines der Kriterien des Anti-Effizienz-Effektes von StrUNA diskutiert.

4.1.5. Die Schadensminimierungs- bzw. Schutzfunktion

Wie im vorangegangenen Abschn.4.1.4 nochmals hervorgehoben, muß auch im Rahmen Defensiver Abhaltung das Angreifer-Risiko kalkuliert untragbar groß sein, sollen Abhaltung und Verteidigung effizient funktionieren. Was abhalten soll, darf im Frieden jedoch nicht zu einem Rüstungswettlauf führen, soll in Krisenzeiten keinesfalls zum Angriff reizen und muß im Ernstfall die Möglichkeit zur Deeskalation bzw. zum "Einfangen" des Krieges lassen und fördern (vgl. dazu bereits Abschn.4.1.3.3.). Was verteidigt werden soll, darf ferner im Ernstfall gerade nicht durch die Verteidigung zerstört werden. Verteidigungsvorbereitungen und Verteidigungsmaßnahmen im Rahmen Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit sind kein Selbstzweck. Berücksichtigt werden muß vielmehr stets ihre Schadensminimierungs- und Schutzfunktion. (Im System Gemeinsamer Sicherheit gilt diese Aussage übrigens für alle Betroffenen, also auch für das gegnerische Territorium und die gegnerische Zivilbevölkerung - auch aus diesem Grund sind Abschreckung und Massenvernichtung mit StrUNA nicht vereinbar.)

Ob allerdings Schutz und Schadensminimierung im Kriegsfall für hochindustrialisierte Staaten wie die Bundesrepublik noch "funktionieren", ist mehr als fraglich. Bereits 1970 ist die sog. Weizsäckerstudie "Kriegsfolgen und Kriegsverhütung"⁽³⁹⁾ dem Problem der Lebensfähigkeit von Industriegesellschaften unter Kriegseinwirkung in all seinen Verästelungen nachgegangen. Für

39) Weizsäcker, Carl Friedrich von, (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1970.

die Bundesrepublik kam die umfangreiche Untersuchung mit Blick auf die vorherrschende Strategie und die gegebenen Streitkräfte und Waffen insbes. zu zwei wichtigen Ergebnissen:

Erstens: Die Bundesrepublik ist mit konventionellen Waffen nicht zu verteidigen.

Zweitens: Der Einsatz nuklearer Waffen in der Absicht der Verteidigung der Bundesrepublik würde zur nuklearen Selbstvernichtung führen.⁽⁴⁰⁾

Mittlerweile liegt eine ganze Reihe von weiteren Untersuchungen und Berichten vor - u.a. auch von den Vereinten Nationen⁽⁴¹⁾ und vom Office of Technology Assessment des US-Kongresses⁽⁴²⁾ -, welche die angeführten Ergebnisse der Weizsäckerstudie bestätigen.⁽⁴³⁾ Sind diese Untersuchungen auch vorrangig auf Nuklearwaffeneinsätze und deren Folgen ausgerichtet, so darf daraus doch nicht der Trugschluß einer minderen oder gar akzeptablen Verletzbarkeit der Industriegesellschaften mit Blick auf konventionelle Kriege gezogen werden. Äußerungen⁽⁴⁴⁾, u.a. auch von Soldaten wie dem derzeitigen Leiter des Amtes für Studien und Übungen der Bun-

- 40) Vgl. die Kurzfassung der Weizsäcker-Studie: Afheldt, Horst, u.a., Durch Kriegsverhütung zum Krieg, München 1972, S.9.
- 41) United Nations, Comprehensive Study on Nuclear Weapons, New York 1981; deutsch: Die UNO-Studie: Kernwaffen, München 1982.
- 42) OTA, Kongreß der Vereinigten Staaten, Atomkriegsfolgen, Baden-Baden 1983.
- 43) Vgl. auch: Sonntag, Phillipp, Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen, Bonn 1981; Die Überlebenden werden die Toten beneiden, Ärzte warnen vor dem Atomkrieg, Köln 1982; Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Kein Überleben ohne Frieden, Frankfurt a.M. 1982.
- 44) Vgl. z.B. die jüngste Studie von: Sastry, M. Anjali/Romm, Joseph J./Tsipis, Kosta, Nuclear Crash. The U.S. Economy after small Nuclear Attacks, Cambridge, MA, June 1987.

deswehr, Flottillenadmiral Schmähling⁽⁴⁵⁾, sind deshalb uneingeschränkt zu folgen, wenn sie hervorheben:

Die aus der Erfahrung früherer Kriege übernommenen Vorstellungen über Waffenwirkung und Zerstörung sind für einen künftigen Krieg zwischen hochtechnisierten Staaten, selbst ohne den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, unangemessen. Moderne, von verwundbarer Technik und empfindlicher Infrastruktur abhängige Industriegesellschaften können unter Kriegseinwirkung nicht weiter funktionieren...

Bei Angriff auf militärisch wichtige Ziele im Hinterland ist wegen ihrer räumlichen Verflechtung eine Mitleidenschaft der Bevölkerung und der zivilen Infrastruktur überhaupt nicht zu vermeiden. Dazu kommt: Unsere zivilen Bauwerke, Anlagen und Einrichtungen sind gegen Kriegseinwirkung oder Sabotage nicht geschützt.

Die Abhängigkeit der Industrie und Privathaushalte von elektrischer Energie als Beispiel macht unser System extrem verwundbar. Ein Zusammenbruch der Energieversorgung wäre allein schon eine Katastrophe.⁽⁴⁶⁾

Als Schlußfolgerung aus dieser tiefgreifenden Verletzbarkeit moderner Industriegesellschaften auf die Schadensminimierungs- und Schutzfunktion militärischer Verteidigung zu verzichten und zukünftig gar Verteidigungsvorbereitungen und gegebenenfalls -maß-

45) Vgl. Schmähling, Elmar, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.75 f.

46) Schmähling, Elmar, Die Neue Dimension, hektogr. Manuskript, Bensberg, 12.2.1987, S.15 f; Schmähling fährt mit Blick insbes. auf den Zivilschutz fort: "Hiermit berühre ich das traurige Kapitel "Zivilverteidigung und Zivilschutz", ein Musterbeispiel für Untätigkeit aus falscher politischer Rücksichtnahme. Versäumnisse bis heute bewirken, daß Staat und Volk im Falle eines Krieges unvorbereitet und ungeschützt sind. In stiller Eintracht haben Politiker und Bevölkerung diese Fragen bisher verdrängt. Dabei sind Maßnahmen des Zivilschutzes nach Dr. Schmidt, Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, diejenigen der zivilen Verteidigung, die sich gegenüber dem einzelnen Menschen im Kriege am unmittelbarsten, vielseitigsten und schicksalhaftesten auswirken würden. >>Sie sind das Herzstück der Verteidigung schlechthin; denn welchen Sinn hätte selbst eine erfolgreiche militärische Verteidigung, wenn sie nicht das Überleben der Zivilbevölkerung, insgesamt gesehen, sichern könnte?<< Zahlen sprechen für sich: >>Der Etat der zivilen Verteidigung verhält sich zu dem der militärischen gegenwärtig 1:59 (die NATO hielt einmal eine Relation von 1:20 für angemessen).<<"

nahmen im Sinne von Durchschlagseffizienz ohne Rücksicht auf Verluste und Folgen zu betreiben (vgl. dazu auch noch den Anti-Effizienz-Effekt in Abschn.4.1.8.), wäre allerdings irrational und widersinnig. Schon eher rational wäre dagegen die umgekehrte Konsequenz: der Verzicht auf Verteidigung mit militärischen Mitteln, sei es insgesamt, sei es in Teilen. Zu Recht⁽⁴⁷⁾ betonte deshalb auch Generalmajor a.D. Löser im Rahmen der bereits erwähnten Anhörung des IFSH im Dezember 1986 mit Blick auf die Optimierungsproblematik aus der Konkurrenz der Kriterien Effizienz, Schutz und Defensivorientierung:

"Dem Schutz der Menschen ist Vorrang vor allen anderen Kriterien, sogar auf Kosten strategischer Bedenken einzuräumen."⁽⁴⁸⁾ (Hervorheb.-DSL)

Die Frage, die sich stellt, ist also nicht, ob die Schutzfunktion militärischer Verteidigung zugunsten ihrer (falsch verstandenen) Effizienz beschränkt oder sogar aufgegeben werden kann und soll. Gelöst werden muß vielmehr - solange Sicherheitspolitik auf der Basis militärischer Mittel für erforderlich gehalten wird - das Problem, wie bei Aufrechterhaltung (und gegebenenfalls sogar Optimierung) der Schutzfunktion von Verteidigung einerseits und trotz der unbezweifelbaren Verletzbarkeit moderner Industriegesellschaften andererseits militärische Abhaltung und Verteidigung effizient organisiert werden können.

Strukturelle Angriffsunfähigkeit versteht sich als (Versuch der) Lösung eben dieses Problems, sei es durch den Verzicht auf den Einsatz von Nuklearwaffen, sei es durch den Aufbau einer Verteidigungsstruktur, die keine lohnenden Ziele für flächendeckende oder hochexplosive Waffen bietet, sei es durch begleitende Maß-

47) Zu Recht auch im Sinne des Grundgesetzes - vgl. zur Verteidigungs- und Schutzfunktion unter verfassungsrechtlichen Aspekten: Lutz, Dieter S., Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Heft 13) 1987, insbes. S.18-22.

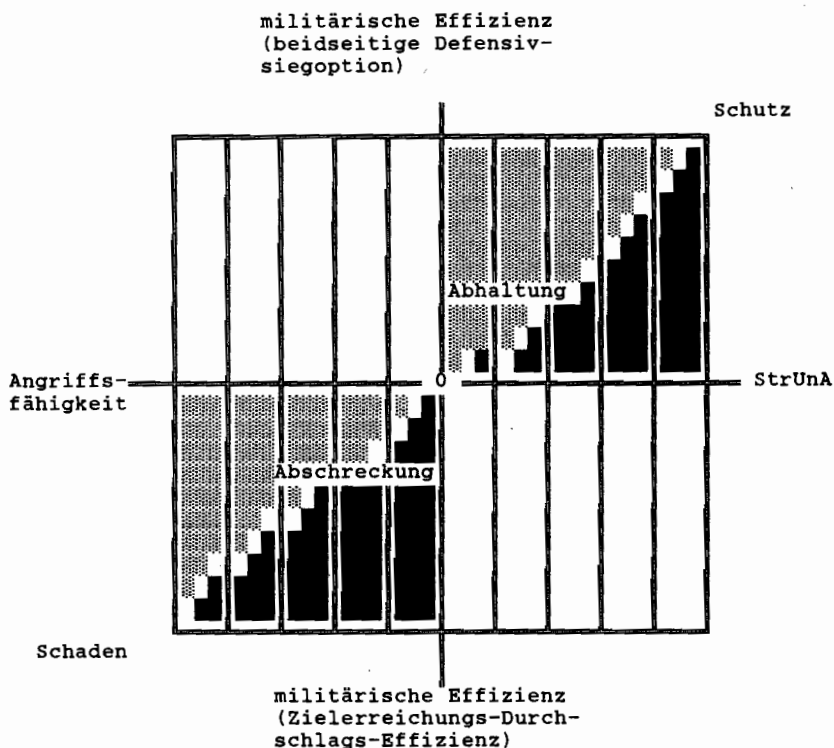
48) Löser, Jochen, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.59.

nahmen wie die Inanspruchnahme des Völkerrechts, die Organisation von Zivilschutz, die Härtung der industriellen Strukturen und vieles mehr.

Die durchgreifende Optimierung der Schutzfunktion im Rahmen von StrUnA ergibt sich jedoch nicht aus Waffen-Umrüstung, Zivilschutz und ähnlichem allein. Sie resultiert vielmehr - trotz der Autonomie-Option von StrUnA (dazu noch Abschn.4.1.8.) - aus der Beidseitigkeit von StrUnA. Diese ist die wirkliche materielle Forderung, die es neben den entsprechenden militärischen Konsequenzen zu erfüllen gilt: Anders als beim Gleichgewicht der beidseitigen Abschreckung läßt die beidseitige Verteidigerüberlegenheit im Rahmen von Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit einen Angriff rein faktisch auf keiner der beiden Seiten mehr zu. Es fehlen die im Abschreckungssystem trotz vorgeblichen Gleichgewichts auf beiden Seiten noch vorhandenen Angriffs- und Zerstörungspotentiale. M.a.W.: In dem Maße, in dem es StrUnA gelingt, auf beiden Seiten die Angriffsfähigkeit zu reduzieren, verwirklicht sich - trotz (zunehmender) militärischer Effizienz, sprich: Verteidigerüberlegenheit beider Seiten - auf eben beiden Seiten auch die Schadensminimierungs- und Schutzfunktion (vgl. auch Schaubild Nr.7).

Dieter S. Lutz

Schaubild Nr.7: Zur Korrespondenz von Angriffs(un)fähigkeit, militärischer Effizienz und Schutz bzw. Schadensminimierung



Anmerkung: Das Schaubild dient lediglich der Illustration. Es erhebt keinen Anspruch auf mathematische Beweiskraft.

4.1.6. Die Autonomie-Option

Wie im vorangegangenen Abschn. 4.1.5 gesehen, wird die Schadensminimierungs- und Schutzfunktion Struktureller Angriffsunfähigkeit optimal über die Beidseitigkeit von StrUNA erfüllt. Sind mit diesem Ergebnis einseitige Maßnahmen und Schritte ausgeschlossen? Strukturelle Angriffsunfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit will Bedrohungsvermeidung und Stabilität auf beiden Seiten für beide Seiten, d.h. die gemeinsame Bewältigung der Gefahren für Frieden und Sicherheit durch die Betroffenen. Einseitige Maßnahmen müssen deshalb - zumindest auf den ersten Blick - als mit Gemeinsamer Sicherheit (und damit auch mit StrUNA) unvereinbar, als eine *contradictio in adjecto* erscheinen.

Gleichwohl wird die Forderung nach "einseitigen", "unilateralen", "selbständigen" oder "autonomen" Schritten immer wieder erhoben. So heißt es z.B. bereits im Bericht der Arbeitsgruppe "Neue Strategien" beim SPD-Parteivorstand von 1983 mit Blick auf "einseitige Abrüstungsschritte":

"Innerhalb einer insgesamt als stabil wahrgenommenen strategischen Situation kann man partielle Über- und Unterlegenheiten hinnehmen, solange sich daraus einseitig keine neuen militärischen Handlungsmöglichkeiten ergeben. Einseitige Abrüstungsschritte, zeitig und regional (sektoral) begrenzt, können, soweit sie die Verteidigungsfähigkeit nicht gefährden, die dazu notwendigen Verhandlungen und Vereinbarungen fördern."⁽⁴⁹⁾
(Hervorheb.-DSL)

49) Bericht der Arbeitsgruppe "Neue Strategien" beim SPD-Parteivorstand, hier zit. nach: Vorwärts Nr.27 vom 30.Juni 1983, Dokumentation Extra, S.III; fast wortgleiche Formulierungen (jetzt "selbständige Schritte" genannt) finden sich auch im Leitantrag des Essener Parteitages 1984 - Antrag 259, Parteivorstand, Für eine neue Strategie des Bündnisses, in: Dokumente, SPD-Parteitag, 17.-21.Mai 1984, o.O.,o.J., 2.Seite sowie im Beschluß des Nürnberger Parteitages - vgl. (Anm.15), S.4.

Daß diese Aussage in ähnlicher Form auch und gerade für Strukturelle Angriffsunfähigkeit gilt, betonen die Anhänger und Vertreter der StrUNA-Idee immer wieder. Z.B. Albrecht von Müller:

"Der Vorteil des Konzepts der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit ist, daß eine Seite mit der Spezialisierung auf die Verteidigung beginnen kann, ohne daß dies unmittelbar Reziprozität fordert."⁽⁵⁰⁾

Oder Horst Afheldt:

"Es ist der Vorteil der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, daß sie keine Beiderseitigkeit verlangt, da schon die einseitige Schaffung einer solchen "nichtangriffsfähigen effizienten Verteidigungsstruktur" die eigene Position ganz außerordentlich verbessert. Denn der Übergang zu einer Verteidigungsstruktur, die dem Gegner ersichtlich die Option eines politisch erfolgversprechenden konventionellen Angriffs nimmt, nimmt dem Gegner die einzige militärische Option, von der er sich vorstellen kann, daß sie den Status quo zu seinen Gunsten ändern könnte, ohne in den alles zerstörenden Kernwaffenkrieg zu führen."⁽⁵¹⁾

Oder Norbert Hannig:

"Eine überlegene Verteidigung (für StruNA) bedarf keiner Beidseitigkeit. Wenn die Verteidigung dem Angriff berechenbar überlegen ist, die Verteidigungsstreitkräfte aus Mangel an offensiven Waffensystemen aber keine Angriffe fahren können, bedarf es keiner gegenseitigen Zustimmung zur Veränderung. Falls die WVO sich der Umrüstung nicht anschließen sollte, vergeudet sie weiterhin ihr Sozialprodukt für Rüstung und kommt politisch in Schwierigkeiten im Inneren wie in ihrer Welt-politik."⁽⁵²⁾

Wie bereits die Zitate zeigen, resultiert die Möglichkeit, einseitige, autonome Schritte bei der Abrüstung und Umrüstung zu ge-

50) von Müller, Albrecht A.C., in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S. 61.

51) Afheldt, Horst, in: ebda., S.6.

52) Hannig, Norbert, in: ebda., S.31.

hen (Autonomie-Option), aus der bereits in Abschn. 4.1.2. angeführten Verteidigungs- und Abwehrfunktion Struktureller Angriffsunfähigkeit. Nicht zufällig bringen deshalb die genannten und eine Reihe weiterer Autoren⁽⁵³⁾ die Frage der einseitigen Maßnahmen in eine logische Verknüpfung mit der "Effizienz" Struktureller Angriffsunfähigkeit. Gefordert bzw. vorausgesetzt werden "Unangreifbarkeit", "Behauptungsfähigkeit", "Verteidigungsfähigkeit", "Verteidigerüberlegenheit" etc.⁽⁵⁴⁾

Die Vorteile bzw. die Notwendigkeit von Information und Transparenz, Absprachen und Dialog werden mit Blick auf die bereits auch in Abschn.4.1.2.3. angeführte Krisenwettlaufstabilität gleichwohl gesehen⁽⁵⁵⁾:

"Eine mögliche Umrüstung der NATO-Streitkräfte in Richtung auf eine raumgebundene Verteidigungsstruktur muß von einem Dialog in der NATO und mit dem Warschauer Pakt begleitet werden. Es muß nämlich vermieden werden, daß eine Umstrukturierung mit der Einführung neuer Systeme zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit von der Warschauer Vertragsorganisation als Aufrüstung empfunden wird. Die Gefahr eines Anstoßes zu neuer Gegenrüstung darf nicht verkannt werden. Dabei muß es sich nicht um Vereinbarungen im Sinne von Rüstungskontrollabsprachen handeln. Es reicht wechselseitige Information und Vertrauensbildung durch Offenlegung der Absicht und Maßnahmen, die man durchführen will."⁽⁵⁶⁾

53) Boeker, Egbert, in: ebda., S.10; Buro, Andreas, in: ebda., S.16; Dürr, Hans-Peter, in: ebda., S.22; Kozak, Heinz, in: ebda., S.44; Löser, Jochen, in: ebda., S.55; Nolte, Wilhelm, in: ebda., S.66; Schmähling, Elmar, in: ebda., S.74; Unterseher, Lutz, in: ebda., S.80; vgl. aber auch: Bülow, Andreas von/Funk, Helmut, in: ebda., S.14 f, die "einseitige Maßnahmen" als "Zwischenschritte" eines "beidseitigen" Ansatzes ansehen; vgl. ferner Huber, Reiner K., in: ebda., S.34, der von "Beidseitigkeit" ausgeht.

54) Vgl. ebda.

55) Vgl. ebda. z.B. Buro, Dürr, Hannig, Schmähling, Nolte.

56) Schmähling, Elmar, ebda., S.74.

Was aber, wenn situationsbedingt weder ein Dialog möglich ist noch die vorgesehenen einseitigen Maßnahmen Effizienz im Sinne von "Verteidigerüberlegenheit" signalisieren? Was gar, wenn die jeweiligen Maßnahmen nicht effizienz-fördernd, auch nicht effizienz-neutral, sondern effizienz-mindernd scheinen? In Abschn. 4.1.8. werde ich diese Frage nochmals unter dem Vorzeichen eines möglichen Anti-Effizienz-Effektes Struktureller Angriffsunfähigkeit inhaltlich aufgreifen. Im vorliegenden Diskussionszusammenhang interessiert dagegen das eher methodische Problem, ob dieser Effekt - unterstellt er existiert - nur beidseitig bzw. mehrseitig und nur ausgehandelt bzw. vereinbart akzeptabel sein kann? Ist Einseitigkeit im konzeptionellen Rahmen Gemeinsamer Sicherheit also doch eine *contradictio in adjecto*?

Diese Fragen zu bejahen hieße, gleich mehreren Denkfehlern zu unterliegen⁵⁷): Zum einen ist es zwar plausibel, aus dem Ziel Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit auch die Methode zur Erlangung des Ziels abzuleiten. In der Mehrzahl der Fälle werden die Mittel und Wege zur Gemeinsamen Sicherheit deshalb auch gemeinsam eingesetzt bzw. beschritten werden müssen. Doch besitzt diese Ableitung - logisch gesehen - ebensowenig Ausschließlichkeitscharakter, wie umgekehrt nicht zwingend aus dem Charakter der Maßnahmen und Aktivitäten allein Rückschlüsse auf das Ziel gezogen werden können: Einseitige Umrüstungsmaßnahmen z.B. haben nicht notwendigerweise auch die "einseitige Sicherheit" zum Ziel. Im Gegenteil ist im Rahmen des Unilateralismus und Gradualismus das Ziel die Erhöhung der Gemeinsamen Sicherheit - wenn auch evtl. unter Inkaufnahme kurzfristig höherer eigener Risiken. Nebenbei bemerkt: Die eigenen Aktivitäten werden, insbes. im Rahmen des Gradualismus, als "Vorleistungen" angesehen, die zu "Gegen-Leistungen" der anderen Seite anreizen sollen; es handelt sich also letztlich doch wieder um

57) Zum folgenden bereits: Lutz, Dieter S., a.a.O. (Anm.2), S.61-63.

gemeinsame Leistungen, die beidseitig, wenngleich auch zeitlich versetzt, erbracht werden.

Zum anderen kann das Adjektiv "gemeinsam" mindestens drei Bedeutungen besitzen: die Gemeinsamkeit des Ziels, die Gemeinsamkeit der Aktivitäten, aber auch die Gemeinsamkeit der Betroffenheit von möglichen Gefährdungen und Destabilisierungen, d.h. von Unsicherheit. Eine Minderung der Sicherheit der anderen Seite gefährdet über ihre Rückwirkungen auf die Stabilität des Gesamtsystems auch die eigene Sicherheit. Die gemeinsame Betroffenheit verlangt deshalb "Bedrohungsvermeidung durch Selbstbeschränkung" im eigenen Interesse. Warum also sollte diese ohnehin erforderliche Selbstbeschränkung nicht gezielt als politische Strategie, d.h. als vertrauensbildende Vorleistung im Sinne von Initialzündungen für weitere gemeinsame Aktivitäten genutzt werden?

Ein dritter Punkt schließlich ist eng mit dem vorangegangenen verwandt, geht jedoch weit über das bisherige Gedankengebäude einseitiger Maßnahmen hinaus. Er betrifft den Denkfehler, daß im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit (oder deutlicher ausgedrückt: unter Bedingungen, die Gemeinsame Sicherheit erforderlich machen) noch über Destabilisierungen, wie sie Angriffsfähigkeiten heute darstellen, Verhandlungen geführt werden könnten.

Zur Verdeutlichung nochmals: Gemeinsame Sicherheit verlangt die Unterlassung all dessen, was die Sicherheit des anderen, und damit in seinen Rückwirkungen auf das Gesamtsystem wiederum die eigene Sicherheit beeinträchtigen würde. Gemeinsame Sicherheit verlangt deshalb vorrangig den Verzicht auf alles, was grundlegend destabilisierend wirkt. Diese Forderung nach Verzicht auf Destabilisierung bringt Gemeinsame Sicherheit aber in ein zweifaches Dilemma:

1. Der Verzicht auf destabilisierende Angriffsfähigkeiten kann zwar (wechselseitig) zugesagt, nicht aber (im Rahmen von Rüstungssteuerungsgesprächen) verhandelt werden. Denn Rüstungskontrollverhandlungen unterliegen der Gefahr des Scheiterns.

In der Logik des Scheiterns der Verhandlungen liegt aber die Durchführung der Destabilisierung, also eine Selbstgefährdung. D.h. auf destabilisierende Angriffsfähigkeiten muß einseitig verzichtet werden.

2. Destabilisierungen einer Seite können (logisch betrachtet) nicht durch destabilisierende Reaktionen der anderen Seite aufgehoben werden. Zur Illustration: Gemeinsame Sicherheit entspricht - bildhaft gesehen - einem Boot, in dem sich die Sicherheitspartner gemeinsam befinden. Schlägt eine Seite - aus welchen Gründen auch immer - ein Leck in dieses Boot, so kann es nicht durch ein zweites Leck kompensiert werden. Vielmehr ist es logisch und rational, wenn die andere Seite zumindest auf ein "eigenes Leck" einseitig verzichtet. (Das Boot sinkt zwar immer noch, aber langsamer. Die Chance, den letztendlichen Untergang zu verhindern, ist vergleichsweise größer).

Zu Recht betont deshalb selbst auch die politische Ziehmutter von StruNA, die SPD, in ihrem jüngsten Nürnberger Beschluß:

"Strukturen und Bewaffnungen, die sich auf eine wirksame Verteidigung beschränken, bedeuten kein Entgegenkommen an die Warschauer Vertrags-Organisation, sondern Selbstschutz unseres Landes. Dieser Weg ist deshalb zunächst nicht davon abhängig, daß die östliche Seite ihn sofort und zeitgleich mitgeht." (58) (Hervorheb.-DSL)

Zusammenfassend kann somit zweierlei festgehalten werden: Zum einen läßt die Logik eine Umsetzung Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit auch einseitig zu; zum anderen kann die Vernunft - situationsbedingt - gerade nach einseitigen Schritten verlangen. Strukturelle Angriffsunfähigkeit ist also mit einseitiger Abrüstung und Umrüstung nicht nur vereinbar, sondern besitzt selbst sogar eine "Autonomie-Option". Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei abschließend zugleich betont, daß sich Autonomie-Option und Beidseitigkeit nicht ausschließen.

58) A.a.O. (Anm.15), S.4.

Im Gegenteil: Die Optimierung von Angriffsunfähigkeit, Bedrohungsvermeidung und Stabilität liegt selbstverständlich in der Beid- bzw. Mehrseitigkeit.⁽⁵⁹⁾

4.1.7. Die Abrüstungsorientierung

In den vorangegangenen Abschn.4.1.5 und 4.1.6 ist - unter methodischen Gesichtspunkten - der Komplex Abrüstung bereits mehrfach angesprochen worden. Inhaltlich besitzen - ähnlich der Abhaltung (vgl. Abschn.4.1.4.) und der Angriffsunfähigkeit (vgl. Abschn. 4.1.2.) - auch die Fragen der Abrüstung (inkl. der Rüstungsbegrenzung und der Kostenminderung⁽⁶⁰⁾) eine mehrfache konzeptionelle Einbindung in das Gesamteengebäude Gemeinsame Sicherheit: Zum einen verfolgt GS Abrüstung als eines ihrer unmittelbaren politischen Hauptziele. Hierauf werde ich noch zurückkommen. Zum anderen kann und soll auch Strukturelle Angriffsunfähigkeit als militärische GS-Strategie selbst dazu beitragen, den Rüstungswettlauf zu stoppen und umzukehren.

Wenn - wie in Abschn.4.1.3.3 festgestellt - ein Angriff nicht mehr möglich ist, weil die beidseitige Offensivschwäche beidseitige (Strukturelle) Unfähigkeit zum Angriff garantiert, so wird Rüstung überflüssig. Der offensive Einsatz von Streitkräften und Waffen ist faktisch nicht mehr realisierbar; der defensive Ein-

59) Nur in diesem Sinn kann Erwin Müller, a.a.O. (Anm.32) S.11 f, zugestimmt werden, wenn er sich für das Stabilitätsprinzip und gegen Einseitigkeit entscheidet. Gerade die Stärkung der Abwehrkraft in einem offensiven Sinne kann wieder zu Instabilität führen. Stabilität und StrUNA sind insofern keine Gegensätze.

60) Zum Problem der Kosten siehe Hannig, Norbert, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), (Heft 1) 1987, S.31, der sein Konzept für "kosteneffektiver" ansieht, oder Gerber, Johannes, Tagungsprotokoll, a.a.O. (Anm.28), der eine Umstrukturierung aus Kostengründen für "unumgänglich" hält.

satz auch theoretisch nicht mehr wahrscheinlich. Ist Rüstung aber militärisch funktionslos, so wird Abrüstung möglich

- als Abschaffung von Streitkräften und Rüstung im Sinne des terminus technicus "allgemeine und umfassende Abrüstung",
- als Maßnahmenkatalog, der gegebenenfalls auch einseitig und ohne untragbares Risiko verwirklicht werden kann.

M.a.W.: In der Logik (der Stabilitätsorientierung) Struktureller Angriffsunfähigkeit liegt die Chance zur Abrüstung. Das Mittel ist die Umrüstung. Das Motto lautet: Abrüsten durch Umrüsten!

Es wäre allerdings eine Fehlinterpretation, das genannte Motto "nur" auf den terminus technicus "allgemeine und umfassende Abrüstung" zu "beschränken", d.h. die Abrüstungsorientierung Struktureller Angriffsunfähigkeit auf ein utopisches Fernziel ohne aktuelle Auswirkungen zu verlagern. Zugleich wäre es mehr als ein Mißverständnis, die aktuellen Möglichkeiten und Forderungen Struktureller Angriffsunfähigkeit in ihr Gegenteil zu pervertieren, d.h. StrUnA als Vehikel zur - wenn auch defensiven - Aufrüstung über Umrüstung zu interpretieren oder gar einzusetzen. Recht verstanden verlangt die Stabilitätsorientierung Struktureller Angriffsunfähigkeit vielmehr permanent Maßnahmen der Selbstbeschränkung bis hin zum - auch einseitigen - Destabilisierungsverzicht im Sinne von Vorleistungen. Darüber hinaus bietet sich mit Struktureller Angriffsunfähigkeit erstmals eine inhaltliche Konzeption an, welche die Chance zur Neugestaltung der aktuellen Rüstungskontrollpraxis eröffnet. Letzteres ist auch deshalb zu betonen, weil die bisherigen - weitgehend konzeptionslosen, allenfalls an einem unhaltbaren Gleichgewichtsverständnis statt an Stabilität orientierten - Rüstungskontrollverhandlungen ganz offensichtlich nicht geeignet sind, frühzeitig und dauerhaft quantitative und qualitative Rüstungsprozesse einzufangen bzw. den Rüstungswettlauf zu stoppen und umzukehren. Zu Recht plädiert deshalb z.B. Elmar Schmähling für eine bewußte Einbettung von StrUnA in den Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozeß:

"Die Umstrukturierung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, soweit möglich auch anderer NATO-Partner, sollte komplett in den Rüstungskontroll- und Abrüstungsrahmen eingebettet werden. Dies hat zwei entscheidende Vorteile:

Zum einen können gleichzeitig alle Chancen des Abbaus bzw. der Reduzierung von >>überflüssigen<< Systemen betrieben werden. Zum anderen ist es wichtig, daß eine Umstrukturierung vom Warschauer Pakt nicht als eine Phase einer neuen Rüstungsrunde empfunden wird."⁽⁶¹⁾

Albrecht von Müller geht über die bloße "Einbettung" noch hinaus. Er sieht in der Abrüstungs-/Rüstungskontrollfrage sogar eine von (nur) drei Aufgabenstellungen des StrUnA-Gedankens. Nach seiner Ansicht geht es

- " - erstens um eine Verbesserung unserer Fähigkeit zur konventionellen Vorverteidigung,*
- zweitens um eine Erhöhung der Krisenstabilität durch den systematischen Abbau von Angreifer- und Präemptionsvorteil sowie*
- drittens um die Eröffnung neuer Chancen für den Rüstungskontrollprozeß durch die Ersetzung des Gleichgewichtsparadigmas durch das neue Leitmotiv einer beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit."*⁽⁶²⁾

Daß Strukturelle Angriffsunfähigkeit aber nicht nur als Vehikel beidseitiger Verhandlungen genutzt werden kann, sondern durchaus auch einseitig Abrüstungsprozesse initiieren kann und soll, wird von Vertretern des StrUnA-Gedankens immer wieder betont (dazu bereits ausführlich Abschn.4.1.6.):

"Defensivkonzepte können als Form des gradualistischen Unilateralismus eingestuft werden, insofern sie den Einstieg in dieses Sicherheitskonzept mit einseitigen Abrüstungsschritten beginnen. Diese Schritte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Abrüstungsspirale auslösen, weil der unbezweifelbare Wegfall von militärischer Bedrohung den Supermächten gegenüber ihren Paktstaaten

61) Schmähling, Elmar, in: ebda., S.75.

62) Müller, Albrecht von, in: ebda., S.62; vgl. ders. auch: a.a.O. (Anm.12), S.425,454.

*die Rechtfertigung für immer weitere Hochrüstungen, Stationierungen etc. nimmt.
So trägt das Defensivkonzept in der Tat durch den völligen Verzicht auf sämtliche zum Angriff geeignete Waf-
fenpotentiale zur Abrüstung und Entspannung bei... "(63)*

Gleichviel aber, ob einseitig oder beidseitig, in jedem Fall kann StrUnA die Abrüstungsorientierung als Charakter- und Definitionsmerkmal nicht abgesprochen werden. Das Motto in beiden Fällen ist bereits benannt: Abrüsten durch Umrüsten!

Die GS-Strategie StrUnA soll also - um auf die mehrfache konzeptionelle Einbindung zurückzukommen - dazu beitragen, den Rüstungswettlauf zu stoppen und umzukehren. Darüber hinaus ist Abrüstung aber auch eines der unmittelbaren Hauptziele des GS-Konzeptes selbst.⁽⁶⁴⁾ Der eigenständige und übergreifende GS-Abrüstungsimperativ besteht also unabhängig von dem genannten Motto. In Bereichen, in denen die Verteidigerüberlegenheit ein Umrüsten nicht erforderlich macht, ist deshalb Rüstungsverzicht und Abrüstung, nicht aber Aufrüstung über Umrüstung die Konsequenz.⁽⁶⁵⁾ Dies betont auch die SPD, wenn sie in ihrem Nürnberger Beschluß von 1986 ausführt:

"Die Verminderung von Kernwaffen darf nicht konventionelle Aufrüstung, und konventionelle Abrüstung darf nicht durch neue Kernwaffen ersetzt werden. Deshalb müssen Verhandlungen zum Rüstungsabbau auch die Struktur

- 63) Rücker, Brigitte/Vilmar, Fritz, Grundzüge und Hauptprobleme der "Defensiv-Verteidigung", in: Mediativ (Heft 4) 1986, S.3-7, hier S.6 f.
- 64) Vgl. Bahr, Egon/Lutz, Dieter S., a.a.O. (Anm.2) und dort die verschiedenen Beiträge; zur Abrüstungsfrage vgl. auch: Lutz, Dieter S., Abrüstung/Rüstungskontrolle, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.1), S.13-23
- 65) Dies übersehen einzelne kritische Stimmen z.B. aus den Reihen der GRÜNEN - vgl. u.a.: Böge, Volker/Schülert, Irene, Abrüstung und Umrüstung bei Andreas von Bülow, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol.4 (Heft 3) 1986, S.162-164; Mechttersheimer, Alfred, Zeitbombe NATO: Auswirkungen der neuen Strategien, Köln 1984, S.148 ff.

der Militärpotentiale und die militärischen Handlungsmöglichkeiten zum Gegenstand haben."⁽⁶⁶⁾

Was im angeführten Zitat mitschwingt, ist aber nicht nur die Vorbeugung gegen die Gefahr des möglichen Mißbrauchs der Umrüstung zur Aufrüstung. Was mitschwingt, ist vielmehr auch eine tief-sitzende Skepsis gegenüber der bisherigen Abrüstungs - und Rüstungskontrollpraxis: Rüstungskontrollverhandlungen bisheriger Prägung waren und sind ganz offensichtlich nicht geeignet, frühzeitig quantitative und qualitative Rüstungsprozesse einzufangen. Zum einen führen Abkommen (wie z.B. im strategischen Bereich SALT I) durch ihre hohen Obergrenzen eher zu einer Anheizung des Rüstungswettlaufs, sowohl auf numerischer als auch auf qualitativer Ebene, statt zu seiner Beschränkung. Zum anderen lassen die schnell fortschreitenden technologischen Entwicklungen entweder die jeweiligen Vereinbarungen weit hinter sich oder höhlen sie dermaßen aus, daß sie ihre (eventuelle) ursprüngliche Bedeutung verlieren. Vertragswerke und Verhandlungen sprechen bislang sogar gerade die Gebiete und Bereiche, in denen intensiv Forschung und Entwicklung betrieben wird, nur halbherzig, nur am Rande oder gar nicht an. Kritische Vertreter der Rüstungssteuerungsschule haben hieraus Konsequenzen gezogen bzw. Forderungen erhoben: Sind drastische Kürzungen und tiefe Einschnitte⁽⁶⁷⁾ (noch) nicht möglich und soll arms control ihre kurzfristige Funktion - die Wahrung strategischer Stabilität - gleichwohl erfüllen und ihrem langfristigen Ziel - der Umkehrung der Rüstungsspirale - näherkommen, so müssen Rüstungssteuerungsverhandlungen zum einen präventiv geführt werden. Das bedeutet: der Zeitrahmen für Verhandlungen muß möglichst optimal gehalten werden, damit in der Abfolge der Phasen Forschung, Planung, Entwicklung, Produktion und Dislozierung

66) A.a.O. (Anm.15), S.6.

67) Wie sie z.B. auf dem Gipfeltreffen von US-Präsident Reagan und KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow am 11./12.Oktober 1986 in Reykjavik gefordert und vorgesehen waren - vgl. Europa-Archiv (Heft 24) 1986, S.D667 ff.

bereits bei der Planung (oder noch früher) eingegriffen werden kann.

Zum anderen muß arms control verstärkt qualitative Elemente mitumschließen. Solange keine Schranken gegen qualitative Modernisierungsmaßnahmen gezogen werden, könnte selbst eine numerische Parität auf niedrigem Niveau keine stabilisierende Wirkung besitzen. Jeder qualitative Schritt, wie z.B. die Verbesserung von Faktoren wie Ortbarkeit, Treffgenauigkeit oder Zuverlässigkeit, wird die Lage weitaus stärker destabilisieren als bisherige numerische Zuwachsraten. Folgerichtig müssen deshalb auch - solange StrUnA noch nicht erreicht ist bzw. an eine grundsätzliche Abschaffung insbesondere des nuklearen Potentials gegebenenfalls an nuklearwaffenfreie Zonen nicht gedacht ist - im Rahmen von arms control in erster Linie Themen behandelt werden, die sich vorrangig mit der Bildung von Barrieren gegen die Erlangung von Kriegsführungsfähigkeiten befassen.

4.1.8. Die Garantiefunktion/Der Anti-Effizienz-Effekt

Kerngedanke Struktureller Angriffsunfähigkeit ist - wie bereits betont - die Bedrohungsvermeidung (vgl. Abschn.4.1.2.). Konsequenz von Abhaltung statt Abschreckung ist ferner der Verzicht auf bestimmte Strategiekomponenten und Waffensysteme (vgl. Abschn.3.4. und 4.1.4.). Aus beiden Forderungen den Schluß zu ziehen, Strukturelle Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit besitze keine militärische Verteidigungs- und Schutzfunktion, wäre gleichwohl ein grundlegender Irrtum (vgl. Abschn.4.1.2. und 4.1.5.). Strukturelle Angriffsunfähigkeit ist (nur) sprachlich eine mißverständliche Verkürzung; bei der Organisation der Streitkräfte und ihrer Ausstattung geht es ihr keinesfalls allein um "Angriffsunfähigkeit". Im Gegenteil: Strukturelle Angriffsunfähigkeit baut nicht nur auf die kriegsverhütende Wirkung militärischer Verteidigungsmittel,

sie will vielmehr auch auf ihr Höchstmaß an Effizienz nicht verzichten (vgl. Abschn.4.1.2.). Im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit ist es erreicht, wenn die Beidseitigkeit von StrUNA (vgl. Abschn.4.1.5.), d.h. die wechselseitige Verteidigerüberlegenheit (vgl. Abschn.4.1.2.) einen Angriff rein faktisch auf keiner der beiden Seiten mehr zuläßt.

Zumindest im Rahmen ihres theoretisch-methodologischen Gedankengebäudes kann StrUNA also (das Streben nach) Effizienz nicht abgesprochen werden.⁽⁶⁸⁾ Aber auch in der sog. militärischen Realität lassen sich Anhaltspunkte und Signale dafür finden, daß StrUNA durch die modernen hochqualifizierten Verteidigungstechnologien begünstigt wird, daß sie in ihrer "Abwehrfähigkeit" also mindestens ebenso effektiv, wenn nicht sogar effektiver ist als die derzeitige Verteidigungsstrategie. Für Albrecht von Müller z.B. ergibt sich mit Blick insbes. auf Mikroelektronik und Datenverarbeitung folgendes Bild:

"Grundsätzlich läßt sich der Bereich militärischen Handelns durch vier Grundfaktoren charakterisieren, nämlich durch den Faktor 'Feuer', den Faktor 'Bewegung', den Faktor 'Schutz' sowie den Faktor 'Aufklärung'. Bei entsprechend generalisierten Definitionen läßt sich alles militärische Handeln diesen vier Grundkategorien zuordnen...

Während die für den Angreifer in besonderem Maße wichtigen Faktoren, nämlich 'Bewegung' und 'Schutz bzw. Panzerung', nur relativ unerhebliche Fortschritte verzeichnen, ist es bei den für den Verteidiger besonders wichtigen Grundfaktoren, nämlich 'Feuer' und 'Aufklärung', zu technologischen Durchbrüchen größten Ausmaßes gekommen.

Dieser Sachverhalt begründet die These, daß der technologische Fortschritt im Bereich Mikroelektronik und Datenverarbeitung im Prinzip für eine deutliche Stärkung

68) Vgl. bereits auch in Abschn.4.1.2 die Zitate entsprechend Anm.13 und 15.

des Verteidigers genutzt werden kann."⁽⁶⁹⁾ (Hervorheb.DSL)

Die Ergebnisse einer Reihe von Computersimulationen an der Bundeswehruniversität München scheinen diese und ähnliche Aussagen zu bestätigen. Zwar stehen Tests auf der operativen Ebene noch aus; doch kann nach Reiner K. Huber schon derzeit von der "Effizienzhypothese der Verteidigung" gesprochen werden:

"Diese Hypothese besagt, daß Landstreitkräfte, die auf Verteidigung spezialisiert sind, den inhärenten Verteidigervorteil effizienter nutzen können als solche, die für alle Gefechtsarten (einschließlich Angriff) ausgelegt sind. Sie hat auf der taktischen Ebene einer großen Zahl von Falsifizierungsversuchen mit Hilfe von formalen Gefechtssimulationen standgehalten unter der Voraussetzung, daß der Verteidiger nicht überrascht wird."⁽⁷⁰⁾

Auch unter dem Blickwinkel der Realität scheint StrUnA also dem Maßstab der Effizienz gerecht zu werden. Diese Feststellung der Effizienz kann gleichwohl nicht ohne Relativierung bleiben: Auch auf die Gefahr hin, (böswillig) mißverstanden zu werden (nämlich StrUnA diskreditieren zu wollen), verlangt doch die wissenschaftliche Redlichkeit die Offenlegung des - abstrakt-theoretischen - Anti-Effizienz-Effektes (Anti-Efficiency-Effect) Struktureller Angriffsunfähigkeit.

Was heißt das? Bevor ich eine Antwort versuche, ist vorbeugend zweierlei zu betonen: Zum einen verwende ich im folgenden den Begriff "Anti-Effizienz" im Gegensatz zu einem Effizienz-Verständnis wie es derzeit noch immer in strategischen Elementen wie "Vergeltung", "Präemption", "Prävention", "Angriff in die Tiefe des gegnerischen Raumes" und ähnlichem mehr zum Ausdruck kommt

69) Müller, Albrecht von, a.a.O. (Anm.12), S.434,436; vgl. ebda. S.437 ff auch die interessanten Ausführungen zu Intelligenten Minen, Aufklärungs- und Kampfdrohnen, Sensornetzen und Artillerieraketen mit Submunition.

70) Huber, Reiner K., a.a.O. (Anm.29), S.12; vgl. auch S.6 f und ders., in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) (Heft 1) 1987, S.34.

(zur Unterscheidung zwischen "innerer" und "äußerer" Gegenangriffsfähigkeit vgl. bereits Abschn.4.1.1). Zum anderen gehe ich davon aus, daß nicht nur StrUnA allein, sondern jede Kriegsverhütungs- und Verteidigungsstrategie, will sie diesen Namen verdienen, zwingend einen Anti-Effizienz-Effekt besitzt⁽⁷¹⁾ bzw. berücksichtigen müßte. Ist diese Annahme aber richtig, so darf der Anti-Effizienz-Effekt keineswegs als ein Minus und erst recht nicht als ein Minus allein von StrUnA gewertet werden. Was beinhaltet der Begriff dann aber noch? Was soll er aussagen?

Wie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben, besitzt StrUnA vielfältige Funktionen. Strukturelle Angriffsunfähigkeit will

- Abhaltung ohne Bedrohung,
- Abwehr ohne Schaden,
- Schutz ohne Vergeltung,
- Bedrohungsvermeidung ohne Effizienz-Verlust,
- Verteidigerüberlegenheit ohne Angriffsfähigkeit,
- Stabilität ohne Rüstungswettlauf,
- Rüstung ohne Destabilisierung,
- Umrüstung ohne Aufrüstung,
- Abrüstung ohne Sicherheitsverlust

und dies alles beidseitig, gegebenenfalls aber auch unilateral-autonom.

Es ist zu offensichtlich, daß die angeführten Definitionskriterien und Funktionen von StrUnA zumindest teilweise untereinander in Konkurrenz stehen, als daß (insbes. im Entstehungsprozeß) die Notwendigkeit von Abstrichen bei der jeweiligen Einzelrealisierung geleugnet werden könnte. Das kann und darf aber im Rahmen der konzeptionellen und militärisch-strategischen Vorstellungen

71) Selbst wenn es Zweifel an der grundsätzlichen Richtigkeit dieser Aussage gäbe, so wäre sie im konkreten Fall der Bundesrepublik unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten doch zwingend: vgl. Lutz, Dieter S., a.a.O. (Anm.47), S. 22-27; ferner: Lutz, Dieter S./Rittberger, Volker, Abrüstungspolitik und Grundgesetz, Baden-Baden 1976.

von GS und StrUnA gerade nicht wieder heißen, daß (wie bisher schon) bestimmte Funktionen auf Kosten anderer maximiert werden: Der Begriff StrUnA betont das Element der "Angriffsunfähigkeit". Die Strategie verlangt somit Anti-Effizienz in dem Sinne, daß um der Bedrohungsvermeidung und damit Stabilität willen auf "Angriff als die (angeblich) beste Verteidigung" verzichtet werden muß. Im Vordergrund des terminologisch verkürzten StrUnA-Konzeptes stehen ferner Schutz und Schadensminderung. Strukturelle Angriffsunfähigkeit ist somit anti-effizient in dem Ausmaß, wie Rücksicht auf die Folgen genommen werden muß, der Zweck eben nicht jeden Mitteleinsatz im Sinne einer Zielerreichungs-Durchschlagseffizienz ohne Rücksicht auf Risiken und Verluste "heiligt".

Ähnliches gilt auch für die übrigen der angeführten Funktionen und Kriterien von StrUnA. Sie sind in ihrer Realisierbarkeit anti-effizient in dem Sinne und in dem Ausmaß, wie sie stets nur folgenorientiert, d.h. unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die übrigen Funktionen und Merkmale, verwirklicht werden dürfen. Gerade in der Folgenorientierung oder positiv ausgedrückt: in der aktiven Zuordnung der verschiedenen Funktionen zueinander derart, daß möglichst alle zu optimaler Wirksamkeit gelangen (praktische Konkordanz), liegt die Zielsetzung von StrUnA im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Der Anti-Effizienz-Effekt stellt somit - recht verstanden - nichts anderes dar als die Kehrseite der eigentlichen Garantiefunktion von StrUnA. Diese Garantiefunktion zielt aber auf die erfolgreiche Realisierung der Funktionen und Kriterien von StrUnA insgesamt, also auf die Optimierung der Strategie, nicht jedoch auf die Erfüllung lediglich einzelner ihrer Ziele und Elemente.⁽⁷²⁾ Nicht anders kann auch "Strukturelle Angriffsunfähigkeit" als Bezeichnung für eine militärische Strategie interpretiert werden - soll der Name nicht bloßes inhaltsleeres Wortungetüm sein (oder bleiben). Die Bezeichnung kann und soll militärische Notwendigkeiten

72) Schon gar nicht auf den rücksichtslosen Einsatz (in Übergangsphasen evtl. noch vorhandener und ambivalent einsetzbarer) militärischer Mittel.

mit zivilen Einsichten verbinden und Effizienz mit Anti-Effizienz versöhnen. Insofern ist der Anti-Effizienz-Effekt Struktureller Angriffsunfähigkeit selbst auch Teil des Strukturcharakters und der Wegweiserfunktion von StrUNA (dazu noch die beiden folgenden Abschn. 4.1.9. und 4.1.10.).

4.1.9. Der Strukturcharakter

Der Begriff StrUNA apostrophiert Angriffsunfähigkeit als "strukturell". StrUNA geht es also weder allein noch in jedem Fall um die "bloße" Umrüstung einzelner Waffensysteme oder Teilstreitkräfte hin zu einem effektiven, aber defensivorientierten Wehr- und Waffenpotential. Verändert werden sollen vielmehr auch - wenn nicht sogar vorrangig - Strukturen. Was ist damit gemeint?

In der friedens- und sicherheitspolitischen Diskussion ist die analytische oder ordnende Verwendung des Begriffes "strukturell" weder völlig neu noch auf die "bloßen" militärorganisatorischen Problemfelder beschränkt. Die Begriffsbreite reicht vielmehr von der "Wehrstruktur" der Militärsoziologie⁽⁷³⁾ über die "Strukturellen Asymmetrien"⁽⁷⁴⁾ im Rahmen der Nord-Süd-Analysen bis hin zur "Strukturellen Gewalt"⁽⁷⁵⁾ im Kontext des positiven Friedensbegriffes der kritischen Friedensforschung. Selbst enge Verwandte bzw. Abwandlungen des Begriffs der Strukturellen Angriffsunfähigkeit lassen sich mittlerweile in der (amtlichen) sicherheitspolitischen Debatte finden. So spricht z.B. der vormalige Verteidigungsminister Österreichs, Friedhelm Frischenschlager, von der

73) Zur Militärsoziologie vgl. z.B. den gleichnamigen Artikel von Lippert, Ekkehard, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.2), S. 215-221.

74) Vgl. z.B.: Senghaas, Dieter (Hrsg.), Imperialismus und Strukturelle Gewalt, Frankfurt a.M. 1972 und dort insbes. den Beitrag von Galtung, Johan, Eine Strukturelle Theorie des Imperialismus, S.29-104.

75) Galtung, Johan, Strukturelle Gewalt, Reinbek 1975.

"strukturell defensiven Verteidigung" seines Landes. Was er darunter versteht, geht ebenfalls über "bloße" Militärfragen hinaus, umschließt sogar "zivilen Widerstand":

"Die militärische Landesverteidigung Österreichs ist durch die Raumverteidigung eine strukturell defensive Verteidigung, der dementsprechende Prinzipien zugrunde liegen:

- sie will durch die Bereitschaft und Fähigkeit zur Kampfführung beitragen, einen möglichen Aggressor abzuhalten, womit sie zur Friedenssicherung beiträgt, bei einem Angriff durch einen Aggressor verteidigt sie nachhaltig die wichtigsten Räume, sichert die übrigen und beabsichtigt möglichst große Teile des eigenen Staatsgebietes zu behaupten;
- sie richtet ihre Verteidigungsvorbereitungen auf einen Kampf im eigenen Land aus. Durch genaue Einsatzvorbereitung, durch Ausnützen und Verstärken des Geländes, durch Fördern der Zusammenarbeit der Soldaten mit der Bevölkerung kann der Heimvorteil genützt werden;
- sie baut auf der allgemeinen Wehrpflicht und einem Heer mit starker Milizkomponente auf;
- sie stützt sich auf eine rechtzeitige und rasche Mobilmachung des Bundesheeres ab, wobei Teile ständig einsatzbereit zu sein haben;
- sie will die Gefährdung der Zivilbevölkerung von zu erwartenden Kampfhandlungen auf ein mögliches Mindestmaß reduzieren;
- sie sieht den zivilen Widerstand nicht als Alternative, sondern als notwendige Ergänzung im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung....

Daß es sich dabei um ein strukturell defensives Konzept handelt, ist klar ersichtlich. Mit raumgebundenen Kräften kann man weder nach außen noch nach innen aggressive Akte setzen."⁽⁷⁶⁾ (Hervorh.-DSL)

Geht es also StrUnA um mehr als nur um die organisationssoziologische Frage nach der Struktur der Institution Streitkräfte? Zielt das qualifizierende Attribut "strukturell" (auch) auf die Bündnisstruktur? Oder sogar auf die Gesellschaftsstruktur? Ist somit auch StrUnA im weiteren Sinne (i.w.S.) gemeint? (Vgl. bereits auch Abschn.2.1.) Oder ist zumindest das Verhältnis von

76) Frischenschlager, Friedhelm, Kollektive Sicherheit und Neutralität?, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.16), S.215 f, 217.

Militär zur Gesellschaft als Teil der Gesellschaft bzw. die Rolle und Funktion organisierter Gewalt im gesellschaftlichen Rahmen angesprochen? Diese und ähnliche Fragen sind bislang nur unbefriedigend und/oder dezisionistisch im Sinne der in Kap.2 wiedergegebenen Ausführungen geklärt worden. M.a.W: Auch mit Blick auf das ausdrücklich artikuliert Attribut "strukturell" ist StrUNA weitgehend ein weißer Fleck. Anders als etwa die ordnenden Überlegungen im Rahmen der Militärsoziologie oder als der analytische Diskurs der Strukturellen Gewalt im Rahmen eines positiven Friedensverständnisses ruhen - soweit ersichtlich - der Begriff der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit bzw. der Strukturellen Unfähigkeit zum Angriff (StrUNA) und die ihnen verwandten Termini nicht auf einer theoretisch (ausreichend) abgesicherten Diskussion⁷⁷⁾ des Strukturattributes. Im Gegenteil: Die angestrebte Angriffsunfähigkeit soll zwar Strukturen verändern und aus Strukturen resultieren, also Strukturcharakter besitzen. Der Begriff des "Strukturellen" wird bislang aber vielfach nur als Modewort benutzt - ohne definitorisches Bewußtsein und ohne Klärung der Bezüge.

Doch es sind nicht nur die Bezugsgrößen, die fehlen. Der Begriff der Struktur selbst ist im Zuge seines allzu sorglosen Gebrauches in einem diffus-metaphorischen Sinne zum bloßen Synonym für "Aufbau" oder "Gefüge" degeneriert. Eine Struktur verdient ihren Namen aber durch zwei Kennzeichen:

1. durch die Elemente, aus denen sie sich zusammensetzt und
2. durch die Art und Weise, in der sie zusammenhängen.

77) Es wäre wohl auch eine gesonderte Untersuchung wert, ob und inwieweit auch weitergehende Strukturansätze aus den Sozialwissenschaften für die Diskussion von StrUNA fruchtbar gemacht werden können - zur strukturfunktionalistischen Sicht (strukturelle funktionale Theorie) vgl. z.B. Parsons, Talcott, Soziologische Theorie, Darmstadt/Neuwied a.Rh., 1983; ders., Zur Theorie sozialer Systeme, hrsgg. von Stefan Jensen, Opladen 1976.

Wesentlich für den Strukturbegriff ist darüberhinaus nicht die bloße Existenz der Strukturelemente oder die bloße Anordnung, sondern gerade die bestimmte und spezifische Ordnung der Elemente, durch welche Strukturen und Systeme als identisch charakterisiert werden können.⁽⁷⁸⁾

Nach dem bisher Gesagten sind also mindestens drei Fragen zu klären: Was bezweckt das Attribut "strukturell" im StrUNA-Begriff? Was sind die Bezugsgrößen der gewünschten strukturellen Veränderung? Was ist das Spezifische der angestrebten Struktur, der Strukturcharakter? In den Mittelpunkt meines Versuchs einer Antwort will ich zwei Thesen stellen:

1. Der Strukturcharakter von StrUNA ist ein Zugeständnis an die Realität.
2. Im Strukturcharakter von StrUNA liegt die Garantie für Dauerhaftigkeit.

Die erste der beiden Thesen ("Zugeständnis an die Realität") resultiert aus zwei Wurzeln: Die eine ist der ambivalente Charakter selbst verteidigungsorientierter Streitkräfte und defensiver Waffen. Zwar leugnet die Bedrohungsvermeidungsfunktion von StrUNA diese Ambivalenz, wenn sie Streitkräfte fordert, die "nicht nur defensiver als bisher sind, sondern ohne Ambivalenz eine militärische Aggression erkennbar nicht zulassen" (vgl. Abschn.4.1.1.). Doch ist umgekehrt mit Blick auf die Realität nicht zu leugnen, daß selbst ausgeprägt defensive Waffen offensiv eingesetzt werden können. Der Einsatz von Minen vor den Häfen Nicaraguas und im Persischen Golf sind Beispiele aus der jüngsten Zeit.⁽⁷⁹⁾ Der

78) Vgl. Fuchs, Werner, u.a. (Hrsg.) Lexikon zur Soziologie, Opladen 1973, S.662.

79) Zur Verminung nicaraguanischer Häfen und Gewässer vgl. z.B. das "Urteil des Internationalen Gerichtshofes über militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua" vom 27.Juni 1986, abgedruckt u.a. in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), a.a.O. (Anm.1), S.231-248, hier insbes. S.237 f.

Einsatz von langen Messern, genannt Schwerter, ist eines von vielen historischen Beispielen.⁽⁸⁰⁾ Die methodologisch zutreffenden Überlegungen zur Bedrohungsvermeidungsfunktion von Angriffsunfähigkeit benötigen deshalb ihr Korrektiv, oder besser ausgedrückt: finden deshalb ihre Ergänzung im Strukturcharakter von StrUnA. Ist im Einzelfall (Waffensystem) auch eine Restambivalenz nicht auszuschließen, so muß doch das Gesamtsystem - die Struktur - Angriffsunfähigkeit signalisieren und garantieren.

Die zweite Wurzel liegt in der Heterogenität der militärischen "Wirklichkeiten" in Ost und West. Bereits in Abschn.4.1.3.1 hatte ich aufgezeigt, warum bei Kräftevergleichen bloße numerische Aufrechnungen und selbst die Zielsetzung "Gleichgewicht" an der komplexen Realität vorbeigehen. Dieselbe Schlußfolgerung gilt auch für "Angriffsunfähigkeit": Die Unterschiede nicht nur bei den Waffensystemen, Doktrinen und Strategien, sondern auch bei den geo-strategischen und bündnisbezogenen sowie den politischen und ökonomischen Ausgangsbedingungen sind zu groß, als daß heute Bestandsvergleiche einerseits oder morgen (StrUnA-) Angleichungen andererseits unmittelbar möglich wären. Eine Seemacht z.B. wird im Detail einen anderen Ab- und Umrüstungsprozeß auf den Weg zur Angriffsunfähigkeit zurücklegen als eine traditionelle Landmacht. Selbst das Ergebnis, die Unfähigkeit zum Angriff, wird angesichts der verschiedenartigen Ausgangsbedingungen und Gegebenheiten im Detail unterschiedlich aussehen (müssen). Entscheidend ist aber nicht das Detail als solches alleine, bestimmend ist vielmehr die Struktur, in die es eingebettet ruht. Diese Struktur (und damit auch wieder das Detail) müssen Angriffsunfähigkeit signalisieren und garantieren. Um beim einfachen Beispiel der Minen zu bleiben: Fehlen (weitreichende) Transportmittel im StrUnA-System, so kann der Defensivcharakter von Minen kaum bestritten werden.

80) Vgl. auch Müller, Erwin, Dilemma Sicherheitspolitik, in: ders. (Hrsg.), Dilemma Sicherheit, Baden-Baden 1984, S.53-170, hier S.105,145.

Die zweite der beiden angeführten Thesen ("Dauerhaftigkeit") ist in ihrer Begründung weniger kompliziert. Es leuchtet unmittelbar ein, daß einzelne Details schnell veränderbar sind. Konkret: Einzelne Waffensysteme können - bildlich gesprochen - von heute auf morgen verändert oder gar abgeschafft, aber eben auch wiederbeschafft werden. Angriffsunfähigkeit auf der Basis von bestimmten Waffen allein (bzw. des Verzichts auf bestimmte Waffen) ist deshalb zwar ein "Plus" im Vergleich zum Status quo. Eine Garantie auf Dauer kann sie jedoch nicht geben. Angriffsunfähigkeit bleibt labil - ein Gewinn auf Zeit. Erst die grundsätzliche und konsequente Veränderung der Struktur verschafft Angriffsunfähigkeit die erforderliche Stabilität (vgl. Abschn.4.1.3.), die Dauerhaftigkeit garantiert.

Mit dieser Feststellung komme ich zurück zur zweiten Frage nach den Bezugsgrößen: Welche Struktur soll verändert werden? Die Streitkräftestruktur? Die Bündnisstruktur? Die Gesellschaftsstruktur? Die Denkstruktur?

Ist es richtig, daß nicht so sehr das Detail (alleine), sondern die grundsätzliche und konsequente Veränderung der Struktur der Unfähigkeit zum Angriff die erforderliche Stabilität auf Dauer verleiht, so besitzt diese Aussage Allgemeingültigkeit: Was auf der nationalen Ebene gilt, trifft auch im multinationalen Rahmen zu. Der "Gewinn auf Zeit" durch den Alleingang eines einzelnen Bündnispartners z.B. wird erst durch das Nachziehen der übrigen Allianzpartner (und im Optimierungsfall durch das Nachziehen der Sicherheitspartner der gegnerischen Allianz) zur "Garantie auf Dauer". Umgekehrt kann das beispielgebende Verhalten eines einzelnen Bündnismitgliedes durch konterkarierende Maßnahmen anderer Allianzpartner sogar zu Fall gebracht werden. StrUnA will deshalb die Veränderung auch der Bündnisstrukturen, zielt langfristig sogar im konzeptionellen Rahmen Gemeinsamer Sicherheit auf die Abschaffung der derzeitigen Militärpakte und Blöcke (vgl. Abschn.3.2.).

Dauer und Stabilität von StrUnA wachsen also, je umfassender das Verständnis des Strukturcharakters angelegt ist bzw. je breiter StrUnA in der Realität verankert ist. Diese generalisierende Aussage schließt auch die Gesellschaftsstruktur als eine der Bezugsgrößen neben Streitkräften und Bündnissen mit ein. Zumindest aber schließt sie die Gesellschaftsstruktur nicht aus - eine Relativierung, die erforderlich ist: Es wäre ein grundlegendes Mißverständnis, eine demokratisch-friedliche Gesellschaftsstruktur, d.h. StrUnA i.w.S. (vgl. Abschn.2.1.) als Voraussetzung und notwendige Bedingung von StrUnA i.e.S. zu definieren. Wäre die Umgestaltung etwa der Gesellschaftssysteme der WVO-Mitglieder Voraussetzung (und nicht gegebenenfalls Folge) von StrUnA i.e.S., so wäre nicht nur Strukturelle Angriffsunfähigkeit, sondern auch Gemeinsame Sicherheit zum Scheitern verurteilt. Der Stellenwert des breiten Verständnisses von StrUnA und ihrer vielfältigen Bezugsgrößen ergibt sich deshalb kurz- und mittelfristig weniger aus der Realisierung von StrUnA i.w.S. als solche, sondern vielmehr aus der zugrundeliegenden umfassenden "Denkstruktur". Hierauf werde ich noch zurückkommen.

Wenn wir uns also im Kontext Gemeinsamer Sicherheit und Defensiver Abhaltung auf StrUnA i.e.S. verständigen, d.h. auf das Problem der Angriffsunfähigkeit der Streitkräfte-(und Bündnis-) Strukturen als Bezugsgröße beschränken, bleibt doch noch die Klärung der Frage nach den Spezifika der Strukturen, d.h. nach ihren Elementen einerseits und ihrer Anordnung andererseits. Angesichts der in der Realität unterschiedlich konkretisierten Bezugsgrößen und der Verschiedenartigkeit ihrer Ausgangsbedingungen kann die Klärung nur abstrakt-theoretisch erfolgen.

Die Antwort auf den ersten Teil der Frage, d.h. nach den Elementen, ist relativ einfach: Die Elemente, aus denen sich Strukturelle Angriffsunfähigkeit zusammensetzt, sind die im vorliegenden Abschn.4.1 angesprochenen Definitionskriterien und Funktionsmerkmale in ihrer je und je unterschiedlich konkretisierten Form - von der Bedrohungsvermeidung über die Abrüstungsorientierung bis

hin wieder zum Strukturcharakter selbst⁽⁸¹⁾. Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage, d.h. nach der spezifischen Anordnung, ist dagegen diffiziler: Im Rahmen der Diskussion des Anti-Effizienz-Effektes von StrUNA (vgl. Abschn.4.1.8.) hatte ich bereits darauf hingewiesen, daß die Garantiefunktion Struktureller Angriffsunfähigkeit die Zuordnung der verschiedenen StrUNA-Elemente im Sinne praktischer Konkordanz will, d.h. in einer Weise, die möglichst alle Elemente zur optimalen Wirksamkeit gelangen läßt. Das Ordnungsprinzip der "Struktur" von StrUNA ist also nicht das einer Rangfolge der Elemente - sei es als Prioritätenliste in der Abfolge der Verwirklichung, sei es als Präferenzliste bei Konkurrenz- und Konfliktentscheidungen. Das Ordnungsprinzip formt sich vielmehr aus ideell-materiellen Leitgedanken, wie sie aus der Garantiefunktion von StrUNA und ihrer Kehrseite, dem Anti-Effizienz-Effekt, resultieren, wie sie sich aber auch aus dem konzeptionellen Rahmen Struktureller Angriffsunfähigkeit, d.h. aus GS und DA ergeben. In ihren Mittelpunkt würde ich die Erkenntnis stellen, daß es zwar einen risikofreien Königsweg nicht gibt, die bisherige Risikobereitschaft zum Krieg aber in Zukunft durch die Risikobereitschaft zum Frieden ersetzt werden muß.⁽⁸²⁾ Besser können meines Erachtens Begriff und Garantiefunktion der "Angriffsunfähigkeit" nicht umschrieben werden. Besser kann auch nicht zum Ausdruck gebracht werden, was die eigentliche, wenn auch abstrakt-theoretische Bezugsgröße von StrUNA (sowohl im en-

81) Die Antwort muß im vorliegenden Diskussionsrahmen notwendigerweise "abstrakt" bleiben. Es ist nicht Aufgabe der "Theorie" (im engeren Sinne), sondern der "realadäquaten Konkretisierung" (s.o. Abschn.3) die je und je unterschiedliche Gestalt des historischen Einzelfalls und insbes. der verschiedenartigen Bezugsgrößen (Streitkräfte, Bündnis, Gesellschaft) von StrUNA zu beschreiben - dazu noch die nachfolgenden Veröffentlichungen.

82) Daneben könnte z.B. die Erkenntnis stehen, daß Sicherheit im Nuklearzeitalter nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander und gemeinsam zu haben ist; ferner das Eingeständnis, daß die einzige zivilisierte Form zwischenstaatlicher Friedens- und Sicherheitspolitik die der zivilen Interaktion und Kooperation gleichberechtigter Partner ist.

geren als auch im weiteren Sinne) ist: die Veränderung tradierter Denkkriterien und überholter Denkstrukturen.⁽⁸³⁾

4.1.10. Die Wegweiserfunktion

Bleibt als letztes der zu behandelnden Merkmale die Wegweiserfunktion von StrUnA. Strukturelle Angriffsunfähigkeit besitzt diese Funktion in zweifacher Hinsicht: Die erste ergibt sich aus der Wortwahl "Unfähigkeit zum Angriff" und ist eher kurzfristiger Natur. Sie beinhaltet in Fragen der praktischen Konkordanz und gegebenenfalls der Optimierung der verschiedenen Funktionen von StrUnA die Vorabentscheidung der Strategie für Angriffsunfähigkeit im Sinne der Leitidee der "Risikobereitschaft zum Frieden" (vgl. Abschn. 4.1.9.). Vor scheinbar nicht auflösbare Alternativen gestellt weist bereits der Strategie-Name im Sinne der Leitidee den Weg. Insofern ist die erste Wegweiserfunktion auch Teil des "recht verstandenen" Anti-Effizienz-Effektes Struktureller Angriffsunfähigkeit (siehe bereits Abschn.4.1.8.).

Die zweite Wegweiserfunktion ist nicht weniger brisant, allerdings eher langfristiger Natur. Sie ergibt sich aus der konzeptionellen Einbettung Struktureller Angriffsunfähigkeit in Gemeinsame und Kollektive Sicherheit, beinhaltet die Frage nach der Zeitperspektive und bedarf der Klärung des Prozeßcharakters Struktureller Angriffsunfähigkeit: Jede Maßnahme, die auf eine grundlegende Änderung des militär- und rüstungspolitischen Status quo zielt, ist mit nicht zu unterschätzenden Risiken in Form von Destabilisierungen durch den Transformationsprozeß verbunden

83) Eine im übrigen nicht ganz neue Erkenntnis. Vgl. z.B. Albert Einstein und Bertrand Russell: "Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweise. Auf diese Weise gleiten wir einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll." - Manifest von 1946, hier zit. nach: Moltmann, Bernhard, Perspektiven der Friedensforschung, Heidelberg 1987, S.7.

(vgl. oben Abschn.4.1.3.). Eine realistische Risikoabwägung zwischen den Gefährdungen aus der Beibehaltung des Status quo einerseits und den möglichen Risiken eines Transformationsprozesses mit Richtung auf eine neue Verteidigungsstruktur und letztlich eine Neue Friedensordnung andererseits läßt jedoch ein Votum für rasche Veränderungen nicht nur zulässig, sondern auch zwingend geboten erscheinen. Gleichwohl ist - ungeachtet aller "Zeit-zwänge" - eine evolutionäre Konzeption in dem Sinne vonnöten, daß der Veränderungsprozeß in Etappen und Stufen eingeleitet, sowie über Zonen durchgeführt wird. Nur über ein schrittweises und abgestuftes Vorgehen können die Risiken der Transformation möglichst gering gehalten werden. Strukturelle Angriffsunfähigkeit - und mehr noch die Realisierung Gemeinsamer Sicherheit und gegebenenfalls die Institutionalisierung eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit in Europa - besitzen deshalb eine über den Tag hinausreichende Zeitperspektive.

Die Erkenntnis des langfristigen Zeithorizonts und das Plädoyer für eine evolutionäre Vorgehensweise können und dürfen aber nicht bedeuten, daß Politik nur zögerlich betrieben wird oder Initiativen auf die lange Bank geschoben werden. Im Gegenteil: Frieden 2000 beginnt bereits im Jahre 1987. Mehr noch: Frieden - richtig verstanden - hat seine Wurzeln stets im hier und heute.⁽⁸⁴⁾ Was heute an Frieden, im vorliegenden Fall: an Struktureller Angriffsunfähigkeit, erreicht werden kann, das muß auch sofort verwirklicht werden. Gleichwohl - oder besser: gerade deshalb - darf Strukturelle Angriffsunfähigkeit ihre konzeptionelle Einbettung und ihre Langzeitperspektive nicht aus dem Auge verlieren: Wenn die Logik Gemeinsamer Sicherheit langfristig nach einem System Kollektiver Sicherheit verlangt, so ist bereits kurz- und mittelfristig alles zu unterlassen, was die Realisierung der langfristigen Utopie stören könnte. Nichts anderes gilt aufgrund ihrer konzeptionellen Einbettung auch für StrUnA. In der Entscheidung

84) So bereits: Lutz, Dieter S., Frieden 2000, oder: Das Jahr 2000 beginnt 1987. Ein Diskussionspapier des August-Bebel-Kreises, in: Frankfurter Rundschau vom 17.8.1985, S.8.

für eine Alternative aus der Vielzahl von Vorschlägen, Modellen und ihren Varianten, sind stets diejenigen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen und Regelungen zu wählen, die mit dem letztendlichen konzeptionellen Ziel kompatibel sind. Insofern ist sowohl Kollektive Sicherheit programmatische Entscheidungshilfe für Gemeinsame Sicherheit als auch Strukturelle Angriffsunfähigkeit Wegweiser zur Beurteilung und Veränderung der militärischen Realität⁽⁸⁵⁾.

85) Vgl. bereits Abschn.4.1.2. und dort Anm.16.

Was ist Gemeinsame Sicherheit?

Versuch einer ersten Definition des Konzepts in 10 Thesen

1. Der Konzeptcharakter:

Gemeinsame Sicherheit ist ein Kriegsverhütungskonzept.

2. Der sicherheitsphilosophische Ansatz:

Gemeinsame Sicherheit leugnet nicht den Gegensatz der Sicherheitskontrahenten, sie baut aber auf ihr vernunftorientiertes Miteinander am und im Interesse der Kriegsverhütung.

3. Der strukturelle Ansatz:

Gemeinsame Sicherheit besitzt in der „Gemeinsamkeit“ ihr Strukturmerkmal; sie hat mindestens drei strukturelle Elemente: die Gemeinsamkeit der Betroffenheit durch Unsicherheit, die Gemeinsamkeit des Ziels Sicherheit und die prozessuale Gemeinsamkeit im Bemühen um Sicherheit.

4. Der konflikttheoretische Ansatz:

Gemeinsame Sicherheit leugnet weder die Existenz noch den künftigen Fortbestand politischer, ideologischer oder systembedingter Interessengegensätze und Konflikte; sie will aber die Rahmenbedingungen so gestalten, daß die Auseinandersetzungen als friedlicher Wettbewerb unter Ausschluß militärischer Mittel geführt werden.

5. Der evolutionäre Ansatz:

Gemeinsame Sicherheit verlangt als Alternativkonzept nach sofortigen und raschen Veränderungen, gleichwohl ist sie als evolutionärer Prozeß zu verstehen, der Destabilisierungen vermeidet, Übergänge sucht und bestehende Strukturen nutzt.

6. Die konzeptionellen Ziele:

Gemeinsame Sicherheit zielt auf die konzeptionelle Überwindung des Abschreckungssystems und die Ablösung paktschützer, neutralitätsorientierter oder nationaler Sicherheitsregime.

7. Die politischen Mittel:

Gemeinsame Sicherheit baut auf kooperative und wechselseitige Handlungs- und Verhaltensformen (Diplomatie, Rüstungskontrollgespräche, Abrüstungsverträge usw.), schließt aber einseitige Maßnahmen im Sinne von Selbstbeschränkung und Destabilisierungsverzicht bis hin zu unilateralen (autonomen) Vorleistungen keineswegs aus.

8. Die militärischen Instrumente:

Gemeinsame Sicherheit kann auf die kriegsverhütende Wirkung militärischer Mittel nicht verzichten, strebt aber nach einer Begrenzung von Rüstung und Streitkräften auf einem möglichst niedrigen Niveau, verlangt ferner eine Abhaltestrategie unter Verzicht auf Maßnahmen der Präemption und der Vergeltung und fordert nachdrücklich Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i. e. S.), das heißt Streitkräfte, deren defensive Organisation, Bewaffung und Strategie auf beiden Seiten keine militärische Aggression zulassen.

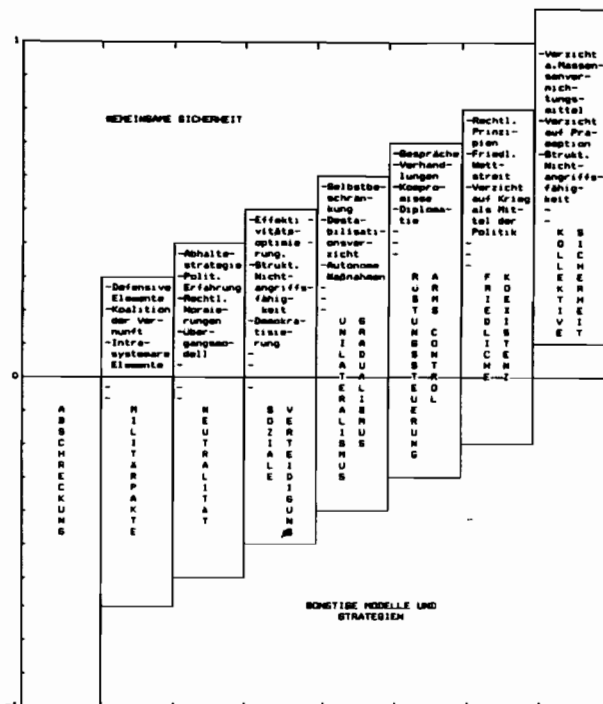
9. Die Träger und Adressaten:

Gemeinsame Sicherheit richtet sich vorrangig an die (außen-)politischen Entscheidungsträger und Handlungsakteure, will zugleich aber auch Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (i. w. S.), d. h. die (inner-)gesellschaftliche Organisation von Sicherheit, die Kriege als Mittel der Politik nach außen auf Dauer und erkennbar ausschließt.

10. Die langfristige Perspektive:

In der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegt langfristig das System Kollektiver Sicherheit und die Suche nach einer Neuen (Europäischen) Friedensordnung.

Gemeinsame Sicherheit im Vergleich mit anderen sicherheitspolitischen Modellen und Strategien



Anm.: Die Graphik dient nur der Veranschaulichung. Sie erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Proportionalität.

Quelle: Egon Bahr/Dieter S. Lutz: Gemeinsame Sicherheit – Idee und Konzept, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1987, Seite 81

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in der Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben bringt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1

D 2000 Hamburg 55

Tel.: 040/86 90 54/55/56